

Muhl, Florian

Die Commons-Debatte und die Sozialpädagogik

Hamburg 2013, 111 S. - (Hamburg, Universität, Dipl.-Arbeit, 2013)

urn:nbn:de:0111-opus-81183



Nutzungsbedingungen / conditions of use

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen und die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrags identisch, vergleichbar oder kompatibel sind.

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work or its contents in public and alter, transform, or change this work as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. New resulting works or contents must be distributed pursuant to this license or an identical or comparable license.



Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Die Commons-Debatte und die Sozialpädagogik

Wissenschaftliche Hausarbeit
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Diplompädagogen
am Fachbereich Erziehungswissenschaft
der Universität Hamburg

vorgelegt von:

Florian Muhl
Hamburg

Hamburg 2013

Erstgutachter: Prof. Dr. Helmut Richter
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Ingrid Lohmann

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Gemeinwesen und Gemeinwesenarbeit.....	7
1.1 Politische und ökonomische Rahmenbedingungen in der Nachkriegszeit.....	7
1.1.1 Vom Fordismus zum Postfordismus	7
1.1.2 Ökonomisierung des Sozialen und aktivierender Sozialstaat	11
1.1.3 'Vermarktlichung von Sozialstaaten'.....	13
1.1.4 'Erziehung zur Marktlichkeit': Das unternehmerische Selbst.....	14
1.2 Begriffsbestimmung: Gemeinwesen	16
1.3 Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit	19
1.4 Entwicklung in der BRD.....	25
1.5 Funktion und Handlungsmöglichkeiten von Sozialer Arbeit und Gemeinwesenarbeit.....	31
2. Commons in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung	34
2.1 Begriffsbestimmung: Commons	35
2.2 Zur Geschichte der Commons.....	37
2.3 Von der 'Tragödie' über die 'Verfassung' zu neuen Formen der Produktion (auf Grundlage) von Commons.....	43
2.3.1 Die 'Tragödie' der Allmende.....	44
2.3.2 Die 'Verfassung' der Allmende.....	46
2.3.3 Commons-basierte Peer-Produktion	50
3. Fallstudie: 'Park Fiction' als urbanes Commons und die Gemeinwesenarbeit	53
3.1 Hintergrund: Gemeinwesenarbeit im Hamburger Stadtteil St. Pauli und jüngere Entwicklungen der Stadtentwicklungspolitik	53
3.2 Die Geschichte des 'Park Fiction'.....	57
3.3 Exkurs: Die Auseinandersetzung um Park Fiction aus raumtheoretischer Perspektive nach Henri Lefebvre	63
3.4 Die Rolle der GWA St. Pauli bei Planung, Errichtung und Pflege von 'Park Fiction'.....	67
3.5 'Park Fiction' als urbanes Commons.....	69
4. Commons als Bezugspunkt(e) für kritisch- emanzipatorische Soziale Arbeit.....	77
4.1 Die Bedeutung von Commons für Gemeinwesen, Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit.....	77
4.2 Das Ökonomische vom Sozialen aus denken und gestalten.....	80
4.3 Commons als Grundlage kooperativ-solidarischer Formen von Vergesellschaftung.....	85
4.3.1 Die Bedeutung der Institutionalisierung alternativer Formen und Institutionen der Vergesellschaftung.....	86
4.3.2 Commons im Rahmen einer Transformationsstrategie	90
5. Schlussbemerkungen.....	94
6. Literatur.....	98

Einleitung

Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation ist geprägt von einer Krise des Lohnarbeitssystems, die sich u.a. in Form einer zunehmenden Prekarisierung und einer größer werdenden Zahl von Personen, die – wenn überhaupt – nur im Niedrig(st)-lohnsektor eine Erwerbstätigkeit finden, manifestiert. Die jüngste Krise des globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems und die damit zusammenhängende Währungs- und Finanzkrise hat zudem zu einer Verstärkung von Prozessen sozialer Desintegration, einer Verschärfung der Klassengegensätze und der Schwächung der Parlamente bei gleichzeitiger Zunahme der Macht kleiner politischer und ökonomischer Eliten beigetragen. (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 24)

Neben diesen aktuellen Entwicklungen ist es seit den 1980er Jahren zu einer Veränderung der Programmatik des Sozialstaats westeuropäischen Typs gekommen. Bis dahin war er darauf ausgerichtet, finanziellen Reichtum mit Hilfe von Steuern umzuverteilen, individuelle Risiken durch Versicherungs- und Transferleistungen abzusichern und den Bürger_innen eine breite Palette von Gütern und Dienstleistungen – etwa in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr, Wohnungsbau, öffentliche Medien, Gesundheitsversorgung und Bildung – entgeltfrei oder zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. (vgl. Kratzwald 2012: 79f.)

Diese Programmatik änderte sich jedoch im Zuge seiner Umgestaltung zum *neoliberalen Wettbewerbsstaat* bzw. *aktivierenden Sozialstaat*, als dessen vorrangige Aufgabe die Absicherung bzw. Herstellung der internationalen Konkurrenz- bzw. Wettbewerbsfähigkeit und die Mobilisierung der *Humankapitalreserven* definiert wurde. (vgl. Hirsch 2002: 110ff.)

Diese Entwicklungen veränderten die Rahmenbedingungen unter denen Soziale Arbeit¹ stattfindet und die (gesellschaftlichen) Probleme, mit denen sie konfrontiert ist.

¹ Ich werde im Folgenden hauptsächlich den Begriff *Soziale Arbeit* verwenden. Damit beabsichtige ich, *sowohl* die kritische Vergesellschaftung bzw. Persönlichkeits- und Identitätsbildung (die klassischerweise als Aufgabe der Sozialpädagogik begriffen wird) *als auch* die Hilfe bei der Lebensbewältigung (die klassischerweise als Aufgabe der Sozialarbeit bestimmt wird) zu benennen und sie als *gleichermaßen* bestehende Aufgaben der Sozialen Arbeit zu bestimmen. Während die historischen Wurzeln der *Sozialarbeit* in der „Herausbildung der Sozialhilfe und der klassischen Wohlfahrtspflege“ (Thole 2010: 19) liegen, steht *Sozialpädagogik* in der „Tradition der Jugendhilfe und – noch konkreter – der Jugendpflege und der Pädagogik der Frühen Kindheit“ (ebd.: 19f.; vgl. für einen Abriss der Theoriegeschichte der Sozialpädagogik und Sozialarbeit ebd.: 32ff.). Hinsichtlich der jeweiligen Praxisfelder, Berufsgruppen und Ausbildungswege ist es mittlerweile zu einer starken Annäherung gekommen, die eine klare Differenzierung zusehends schwieriger macht und zu einer weiten Verbreitung des Meta-Begriffs *Soziale Arbeit*, der für die Einheit von Sozialpädagogik und Sozialarbeit steht, geführt hat. Nach Thole (2010) ist das Ar-

Mit der Zunahme von sozialer Unsicherheit ging ein Ausbau der staatlichen Überwachungs- und Kontrollapparate einher und weite Teile der Sozialen Arbeit wurden vor diesem Hintergrund einer Neudefinition unterzogen: Parallel zu einem Rückbau der (sozial-)pädagogischen Angebote in der Gemeinwesenarbeit und der offenen Kinder- und Jugendarbeit kam es zu einer verstärkten Ausrichtung der Sozialen Arbeit auf ordnungs- und kontrollpolitische Ziele. Damit einher ging die Etablierung einer (Verhaltens-)Präventionsorientierung, mit der vorrangig auf die Verhinderung von individuellen Defiziten bzw. die Abwehr von (vermeintlichen) Gefahren und nicht auf Bildung, Förderung und kritische Vergesellschaftung gezielt wird. (vgl. Schabdach 2011: 302) Für eine sich als kritisch und emanzipatorisch verstehende Soziale Arbeit werfen sowohl die zugespitzten polit-ökonomischen und sozialen Bedingungen als auch die angedeuteten aktuellen Entwicklungen der eigenen Profession in zunehmendem Maße Fragen nach Handlungsmöglichkeiten und programmatischen Bezugspunkten jenseits der „Transformation von Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter“ (Richter 2001: 216) und ordnungspolitischer Vereinnahmung auf.

In einer Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, die von einer sowohl quantitativ als auch qualitativ zunehmenden Durchdringung immer weiterer Lebensbereiche durch die kapitalistische Warenlogik gekennzeichnet ist, beginnt jedoch auch die Suche nach Alternativen zu eben dieser Logik wieder eine größere Rolle zu spielen. Als Reaktion auf eine Stadt(entwicklungs)politik, welche die Stadt nicht als Gemeinwesen, sondern in erster Linie als *Standort*, als *unternehmerische Stadt* begreift, die sich im internationalen Konkurrenzkampf behaupten müsse, wurden etwa in den letzten Jahren weltweit Netzwerke und Organisationen gegründet, die sich unter dem Motto *Recht auf Stadt* (vgl. Lefebvre 1968) gegen die zunehmende Privatisierung öffentlicher Räume und für eine Stadt(entwicklung) engagieren, bei der die Interessen der Bewohner_innen und nicht die Optimierung ihrer *Konkurrenzfähigkeit* im Vordergrund stehen. Gleichzeitig werden weltweit Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem und der liberalen Trennung von Ökonomie und Politik gesucht und praktiziert. Als Beispiele können die Bewegung der Zapatistas in Chiapas (Mexiko), die Organisierung der *Piqueteros* in Argentinien, die Landlosenbewegung

beits- bzw. Handlungsfeld der Sozialen Arbeit durch das Angebot oder die Institutionalisierung von „öffentlich organisierte[n], soziale[n], unterstützende[n] beziehungsweise pädagogische[n] Hilfen und Dienste[n] zur sozialen Lebensbewältigung oder Bildung“ (ebd.: 26) charakterisiert.

in Brasilien oder das Projekt des *partizipativen Haushalts* in Porto Alegre (Brasilien), aber auch Formen der Solidarischen Ökonomie genannt werden. (vgl. Azzelini 2010: 14) In diesem Zusammenhang hat auch eine Wiederentdeckung der Gemeingüter bzw. Commons in den sozialen Bewegungen stattgefunden. (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 24) Rilling (2001) umreißt die mit Commons verbundene Bedeutung wie folgt:

„Commons [...] meint gemeinsame Governance, Nutzung oder Aneignung auf der Basis von Gemeineigentum und anderen Eigentumsformen; es meint [...] eine Kultur und Ökonomie des *communi-care*, des 'Gemeinsam machens', 'Teilens', 'Mit-teilens'. Sie steht für vielfältige Facetten einer anderen Ökonomie und Kultur als die neue Privatökonomie der neoliberalen Zeit [...].“ (Rilling 2001: 312, Hervorhebung im Original)

Während weitgehend unbemerkt von der allgemeinen Aufmerksamkeit die Organisation des gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens auf Grundlage von Commons (bzw. Gemeingütern oder Gemeinheiten) schon seit langem existiert, sind in jüngerer Zeit auch neue Commons hervorgebracht worden und, damit verbunden, neue Formen der gemeinschaftlichen Produktion wie die commons-basierte Peer-Produktion entstanden, bei der keine Waren, sondern Commons im Sinne von Gebrauchsgütern produziert werden. Ein wichtiges Feld, sowohl für die Hervorbringung neuer Commons als auch für die Entwicklung neuer Formen der Produktion jenseits der Warenlogik, stellte und stellt der Bereich der digitalen Medien dar. Beispielhaft können hier die Freie Software-Bewegung (GNU/Linux), die Wikipedia und die *Free Culture*-Bewegung² angeführt werden. Weitere Beispiele für die Wiederentdeckung der Commons stellen in den letzten Jahren gegründete Organisationen und Initiativen wie das *Mietshäuser Syndikat* dar, das darauf zielt, Häuser in Gemeineigentum zu überführen³, die Initiative *mundraub.org*, die eine Plattform für die europaweite Kartierung der Obstallmende geschaffen hat⁴ und die Praxis des *Urban Gardening*, bei dem Gärten in der Stadt angelegt und von Nutzer_innengemeinschaften gepflegt bzw. bewirtschaftet werden.

In der jüngeren Vergangenheit ist auch eine Fülle von Publikationen zum Thema Commons erschienen. In diesem Kontext ist etwa das Werk der Politologin Elinor

2 Benannt nach dem 2004 erschienenen Buch *Free Culture: How Big Media Uses Technology and the Law to Lock Down Culture and Control Creativity* des US-amerikanischen Rechtswissenschaftlers Lawrence Lessig.

3 vgl. <http://www.syndikat.org>. (Alle Hyperlinks in dieser Arbeit wurden zuletzt am 02.05.2013 aufgerufen.)

4 vgl. <http://www.mundraub.org>.

Ostroms zu nennen, die 2009 für ihre Arbeiten zur Frage, wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzer_innenorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann – „*for her analysis of economic governance, especially the commons*“ (http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/2009/index.html) – den sogenannten Wirtschaftsnobelpreis⁵ erhielt. Auch das 1999 gegründete Projekt *Oekonux* (Wortverbindung von *Oekonomie* und *GNU/Linux*), das sich mit der Frage auseinandersetzt, welche Potenziale der Modus der Produktion freier Software für eine grundlegende Veränderung der dominanten politischen und ökonomischen Strukturen haben kann, hat für die Commons-Debatte viele wichtige Impulse gegeben.⁶

Commons und die Ansätze einer Politik des Gemeinsamen stellen meines Erachtens als „transformationsstrategisches Konzept“ (Rilling 2011) eine *konkrete Utopie* dar: Sie existieren bereits innerhalb des Bestehenden, weisen jedoch gleichzeitig über die kapitalistische Vergesellschaftung und die Dichotomie von Markt und Staat hinaus. Die damit verbundene Handlungs- und Entwicklungsperspektive halte ich für eine Soziale Arbeit, die kritisch und emanzipatorisch handlungsfähig sein und machen will, in hohem Maße relevant. Des Weiteren bestehen Anknüpfungspunkte zwischen Theorie und Praxis der Commons und Theorie und Praxis gemeinwesenorientierter Sozialer Arbeit bzw. Gemeinwesenarbeit, die sich gegenseitig bereichern können. Ziel dieser Arbeit ist es, vor dem Hintergrund der aufgeworfenen Probleme die Relevanz von Commons für die Soziale Arbeit insgesamt und die Gemeinwesenarbeit im Besonderen herauszustellen.

Überblick über das Vorgehen:

Im ersten Kapitel werde ich mich mit der Gemeinwesenarbeit und ihrem Gegenstand, dem Gemeinwesen, auseinandersetzen. Da Gemeinwesenarbeit, genauso wie andere Formen und Funktionen von Handlungskonzepten Sozialer Arbeit, „nicht unabhängig von politisch-ökonomischen Realitäten und Rationalitäten“ (Stövesand 2007) existiert, werde ich in Abschnitt 1.1 zunächst die Entwicklung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in der Nachkriegszeit skizzieren. Dabei beschreibe ich

5 Der 1969 erstmalig verliehene Preis wurde nicht von Alfred Nobel, sondern von der Schwedischen Reichsbank anlässlich ihres 300-jährigen Bestehens gestiftet und heißt eigentlich *Von der schwedischen Reichsbank in Erinnerung an Alfred Nobel gestifteter Preis für Wirtschaftswissenschaften*.

6 vgl. <http://www.oekonux.de/>.

zunächst die Veränderung des Akkumulationsregimes vom Fordismus zum Postfordismus und die Herausbildung des *nationalen Wettbewerbsstaats*. (Abschnitt 1.1.1) In einem weiteren Schritt stelle ich den Prozess der Ökonomisierung des Sozialen und seine Hintergründe dar. (Abschnitt 1.1.2) Anschließend gehe ich auf die interne Vermarktlichung von Sozialstaaten durch die Einrichtung von Wohlfahrtsmärkten (Abschnitt 1.1.3) und die Leitfigur des unternehmerischen Selbst (Abschnitt 1.1.4) ein.

Bevor ich in Abschnitt 1.3 die (internationale) Geschichte der Gemeinwesenarbeit und ihre Vorläufer darstelle, bestimme ich in Abschnitt 1.2 den für die Gemeinwesenarbeit zentralen Begriff *Gemeinwesen*. In Abschnitt 1.4 skizziere ich die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in der BRD, wobei ich mich auf die Zeitspanne von Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart konzentriere. Abschließend wende ich mich der gesellschaftlichen Funktion Sozialer Arbeit und Gemeinwesenarbeit unter gegebenen Bedingungen und den bestehenden Handlungsspielräumen für eine emanzipatorische Praxis zu. (Abschnitt 1.5)

Im zweiten Kapitel widme ich mich den Commons bzw. Gemeingütern und den praktischen und theoretischen Auseinandersetzungen um sie. In einem ersten Schritt werde ich den Begriff *Commons* und die Entwicklung seiner Bedeutung behandeln. (Abschnitt 2.1) Im darauf folgenden Abschnitt 2.2 gehe ich auf die Geschichte der Commons vom Mittelalter bis in die Gegenwart, ihre historische und gegenwärtige Bedeutung und die Kämpfe ein, die es um sie gab und gibt. In Abschnitt 2.3 stelle ich drei bedeutsame theoretische Positionen in Bezug auf Commons dar: zunächst die 1968 von dem Biologen Garrett Hardin postulierte „*Tragedy of the Commons*“ (Abschnitt 2.3.1), anschließend die Ergebnisse der Forschungen zur „Verfassung der Allmende“ der Politologin Elinor Ostrom (Abschnitt 2.3.2) und abschließend die 2005 von Yochai Benkler vorgelegte Konzeption der commons-basierten Peer-Produktion (Abschnitt 2.3.3).

Im dritten Kapitel wende ich mich im Rahmen einer Fallstudie dem Projekt 'Park Fiction' im Hamburger Stadtteil St. Pauli zu, das ich als urbanes Commons begreife und für dessen Realisierung Akteur_innen aus der Gemeinwesenarbeit einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Nach einer einleitenden Darstellung der jüngeren Ent-

wicklung der Stadtentwicklungspolitik und der Gemeinwesenarbeit in St. Pauli (Abschnitt 3.1) stelle ich das Projekt 'Park Fiction' und den Prozess seiner Entstehung vor (Abschnitt 3.2). Daran schließt sich ein Exkurs zur raumtheoretischen Perspektive Henri Lefebvres an, die für die Parkaktivist_innen eine wichtige Rolle gespielt hat. (Abschnitt 3.3) Abschließend beleuchte ich die Rolle des Gemeinwesenarbeit St. Pauli e.V. (der *GWA St. Pauli*) bei der Planung, Realisierung und Pflege von 'Park Fiction' (Abschnitt 3.4) und analysiere das Projekt und die Probleme, die im Zuge seiner Gestaltung auftraten, aus einer commons-theoretischen Perspektive (Abschnitt 3.5).

Im vierten Abschnitt stelle ich Commons als Bezugspunkt(e) für kritisch-emanzipatorische Soziale Arbeit dar. Zunächst gehe ich dabei auf die allgemeine Bedeutung von Commons für Gemeinwesen und Gemeinwesenarbeit ein. (Abschnitt 4.1) Darauf folgt eine Auseinandersetzung mit Ansätzen Solidarischer (Gemeinwesen-) Ökonomie, die darauf zielen, das Ökonomische vom Sozialen aus zu denken und zu gestalten, welche ich als anschlussfähig an die Theorie und Praxis von Commons betrachte. (Abschnitt 4.2) Anschließend stelle ich Commons als Grundlage für alternative Formen von Vergesellschaftung vor (Abschnitt 4.3), wobei ich zunächst auf die Relevanz von Institutionen für die (dauerhafte) Konstituierung von Commons eingehe (Abschnitt 4.3.1) und sie abschließend im Rahmen einer Transformationsstrategie, die über die kapitalistische Vergesellschaftung hinausweist, verorte (Abschnitt 4.3.2).

1. Gemeinwesen und Gemeinwesenarbeit

Bevor ich auf den Begriff *Gemeinwesen*, das Bedeutungsspektrum, das sich mit ihm historisch verband und heute verbindet, und die Geschichte und Entstehung der Gemeinwesenarbeit als Form der professionellen Sozialen Arbeit eingehe, werde ich die damit im Zusammenhang stehende Entwicklung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in der Nachkriegszeit darstellen.

1.1 Politische und ökonomische Rahmenbedingungen in der Nachkriegszeit

Ein wichtiger Faktor für die spezifische Entwicklung des Wohlfahrtsstaats westeuropäischen Typs nach dem Zweiten Weltkrieg war die Systemkonkurrenz zur Sowjetunion. Er basierte zunächst auf annähernder Vollbeschäftigung in Erwerbsarbeitsverhältnissen und einer bis in die 1960er Jahre hinein prosperierenden Wirtschaft. Die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre und der Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre führten jedoch zu gravierenden Veränderungen der (geo-)politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Seit den 1990er Jahren und insbesondere mit Einführung der *Gesetze für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* (Hartz I-IV) in den Jahren 2002 und 2003 wurde in der BRD ein Umbau des Wohlfahrtsstaats zum *Aktivierenden Sozialstaat* vollzogen und verbunden damit ein Prozess, der als *Ökonomisierung des Sozialen* beschrieben werden kann, begonnen. Die folgende Darstellung soll einen Überblick über diese Entwicklung geben.

1.1.1 Vom Fordismus zum Postfordismus

Als Fordismus wird die historische Gestalt des Kapitalismus bezeichnet, die sich nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre entwickelte und die bis in die 1970er Jahre für die globalen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bestimmend blieb.⁷ Hirsch (2002) beschreibt ihn als „Ergebnis höchst unterschiedlicher und gegensätzlicher Interessen und Strategien“ (Hirsch 2002: 89) und nicht zuletzt als „Produkt des Kalten Krieges“ (ebd.). Er basierte auf einer „starke[n]

⁷ Der Begriff *Fordismus* geht zurück auf die Einführung der tayloristischen Massenproduktion in den Automobilwerken Henry Fords zu Beginn des 20. Jahrhunderts und die mit der Massenproduktion standardisierter Konsumgüter einhergehende Produktivitätssteigerung. (vgl. Hirsch 2002: 85)

Ausweitung der Lohnarbeit“ (ebd.: 86) und der Ablösung traditioneller Reproduktionsformen durch „industriell produzierte Waren und kommerzialisierte Dienste“ (ebd.), der „Verfügung über ein scheinbar unbegrenztes Reservoir an natürlichen Ressourcen“ und „schrakenlose[r] Natúrausbeutung“ (ebd.: 87). Gestützt wurde die Stabilität dieses Systems durch staatliche Interventionen (Keynesianismus), z.B. durch Maßnahmen wie den US-amerikanischen *New Deal* und den Wohlfahrtsstaat nordwesteuropäischen Typs. (vgl. ebd.: 89) Der fordistische Staat lässt sich als *Sicherheitsstaat* im doppelten Sinne beschreiben: Zum Einen als *Wohlfahrtsstaat* (soziale Sicherheit) und zum Anderen als bürokratischer *Kontroll- und Überwachungsstaat* (innere Sicherheit). (vgl. ebd.) In diesem Rahmen entwickelten sich, insbesondere wegen der starken Ausbreitung des Lohnarbeitssystems, starke Gewerkschaften, die in korporatistischen „sozialpartnerschaftlichen Aushandlungsprozesse[n]“ (ebd.: 88) Verbesserungen der Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen durchsetzen konnten.

Mitte der 1970er Jahre geriet das fordistisch geprägte Wirtschaftssystem in eine Krise, die sich u.a. in dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems der festen Wechselkurse von Bretton Woods im Jahr 1973 manifestierte. Zu der Entstehung dieser Krise trugen verschiedene Faktoren bei – eine wesentliche Rolle spielte ein starker Rückgang der Kapitalrentabilität, der u.a. daraus erwuchs, dass die Produktivität nicht mehr wie zuvor gesteigert werden konnte. Dies führte zu einem Rückgang des sogenannten Wirtschaftswachstums und ließ die Finanzierung von sozialstaatlichen Umverteilungs- und Subventionsmechanismen problematisch werden. (vgl. Hirsch 2002: 94) Zu dieser Krise der Verwertung des Kapitals kam eine Krise der Hegemonie, also „der herrschenden gesellschaftlichen Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen“ (ebd.: 98), die etwa in Form der Neuen Sozialen Bewegungen und einem allgemeinen Wertewandel zum Ausdruck kam. (vgl. ebd.)

Auf die diversen Krisenerscheinungen folgten – begleitet von einem Aufstieg neokonservativer und neoliberaler Konzepte⁸ – Restrukturierungsprozesse des globalen Wirtschaftssystems: Mittels einer „Liberalisierung der Waren-, Finanz- und Kapitalmärkte sowie durch neue Kommunikations- und Transporttechnologien“ (ebd.: 100) konnte eine neue Form der „Internationalisierung der Produktion“ (ebd.) durchgesetzt werden, die – zumindest für eine gewisse Zeit – zu einer erneuten Steigerung

⁸ Zu den Grundlagen der Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie des Neoliberalismus vgl. Ptak 2008.

der Profitrate führte. (vgl. ebd.: 99f.) Dieses neue globale Akkumulationsregime wird als *Postfordismus* bezeichnet. Es ist gekennzeichnet durch eine „Zersplitterung der Lohnabhängigen, eine verstärkte Arbeitsmigration, strukturelle Massenarbeitslosigkeit, eine wachsende Bedeutung dezentraler korporativer Strukturen vor allem auf Unternehmensebene sowie durch eine erhebliche Schwächung der Gewerkschaften und auch der Unternehmensverbände“ (ebd.: 103). Hinzu kommt eine weitreichende Privatisierung vormals staatlicher Unternehmen und die Konzentration von Unternehmen zu international vernetzten *Global Players*. (vgl. ebd.)

Gleichzeitig begann die Erschließung neuer gesellschaftlicher Sphären für die Kapitalverwertung, ein neuer Schub der „inneren Landnahme“ (Hirsch 2002: 103, vgl. Abschnitt 2.2). In diesem Zusammenhang nahm die Bedeutung von Natur und Wissen für den Verwertungsprozess zu. Dies lässt sich an der Einführung von Mitteln des Managements von Naturressourcen bzw. ihrer Verschmutzung über Marktmechanismen (Zertifikate für den Ausstoß von CO₂) und der Aneignung *intellektuellen* bzw. *geistigen* Eigentums ablesen. (vgl. zu Letzterem: Nuss 2006) Die sogenannten *Life Sciences* bzw. *Life Industries* wie Bio- und Gentechnik und auch die Vermarktung von Bildungsdienstleistungen spielen in diesem Kontext eine wichtige Rolle. Durch den Abbau und die Privatisierung staatlicher Sicherungs- und Versorgungssysteme wurden der Kapitalakkumulation ebenfalls neue Bereiche eröffnet, so etwa im Bereich der Pensionsfonds oder privater Pflege- und Versorgungsdienste. (vgl. ebd.: 104f.)

Mit der neoliberalen Umstrukturierung des globalen Wirtschaftssystems ging auch ein Umbau der Staaten und eine Veränderung der hegemonialen Politikstrategien einher. Hirsch charakterisiert diesen neuen Typus des Staates als „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 2002: 110), der zunehmend darauf abzielt, „einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsbedingungen zu verschaffen“ (ebd.). In diesem Rahmen wird die Bevölkerung eines Landes immer mehr als *Personal* verstanden:

„Die Politik nationalstaatlicher Exekutiven gegenüber der Bevölkerung wird selbst zur 'Personalpolitik', zum 'Personalmanagement', und wenn sie systematisch und längerfristig angelegt sein sollte, zur 'Personalentwicklungspolitik'.“ (Nullmeier 2004: 497)

Entsprechend wird etwa Bildungspolitik tendenziell als „Investitionspolitik in Humankapital“ (ebd.) reorganisiert und Migrationspolitik als „Personalergänzungspolitik“ (ebd.). Der Staat ist dabei nicht als eine Instanz zu begreifen, die *außerhalb* der Ökonomie existiert, sondern ist selbst – nach wie vor – ein „integraler Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses“ (Hirsch 2002: 125). Die Märkte und die ihnen zugrundeliegenden Mechanismen, die der neoliberalen Logik zufolge als „universales Modell der Vergesellschaftung“ (Wolf 2010: 6) zur Vermittlung aller menschlicher Bedürfnisse etabliert werden sollen, existieren nicht jenseits von politischer Regulierung, sondern sind für ihr Funktionieren in hohem Maße auf diese angewiesen. (vgl. Hirsch 2002: 112) Insofern ist die häufig vorgenommene Kennzeichnung der entsprechenden Politikstrategien als *Deregulierung* irreführend. Vielmehr stellt sie eine *veränderte* politische Regulierung und Intervention dar. (vgl. ebd.: 125) Vorrangiges Ziel staatlichen Handelns ist nun die „aktive Gewährleistung der globalen Konkurrenzfähigkeit ausgewählter Sektoren“ (ebd.: 113) und die Durchsetzung und Mobilisierung von Konkurrenzverhältnissen innerhalb zuvor nicht konkurrenzförmig organisierter Bereiche der Gesellschaft. Dies fand etwa im Bereich der Stadtentwicklungspolitik im Konzept der *unternehmerischen Stadt*, die durch publikumswirksame Events auf der internationalen Bühne präsentiert und profitabel vermarktet werden soll, seinen Niederschlag. (vgl. Abschnitt 3.1) Diese Ausrichtung wird dabei häufig als alternativloser Sachzwang präsentiert, was sich durch folgende Aussage auf einer aktuellen Themenseite zum Konzept der *unternehmerischen Stadt* auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung exemplarisch illustrieren lässt:

„Konfrontiert mit ökonomischen und sozialen Umbauprozessen und knappen öffentlichen Haushalten sehen sich Stadtverwaltungen zunehmend gezwungen, in der Hierarchie des nationalen und internationalen Städtesystems um wirtschaftlichen Erfolg zu kämpfen.“ (<http://www.bpb.de/gesellschaft/staedte/stadt-und-gesellschaft/64416/unternehmerische-stadt>)

Mit der Ausweitung und Radikalisierung der Wettbewerbslogik zu einem allgemeinen Beschreibungsmodell menschlichen Handelns – im Sinne des Menschenbilds des Homo Oeconomicus – wurde ein zentrales Element des Neoliberalismus Chicagoer Ausprägung zur Grundlage politischer Programme erhoben.⁹ Entsprechend waren

⁹ Als *Chicago Boys* wird eine Gruppe marktradikaler neoliberaler Ökonomen bezeichnet, die von den Ideen Milton Friedmans und Friedrich August von Hayeks inspiriert waren und in den 1970er Jahre für das Wirtschaftsprogramm in Chile unter dem Militärdiktator Pinochet hauptverantwort-

und sind die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ein zentrales Ziel diverser „Reformen“ in verschiedensten Politikbereichen.

1.1.2 Ökonomisierung des Sozialen und aktivierender Sozialstaat

Vor diesem Hintergrund wird in Bezug auf die Steuerung des sozialen Bereichs der Daseinsvorsorge in den sogenannten westlichen, kapitalistisch strukturierten Nationen für die letzten Jahrzehnte ein Prozess der „Ökonomisierung des Sozialen“ (Bröckling et al. 2000) bzw. eine „Vermarktlichung des Sozialstaats“ (Nullmeier 2004) festgestellt. Dieser Prozess geht einher mit einem Umbau des *aktiven Sozialstaats* oder *Wohlfahrtsstaats* (*welfare state*) hin zu einem sogenannten *aktivierenden Sozialstaat* (*workfare state*).

Dabei kann von einem Rückzug des Staates aus der Gesellschaft keine Rede sein kann. (Hirsch 2002: 116) In diesem Sinne ist auch in erster Linie kein *Abbau* sondern vielmehr ein *Umbau* des Sozialstaats zu konstatieren: Mittels der Sozial- und Bildungspolitik wird „kaum mehr auf allgemeine Gleichheitsvorstellungen, sondern [...] auf Privatisierung, soziale Hierarchisierung, Spaltung und Konkurrenzmobilisierung“ (ebd.: 126) abgezielt. Auch Lessenich (2008) weist darauf hin, dass mit dieser Politik eine Neubestimmung des „Verhältnisses von bedürftigem Einzelnen und leistender Allgemeinheit“ (Lessenich 2008: 90) einhergeht. Er spricht von der Entwicklung eines „punitiven Paternalismus“ (ebd.: 94), bei dem die „regulative Diskriminierung und normative Diskreditierung von Nicht-Erwerbstätigkeit“ (ebd.) eine Leitvorstellung ausmacht – eine Entwicklung mit hoher Relevanz für die Soziale Arbeit.

Vorreiter für die Durchsetzung eines auf die sogenannte *Flexibilisierung* des Arbeitsmarkts gerichteten politischen Programms war der damalige US-Präsident William 'Bill' Clinton, der 1992 mit dem Versprechen bzw. der Drohung, die bisherige Wohlfahrtspolitik zu beenden – „*to end welfare as we know it*“ (zit. nach Lessenich 2008: 88) – antrat:

„*Anyone who can go to work must go to work [...] [W]ork is preferable to welfare. And it must be enforced.*“ (ebd.)

lich zeichneten. (vgl. Ptak 2008: 13)

In Europa wurde diese Politiklinie in Großbritannien von dem *Labour*-Premierminister Tony Blair und in der BRD von sozialdemokratischen Politiker_innen unter dem Label der *Neuen Mitte* aufgegriffen. Der Soziologe und Berater der damaligen Bundesregierung Wolfgang Streeck sprach sich 1998 für die „Anerkennung wirtschaftlichen Zwanges als charakterbildende Kraft“ (Streeck: 1998: 41, zit. nach Lessenich 2008: 86) aus und trug so zur Eröffnung des arbeits(markt)politischen Diskurses im Zeichen der Aktivierung (für den Lohnarbeitsmarkt) bei. Blair und der damalige deutsche Bundeskanzler Schröder formulierten in dem nach ihnen benannten Papier das Modernisierungskonzept der Sozialdemokratie entsprechend:

„Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.“ (Blair/Schröder 1999: 894)

Die Sozialpolitik der BRD wurde von der rot-grünen Regierung der Jahre 1998-2005 u.a. mit den vier *Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* (Hartz I-IV) in diesem Sinne umgebaut. Den programmatischen Hintergrund dafür bildete das Konzept der *Agenda 2010*. Mit ihr kam es zu einem „Paradigmenwechsel von einem 'Sozialversicherungsstaat für alle' zu einem Fürsorgestaat, der sich nur noch um die Ärmsten kümmert“ (Butterwegge 2008: 197). Damit wurde das zuvor unbedingte Bürgerrecht auf „existenzielle Grundsicherung [...] zur Disposition der (Arbeits-)Auflagen durch den Staat und seine Organe gestellt“ (Trube 2006: 42, zit. nach Butterwegge 2008: 187). Der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, warb 2003 für eine entsprechende Neudefinition des Konzepts der *sozialen Gerechtigkeit* in der Logik des aktivierenden Sozialstaats :

„Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern.“ (Steinbrück 2003, zit. nach Butterwegge 2008: 158)

In Bezug auf die „Vermarktlichung des Sozialstaats“ lassen sich entsprechende Veränderungen auf drei Ebenen feststellen: Dies sind nach Nullmeier (2004) neben der – bereits oben angesprochenen – „externe[n] Vermarktlichung, in der die Sozialstaaten

untereinander zu Wettbewerbern werden“, eine „interne Vermarktlichung von Sozialstaaten durch Schaffung von Wohlfahrtsmärkten“ und eine „subjektbezogene Vermarktlichung, die 'Erziehung zur Marktlichkeit'" (Nullmeier 2004: 495, Hervorhebungen: F.M.). Auf die beiden letztgenannten Aspekte werde ich im Folgenden näher eingehen.

1.1.3 'Vermarktlichung von Sozialstaaten'

Wie oben beschrieben, sind neoliberale Politikstrategien auf das Einrichten von Konkurrenzverhältnissen gerichtet, um auf diese Weise Wettbewerb zu initiieren, der zu einem Überleben der am besten Angepassten (*survival of the fittest*) führen soll. Auf Grundlage dieser Programmatik wird seit den 1990er Jahren mit Hilfe von Reformen der Sozialgesetzgebung auch in der freien Wohlfahrtspflege das Ziel verfolgt, Konkurrenz zwischen den verschiedenen Trägern und sozialen Einrichtungen zu schaffen. Dies wurde etwa durch diverse Gesetzesänderungen vorangetrieben, mittels derer sogenannte Wirtschaftlichkeitsregeln (1994) und Leistungsvereinbarungen (1999) eingeführt wurden. (vgl. Buestrich/Wohlfahrt 2008) In der Sozialgesetzgebung existieren seit 1999 „keine freien Träger mehr, sondern nur noch Leistungserbringer“ (ebd.). Ein zentrales Instrument, um Auftraggeber-Auftragnehmer-Beziehungen zu schaffen, stellt das Kontraktmanagement zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern dar, womit das Ziel verfolgt wird, „Leistungsreserven bei den Leistungserbringern [...] freizusetzen“ (ebd.) und die anfallenden Kosten zu senken. Buestrich und Wohlfahrt (2008) weisen darauf hin, dass die Gestaltung des Europäischen Rechts und die darin verankerten Prinzipien der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit diese Entwicklung begünstigen, indem sie dazu tendieren, „nicht zwischen der Produktion von Gütern und sozialen Dienstleistungen zu unterscheiden und damit auch die traditionelle Differenzierung zwischen frei-gemeinnützigen und privatgewerblichen Anbietern aufzuheben“ (ebd.). Die Einführung des sogenannten *Neuen Steuerungsmodells* im Laufe der 1990er Jahre, das sich an dem Modell des *New Public Management* orientierte, trug ebenfalls entscheidend zur Übernahme privatwirtschaftlicher Managementtechniken und Durchsetzung unternehmensähnlicher Führungs- und Organisationsstrukturen im sozialen Bereich bei. Damit werden u.a. folgende Ziele verfolgt:

„Schaffung von unternehmensähnlichen, dezentralen Führungs- und Organisationsstrukturen, die über Kontrakte gesteuert werden; Ersetzen der für Behörden typischen Inputsteuerung (die jährliche durch den Haushaltsplan erfolgte Zuteilung von Personal, Finanz- und Sachmitteln) durch eine outputorientierte (ergebnisbezogene) Steuerung auf der Basis strategischer Ziele und Produktkataloge, eines Berichtswesens mit Leistungsindikatoren und vorgegebenen Budgets auf der Basis von Vereinbarungen (Kontrakten); Aktivierung der Verwaltungsmitarbeiter durch die Einführung von organisationsinternem Wettbewerb (Quasi-Märkten) mittels Zielvereinbarungen, Kundenorientierung und Qualitätsmanagement.“ (ebd.)

Ein zentraler Effekt dieser *Ökonomisierung des Sozialen* im Sinne einer *Verbetriebswirtschaftlichung* ist eine zunehmende Preis- und Kostenkonkurrenz zwischen freigemeinnützigen Trägern untereinander und neuen privatgewerblichen Anbietern. (vgl. ebd.) Dies begünstigt wiederum eine Deregulierung der Lohnarbeits(zeit)bedingungen, die Prekarisierung von Lohnarbeitsverhältnissen in diesen Bereichen und damit auch eine Veränderung der Konzepte und Inhalte, die verstärkt unter betriebswirtschaftlichen und nicht unter fachlichen Gesichtspunkten beurteilt werden. Auf diese Weise kommt es zudem zu einer Neudefinition des Sozialen und der zunehmenden Übersetzung von sozialen in ökonomische Fragen. Krasmann (2003) formuliert wie folgt:

„Die Durchsetzung der Gesellschaft mit den Prinzipien des Marktes bedeutet nicht eine Verdrängung des Sozialen durch die Ökonomie, sondern sie führt zu einer Ökonomisierung des Sozialen, die auch die Vorstellung von Individuen, den ökonomischen Subjekten prägt.“ (Krasmann 2003: 207; zit. nach Lutz 2010: 45)

Im Folgenden werde ich daher der Frage nachgehen, wie das entsprechende Menschenbild und die hegemoniale Form der Subjektivierung in diesem Kontext aussehen.

1.1.4 'Erziehung zur Marktlichkeit': Das *unternehmerische Selbst*

Der neoliberale *workfare*- bzw. aktivierende Sozialstaat dient, so wie der fordistische *welfare*- bzw. aktive Sozialstaat, der „Erziehung der Arbeitskräfte“ (Kaindl 2007: 7). Im Zuge der Durchsetzung des postfordistischen Akkumulationsregimes hat sich jedoch das zugrunde liegende Menschenbild gewandelt:

„Die fordistische 'Arbeitnehmergesellschaft' hat sich in eine 'Unternehmerge-

sellschaft' von Arbeitskraft- und Kleinunternehmen sowie mehr oder weniger (Schein)-Selbständigen transformiert.“ (Hirsch 2002: 187)

Forderungen wie die nach Autonomie und Selbstbestimmung, die etwa von der Alternativbewegung der 1980er Jahre verfolgt wurden, sind in diese Denkfigur eingegangen und haben zu einer Veränderung der Lohnarbeitsbedingungen beigetragen. Dabei wird der Mensch als Arbeitskraft bzw. als Arbeitskraftunternehmer in zunehmendem Maße total beansprucht, „mit [seinen] manuellen wie mit [seinen] physisch-geistigen Fähigkeiten – Kreativität, Innovations-, Anpassungs- und Kooperationsfähigkeit“ (ebd.: 105). Werte wie Selbstbestimmung oder Eigenverantwortung werden als Anforderungen an das Individuum gerichtet, während ihre „Nichterfüllung wiederum sozial geächtet und bestraft wird“ (Lessenich 2008: 96). Parallel zu diesen Veränderungen auf der Ebene der Subjektivierung wird – von interessierten Akteur_innen – versucht, die Sichtweise stark zu machen, solidarische Sozialsysteme seien zu teuer, überflüssig und sogar kontraproduktiv, da sie die Eigeninitiative der Individuen behindern würden.

Die dieser Politik zugrundeliegende gesellschaftliche Leitfigur wird begrifflich gefasst als Unternehmer_in der eigenen Person, als *unternehmerisches Selbst*, das sich selbst gestalten, innerhalb des Marktwettbewerbs autonom agieren und risikobereit auf kollektive Sicherungen verzichten soll. (vgl. Hirsch 2002: 187; Bröckling et al. 2000) Das Konzept der Ich-AG, das 2003 mit dem *Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* (Hartz II) in Kraft trat, ist ein Beispiel für die Umsetzung dieses Verständnisses in Regierungshandeln. Nach der Programmatik des aktivierenden Sozialstaats sollen sich alle lohnarbeitsfähigen Menschen aktiv und intensiviert um die Vermarktung ihrer selbst bemühen. Dieses Ziel und die Aktivierung der Menschen zu diesem Zweck wird mittels verschiedenster Maßnahmen, bis hin zur Androhung des Entzugs der Existenzsicherung, durchzusetzen versucht.

Aus Perspektive der auf Michel Foucaults Konzept der *Gouvernementalität* aufbauenden Gouvernementalitätsstudien lässt sich das Programm der Selbstaktivierung als „Ausdruck einer neuen politischen Rationalität, als Wandel in der Programmatik und den Techniken gesellschaftlicher Regierung beschreiben und begreifen“ (Lessenich 2008: 77). Dabei wird mit einem weiten Begriff von *Regierung* operiert, der weitere „Prozeduren, Techniken und Methoden der Regierung [...], die auf die Lenkung,

Kontrolle und Leitung von Menschen“ (ebd.: 78) ausgerichtet sind, benennt. Auch wenn im Zusammenhang der angesprochenen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Programme die Rede von Selbstverantwortung und individueller Selbstverwirklichung weit verbreitet ist, kann angesichts der gleichzeitig installierten Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen mit Candeias (2004) festgehalten werden, dass der „neoliberale Individualismus [...] autoritär verordnet [ist]. [...] Selbstverantwortung lässt sich [...] nicht erzwingen, wird damit zur bloßen Unterwerfung.“ (Candeias 2004: 595)

Soziale Arbeit, die ihre Adressat_innen nicht auf eine Existenz als sozial isolierte Unternehmer_innen ihrer selbst reduziert begreift und sich nicht für die Durchsetzung dieser Politik instrumentalisieren lassen will, ist herausgefordert, alternative Ansätze zu entwickeln. Solche lassen sich in der Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit als Arbeitsfeld bzw. -ansatz der Sozialen Arbeit finden. Hierauf werde ich nach einer Bestimmung des Begriffs *Gemeinwesen* im Folgenden eingehen.

1.2 Begriffsbestimmung: *Gemeinwesen*

Der Begriff *Gemeinwesen* findet erst seit Beginn des 19. Jahrhunderts Verwendung; zuvor war der Begriff *gemeines Wesen* geläufig. Dieser ist etwa in der Oeconomischen Encyclopädie von J. G. Krünitz (OEK, entstanden zwischen 1773 und 1858) vielfach aufzufinden und wird dort als „die Verbindung einzelner Glieder oder Gesellschaften, ihre Wohlfahrt mit vereinigten Kräften besser zu befördern“ (OEK, Stichwort *Gemeinwesen*) definiert. Im Goethe-Wörterbuch (GWB), das den Sprachgebrauch zwischen 1760 und 1830 abbildet, wird der Begriff *Gemeinwesen* definiert als „die bürgerliche Gemeinschaft (einer Kommune, eines Landes) und ihre Glieder, die Allgemeinheit, Öffentlichkeit“ (GWB, Stichwort *Gemeinwesen*). Als Synonyme werden dort die Begriffe *Gemeinheit* (vgl. Abschnitt 2.1) und *Gesellschaft* angegeben. Im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (DWB) wird der Begriff *Gemeinwesen* als *res publica* – im Sinne von „das öffentliche Beste, gemeine Wohl, gemeine Wesen“ (OEK, Stichwort *res publica*) – erklärt und in den damals geläufigen Varianten *gelehrtes Gemeinwesen* und *politisches Gemeinwesen* genannt. (vgl. DWB, Stichwort *Gemeinwesen*)

Der Terminus *gemein* leitet sich ursprünglich von dem lateinischen *communis* ab und wird im DWB definiert als „gemein ist eigentlich allgemein, was alle angeht, von allen ausgeht“ (DWB, Stichwort *gemein*). Es wird weiter ausgeführt, dass „begriff und wort im leben der gemeinde (im weitesten sinne), die noch davon den namen hat“ (ebd.) entwickelt wurde: „das war noch dem 16. jh. vollkommen gegenwärtig, in leben und rede reich entwickelt und lehrreich nach vielen seiten.“ (ebd.) Für die Zeit Ende des 17. Jahrhunderts wird im DWB ein Niedergang des „hochwichtige[n] und edle[n] wort[es]“ (ebd.) *gemein* festgestellt. Das damit einhergehende Verständnis wandelte sich derart, dass nun mit *gemein* zunehmend die Bedeutungen *niedrig*, *vulgär* und *roh* konnotiert wurden. Illich (1982) merkt zu dieser Bedeutungsverschiebung des Begriffs *gemein* / *Gemeinheit* an:

„Was es ursprünglich meinte, ist vergessen. Nur in dieser letzteren Bedeutung hat das Wort bis in unsere Tage überlebt. In der Bedeutungsveränderung, die das Wort *Gemeinheit* in diesem Zeitraum erfahren hat, spiegelt sich die Umwertung des Daseins.“ (Illich 1982: 7, Hervorhebung im Original, vgl. dazu Abschnitt 2.2)

Der Niedergang der noch bis Ende des 17. Jahrhunderts geläufigen Bedeutung „gemein ist eigentlich allgemein, was alle angeht, von allen ausgeht“ (DWB, Stichwort *gemein*) kommt auch in der Erklärung des Begriffs im aktuellen Deutschen Universalwörterbuch (Duden 2011) zum Ausdruck, wo als Hauptbedeutungen des Begriffes „abstoßend roh“ (ebd., Stichwort *gemein*), „unerfreulich“ (ebd.) und „keine besonderen Merkmale habend“ (ebd.) genannt werden. Die Bedeutung „auf die Allgemeinheit bezogen“ (ebd.) wird als „veraltend“ (ebd.) bezeichnet. Zur Herkunft des Begriffs wird vermerkt, dass „der abwertende Nebensinn [...] aus der Vorstellung [stammt], dass das, was vielen gemeinsam ist, nicht wertvoll sein kann“ (ebd.).

Die Verwandtschaft des Begriffs *Gemeinwesen* mit dem lateinischen *communis* und damit die Orientierung auf horizontale, kommunikative Vergesellschaftung wird in den englischen und französischen Pendanten des Begriffs – *community* und *communauté* – unmittelbar als im Deutschen deutlich. Hier changiert die Bedeutung des Begriffs *Gemeinwesen* im Gegensatz dazu „zwischen 'Staat', 'Republik' einerseits und deren auf Selbstvergesellschaftung zielender Infragestellung andererseits“ (Jehle 2001: 189).¹⁰ Jehle (2001) nennt als Beispiel für die Verwendung letzterer Bedeutung

¹⁰ Dies lässt sich auch unter Rückbezug auf die Unterscheidung der Kategorien *res communes* und

des Begriffs *Gemeinwesen* die Auseinandersetzung von Marx und Engels mit dem sozialdemokratischen Gothaer Programm von 1875, das sie wegen seiner Obrigkeits- und Staatsfixierung kritisieren. In einem Brief an August Bebel zum Entwurf des Programms schlagen sie vor, „überall statt *Staat* 'Gemeinwesen' zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische 'Kommune' sehr gut vertreten kann“ (Engels an Bebel, 18./28. März 1875, zit. nach Jehle 2001: 189). Darin kommt ein staatskritischer Begriff des Gemeinwesens zum Ausdruck, der mit der Praxis der Pariser Kommune von 1871 als „Selbstregierung der Produzenten“ (Marx 1871, zit. nach Jehle 2001: 189) verbunden wird.

Auf das von Marx begründete Verständnis des Begriffs *Gemeinwesen* haben sich im Folgenden auch verschiedene Theoretiker_innen der Gemeinwesenarbeit wie bspw. Boulet et al. (1980) und Elsen (1997) bezogen. Im Kontext seiner Kritik der durch die Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Lohnarbeit hervorgerufenen Entfremdung des Menschen unterscheidet Marx (1844) ein *inneres* Gemeinwesen von dem politischen, *äußeren* Gemeinwesen. Er kritisiert die Entfremdung des Menschen von seinem „wahren Gemeinwesen“, seinem (all-)gemeinen menschlichen Wesen, der „Vielfalt gemeinsamer und zutiefst grundsätzlicher Lebensbedürfnisse“ (Hummel 1978: 34ff., zit. nach Boulet et al. 1980: 156), der „Gesamtheit der Potenziale und Äußerungsformen des menschlichen Wesens“ (Elsen 2007):

„Das *Gemeinwesen* aber, von welchem der Arbeiter *isoliert* ist, ist ein Gemeinwesen von ganz anderer Realität und ganz anderem Umfang als das *politische* Gemeinwesen. Dies Gemeinwesen, von welchem ihn *seine eigene Arbeit* trennt, ist das *Leben* selbst, das physische und geistige Leben, die menschliche Sittlichkeit, die menschliche Tätigkeit, der menschliche Genuß, das *menschliche* Wesen. Das *menschliche* Wesen ist das *wahre Gemeinwesen* der Menschen. Wie die heillose Isolierung von diesem Wesen unverhältnismäßig allseitiger, unerträglicher, fürchterlicher, widerspruchsvoller ist als die Isolierung vom politischen Gemeinwesen, so ist auch die Aufhebung dieser Isolierung und selbst eine partielle Reaktion, ein *Aufstand* gegen dieselbe um so viel unendlicher, wie der *Mensch* unendlicher ist als der *Staatsbürger*, und das *menschliche* Leben als das *politische* Leben.“ (Marx 1844: 408, Hervorhebungen im Original).

In diesem Verständnis von *Gemeinwesen* wird die dialektische Beziehung zwischen innerem und äußerem Gemeinwesen, zwischen (individuellen) menschlichen Bedürfnissen und Interessen einerseits und den gesellschaftlichen Bedingungen für ihre Ver-

res publicae – (all-)gemeine und öffentliche (staatliche) Sachen – verdeutlichen. (vgl. Fußnote 23)

wirklichung andererseits deutlich. (vgl. Wiczorek 2005: 68f.) Als Aufgabe von Gemeinwesenarbeit bestimmen Boulet et al. (1980) darauf aufbauend die Förderung der Emanzipation des Gemeinwesens, näher bestimmt als „prozeßhafte Entwicklung zu einem Zustand, bei dem zunehmendes Bewußtsein über die eigene Lage das Handeln ungebrochener zu leiten vermag und sich insbesondere durch immer umfassendere Teilnahme (Partizipation) am Leben des Gemeinwesens und an den Entscheidungsstrukturen, die dieses Leben bedingen, auszeichnet. Hierbei stehen Emanzipation und Partizipation notwendigerweise in einem dialektischen Wechselverhältnis, indem sie sich gegenseitig voraussetzen und hervorrufen“ (Boulet et al. 1980: 289). Der Terminus *Gemeinwesen* ist demnach nicht auf eine rein räumliche Dimension reduziert zu begreifen, sondern bezieht sich ebenfalls auf das Handeln der Menschen in ihrem Lebensumfeld und ihre „Lebensverhältnisse, Lebensformen und -zusammenhänge“ (Oelschlägel 2001: 653). Diese Zusammenhänge sind als je konkret historisch, politisch und gesellschaftlich bedingt zu verstehen und können zum Ausgangspunkt „bewußter kollektiver Bestimmung und Veränderung [der] Lebensbedingungen“ (Boulet et al. 1980: 203) werden. Inwiefern Gemeinwesenarbeit zu Letzterem beitragen kann, werde ich im weiteren Verlauf beleuchten.

1.3 Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit

Die Wurzeln der *Sozialarbeit* – im engeren Sinne verstanden als Armen- und Wohlfahrtspflege – liegen nach C.W. Müller (2006) in den ab dem 16. Jahrhundert etablierten Zucht- und Arbeitshäusern, in denen Arme, d.h. Menschen, die sich nicht selbst erhalten konnten, zur Arbeit erzogen werden sollten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die geschlossene Form der *Armenhilfe* durch das System der *offenen Armenpflege* ersetzt, bei der ehrenamtlich tätige Armen- bzw. Wohlfahrtspfleger_innen für eine bestimmte Anzahl von Familien verantwortlich waren und bei der kommunalen Verwaltung Unterstützung beantragten, wenn ihnen dies gerechtfertigt schien. Dieses System der Armenfürsorge wurde als *Elberfelder System* bekannt. Es ging jedoch wie die vorigen mit dem Ausblenden der Rolle der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Entstehung von Armut und individueller Hilfebedürftigkeit einher und beschränkte sich auf „individualisierende karitative Hilfeleistung“ (May 2001: 202). (vgl. Müller 2006: 18ff., 36)

Als Beginn der Geschichte einer Praxis Sozialer Arbeit, die ihren Fokus nicht in erster Linie auf einzelne Individuen, sondern auf die Lebensbedingungen der Menschen in den jeweiligen Gemeinwesen in ihrem Wechselverhältnis zu den einzelnen Individuen legte, wird gemeinhin die *Settlement*-Bewegung (*settlement* ~ Nachbarschaftshäuser) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts genannt, auf die ich weiter unten eingehen werde. Boulet et al. (1980) führen in ihrer Darstellung der Geschichte der Gemeinwesenarbeit verschiedene geschichtliche Vorläufer an, die sich als soziale Bewegungen konstituierten und Aktionsformen hervorbrachten, die im weiteren geschichtlichen Verlauf in die Gemeinwesenarbeit aufgenommen wurden. Auf diese werde ich zunächst kurz eingehen.

Vorläufer der Gemeinwesenarbeit

Als einen Vorläufer der Gemeinwesenarbeit nennen Boulet et al. (1980) den schottischen Baumwollfabrikanten Robert Owen (1771-1858), der 1825 in der von ihm gekauften Stadt Harmony (Indiana, USA) die Produktionsgenossenschaft *New Harmony* aufbaute, welche auf der in den Kolonien verbreiteten religiös bzw. frühsozialistisch begründeten Nachbarschafts-Ethik basierte. (vgl. Gehrig 2011a, 2011b)¹¹ Die längerfristige Umsetzung dieses Projekts scheiterte zwar, es wirkte jedoch inspirierend auf die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung. Als eine der ersten Genossenschaften unter den Bedingungen des wachsenden Kapitalismus gilt die 1844 von Webern in Rochdale (Nordwestengland) als *Gesellschaft der redlichen Pioniere* gegründete Konsum- und Spargenossenschaft. Weitere Arten von Genossenschaften, die im 19. Jahrhundert gegründet wurden, waren Wohnungs-, Handwerks-, Produktivgenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften und Genossenschaftsbanken.¹² (vgl. Engelmann 2011) Diese Ansätze der Institutionalisierung von

11 In Frankreich entwickelte der libertäre Frühsozialist Charles Fourier (1772-1837) mit seinem Konzept autonomer Gemeinwesen, den *Phalanstères*, die ca. 1500 Personen umfassen und ebenfalls genossenschaftlich organisiert sein sollten, ein ähnliches Modell, das jedoch nicht zur Umsetzung kam. (vgl. Boulet et al. 1980: 9f.)

12 Genossenschaften basieren auf vier Prinzipien: dem Förder-, dem Demokratie-, dem Identitäts- und dem Solidaritätsprinzip. Mit dem *Förderprinzip* wird als Zweck der Genossenschaft die wirtschaftliche, soziale und/oder kulturelle Förderung der Genoss_innen in dem Bereich, in dem die Genossenschaft tätig ist, bestimmt. Das *Identitätsprinzip* bringt zum Ausdruck, dass die in einer Kooperative handelnden Personen üblicherweise durch den Markt getrennte Rollen, wie z.B. Mieter_in und Vermieter_in (Wohnungsbaugenossenschaft), Verbraucher_in und Händler_in (Konsumgenossenschaft) oder Kapitaleigner_in und Beschäftigte (Produktivgenossenschaft), in sich vereinigen. Nach dem *Demokratieprinzip* hat jede_r Genoss_in unabhängig von der Höhe des jeweiligen Genossenschaftsanteils eine Stimme: „one person – one vote“. Mit dem *Solidaritäts-*

(Arbeiter_innen-)Selbsthilfe können als geschichtliche Vorläufer der Gemeinwesenarbeit begriffen werden. (vgl. Boulet et al. 1980: 11f.; May 2001: 201)

Community Organization

Mit dem Aufkommen der *Settlement*-Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich ein Arbeitsansatz, der als grundlegend für die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit gilt: die *Community Organization* bzw. das *Community Organizing*.¹³ Die *Settlement*-Bewegung nahm ihren Anfang vor dem Hintergrund der sozialen Auswirkungen der industriellen Revolution in England – weit verbreitete Armut, Entwicklung von Elendsvierteln – und wurde kurz darauf auch in den USA aufgegriffen. Dabei zogen humanistisch orientierte junge Akademiker_innen und Studierende in die Armenviertel Londons, lebten dort mit den Menschen und gründeten Gemeinwesenzentren bzw. Nachbarschaftshäuser, wie z.B. die 1884 in London gegründete *Toynbee Hall*. Ihr Ziel war es, den benachteiligten Bewohner_innen der Viertel ohne Bevormundung Wege zur Selbsthilfe nahezubringen, Bildung zu vermitteln und eine Versöhnung der Klassen herbeizuführen. (vgl. Oelschlägel 2001: 655 und Boulet et al. 1980: 24ff.) Es ging dabei nicht um individualisierte Hilfe für einzelne Personen, sondern um eine Veränderung der Lebensbedingungen im Nahraum und den Aufbau von sozialen Netzwerken zur Verbesserung der materiellen und sozialen Infrastruktur.

Wie Soziale Arbeit wirkungsvoll in Wirtschaft und Gesellschaft intervenieren und Einfluss auf ihre Gestaltung nehmen kann, wird am Beispiel des 1889 von Jane Addams, Ellen Gates Starr und anderen Frauen in Chicago gegründeten *Settlements Hull House* deutlich. Die Stadt war im Zeichen der Industrialisierung seit ihrer Gründung 1833 rasant gewachsen und zur Zeit der Gründung des *Hull House* von extremer sozialer Ungleichheit geprägt. Die Arbeiter_innen lebten und lohnarbeiteten un-

prinzip (auch als Genossenschaftsgeist bezeichnet) kommt die Art des Verhältnisses der Genoss_innen untereinander zum Ausdruck, die durch die Organisation in der Kooperative etwas realisieren, was sie für sich alleine nicht schaffen könnten. (vgl. Flieger 2003)

13 Der Ansatz des *Community Developments* stellt eine weiteren historischen Bezugspunkt für die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit dar. Dieses Konzept wurde – im Kontrast zur *Community Organization* für die Gemeinwesenreform in Altbaugebieten – im 19. Jahrhundert im Westen der USA von landwirtschaftlichen Hochschulen zum Gemeindeaufbau in Neusiedlungsgebieten betrieben. (vgl. Müller 2006: 206) Nach Boulet. et al. (1980) fand es im Folgenden im Kontext von Infrastrukturmaßnahmen Anwendung, um Widerstände in der Bevölkerung abzubauen – etwa bei der Kanalisierung des Flusses Tennessee in den 1930er Jahren (vgl. Boulet et al. 1980: 21). Auch in britischen Kolonien kam dieses Konzept zum Einsatz. (vgl. May 2001: 204)

ter desolaten Bedingungen, was den Ausgangspunkt des fürsorgerischen, sozial- und erwachsenenpädagogischen, sozial- und gewerkschaftspolitischen Wirkens der Aktivist_innen des *Hull House* darstellte. Vor dem Hintergrund der beschriebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer polit-ökonomischen Kritik war das übergeordnete Ziel der Arbeit im *Settlement* die Verwirklichung von Demokratie in einem umfassenden Sinne, verstanden als Organisationsweise aller Bereiche der Gesellschaft, also auch der Wirtschaft. (vgl. Elsen 2011a: 33) Dabei wurden Methoden der empirischen Sozialforschung und Sozialberichterstattung entwickelt und *Social Welfare Councils* eingerichtet, die im Folgenden weitere Verbreitung fanden. (vgl. May 2001: 202) Das *Settlement* wirkte dabei als „Kristallisationspunkt und Innovationszentrum in und aus [den] lebensweltlichen Zusammenhängen in denen es verankert war“ (Elsen 2011a: 23) und ein breites Spektrum an politischen Aktivitäten ging von den im *Hull House* Aktiven aus:

„Die Interventionen in die Ursachenzusammenhänge gesellschaftlicher Probleme reichten konsequent in den wirtschaftlichen und politischen Sektor. Sie umfassten Ansätze der sozialkulturellen und sozialpolitischen Zivilisierung des Kapitalismus auf der Basis von Untersuchungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie der sozialen, gesundheitlichen, kulturellen und ökologischen Folgen industrieller Produktion, den Aufbau und die Stärkung gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen Ausbeutung und Abhängigkeit, die Gründung von Arbeitsbeschaffungsbüros und Beschäftigungsinitiativen, den Aufbau öffentlicher Infrastruktur, die korrigierende und kontrollierende Einflussnahme in der Abfall- und Wohnungswirtschaft, die Dokumentation und Bekämpfung ökologischer Schäden, die Einführung begrenzender Arbeitsschutzgesetze, den Aufbau von Sozial-, Bildungs- und Kultureinrichtungen für die arbeitende Bevölkerung und die Gründung von Unternehmen der Gemeinwesenökonomie.“ (Elsen 2011a: 23f.)

Das Ende des 19. Jahrhunderts stellte eine Hochphase der Gründung von Genossenschaften dar. Diese gingen in hohem Maße auch von *Settlements* in den USA und Europa aus. So gründeten Jane Addams und Florence Kelley 1892 in Zusammenarbeit mit der Frauengewerkschaftsbewegung eine Wohnungsgenossenschaft für junge Arbeiterinnen. Es folgte der Aufbau genossenschaftlicher Sozialhilfesysteme, Konsumgenossenschaften (z.B. eine kooperative Apotheke) und Sparkassen (vgl. ebd.: 38). Auch das *Hull House* selbst und seine einzelnen Bereiche, wie die Volksküche und die Kaffeestube als offener Treffpunkt, Ateliers und Werkstätten, waren kollektiv organisiert. 1900 wurde das *Hull House Arbeits-Museum* mit Bildungsangeboten und

offenen Werkstätten eröffnet, in denen Kunsthandwerk und Textilien produziert wurden, welche vor Ort verkauft wurden. Diese Institution wurde als Einrichtung der Arbeiter_innenbildung von dem US-amerikanischen Pädagogen und Philosophen John Dewey (1859-1952) mitgestaltet, der zeitweise in *Hull House* lebte und von 1889 bis 1904 an der Universität von Chicago Erziehungswissenschaft lehrte. (vgl. ebd.: 41 und Müller 2006: 48) Deweys demokratisches Bildungsverständnis, nach dem Erziehung einen (wechselseitigen) Prozess darstellt, durch den Menschen lernen, aktiv an der jeweiligen Gesellschaft teilzuhaben, war ein wichtiger Bezugspunkt für die im *Hull House* Tätigen. Jane Addams fasste ihr Verständnis lebenslangen Lernens in der Formel „*education by current event*“ und begriff Bildung in einer Demokratie als das Ergebnis initiativen Handelns und die Interpretation einer Gegebenheit durch die Gruppe als gemeinsamen Bildungsprozess. (vgl. Elsen 1997: 81) Im *Hull House* wurde so ein „Konzept der Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen durch tätige und häufig auch aggressive Selbsthilfe und Selbstorganisation im Stadtteil und am Arbeitsplatz“ (Müller 2006: 50) und damit die „Grundzüge einer 'sozialräumlichen' Sozialarbeit“ (ebd.) entwickelt.

Im Chicago der 1930er Jahre begann Saul Alinsky (1909-1972) neue Methoden des *Community Organizing* auszuarbeiten, die in gewerkschaftlicher Tradition standen. Sein Ansatz basierte auf der Analyse der spezifischen gesellschaftlichen Ungleichverteilung von Macht in kapitalistisch verfassten Gesellschaften. (vgl. Müller 2006: 214 ff.) Um eine Kräfteverschiebung und eine Umverteilung von Macht erreichen zu können, müssten sich die Benachteiligten (die *have-nots*) organisieren und gemeinsam Druck ausüben. Um dies zu realisieren, legte Alinsky seinen Fokus auf den Aufbau bzw. das Organisieren von *Community Organizations*, denen es um die Beseitigung von Missständen bzw. um eine Ausweitung der Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse geht. Sie wurden von ihm als Konfliktgruppen konzipiert, die „auf der Basis eines ungefähren Konsens ein Programm und Strategien zu dessen Umsetzung entwickel[n]“ (Hinte/Karas 1998: 20), womit der Status Quo und die ihm zugrunde liegenden Machtverhältnisse in Frage gestellt werden können. Die Entwicklung der Beteiligten innerhalb einer organisierten Community beschreibt Alinsky dabei als gegenseitigen Lernprozess:

„In einer Bürger-Organisation [*community organization*, F.M.] ist Volksbil-

„...dung ein aufregender und dramatischer Prozeß. Statt distanziert und akademisch zu sein, wird Bildung zu einem direkten und unmittelbaren Teil des persönlichen Lebens, der Erfahrungen und des Handelns von Menschen.“
(Alinsky 1984: 108, zit. nach Wieczorek 2005: 60)

Ein zentraler Ausgangspunkt für das Organisieren nach Alinsky ist das Leben der Bevölkerung vor Ort und nicht ein von externen Expert_innen diagnostiziertes Defizit. Die Aufgabe der *Community Organizer* besteht nach Alinsky darin, die Bevölkerung dabei zu unterstützen, aus den vorgefundenen und artikulierten Problemlagen ein Programm und eine Strategie zu entwickeln, welche im Weiteren die Grundlage der Organisation bilden. Die organisierende Person wird dabei nicht als unparteiische außenstehende Person, sondern grundsätzlich sowohl als Katalysator von Positionen und Wünschen als auch als Mitstreiter_in verstanden. Alinsky bezeichnet sie auch als *Praxisberater*. 1940 gründete er die *Industrial Areas Foundation*, deren Ziel es war, die Gründung und den Aufbau von *Community Organizations* durch die Ausbildung von professionellen *Community Organizers* zu unterstützen. Die von Alinsky formulierten Methoden wurden auch von der Bürgerrechts-Bewegung in den USA aufgegriffen.

Maurice Hamington (2010) weist darauf hin, dass Addams und Alinsky und die von ihnen geprägten bzw. mit ihnen verbundenen Ansätze des *Community Organizing*, trotz gewisser Unterschiede auch viele Gemeinsamkeiten haben. So wird etwa bei beiden davon ausgegangen, dass gegenwärtige Bedürfnisse und Probleme aus dem Gemeinwesen heraus artikuliert werden müssen. Sowohl Addams als auch Alinsky verfolgten das Ziel, den Entrechteten eine Stimme zu geben und setzten sich für die Ermöglichung aktiver Teilhabe der Mitglieder des Gemeinwesens an Veränderungen und somit einer Demokratisierung der Gesellschaft ein. (vgl. Hamington 2010)

Im Deutschen Reich wurden im Kontext der Volksbildungsvereine und der Universitätsausdehnungsbewegung vergleichbare Einrichtungen etabliert, so etwa das 1901 von Walter Claasen ins Leben gerufene Volksheim Hamburg und die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost (SAG-OST). Im Jahr 1925 wurde die Deutsche Vereinigung der Nachbarschaftssiedlungen begründet, für die Bildungsarbeit ein prägender Arbeitszweig war. (vgl. Oelschlägel 2001: 655 und Boulet et al. 1980: 35ff.) Auch die während der Weimarer Republik aktive Internationale Arbeiterhilfe (IAH), die sich

als Selbsthilfeverein verstand, „bis zu Ortsvereinen durchstrukturiert [war] und [...] Betriebszellen, Gewerkschaftsgruppen, Arbeitervereine, Wohnquartiere, usw. [umfasste]“ (Boulet et al. 1980: 39f.), war in ihrer Arbeit auf Siedlungen und Wohnquartiere ausgerichtet. Sie organisierte Speisestellen für Bedürftige, unterstützte zwangsgeräumte Mieter_innen und wirkte bei der Bildung von Assoziationen wie etwa Mieter_innenausschüssen mit. (vgl. May 2001: 203)

Dass die Orientierung auf das Gemeinwesen jedoch keineswegs *per se* als fortschrittlich zu verstehen ist, wird an der Praxis der NSDAP im Deutschen Reich deutlich. Sie bediente sich zur Verbreitung und Durchsetzung der Ideologie der *Volksgemeinschaft* mit dem System von *Block* (bestand aus 40-60 Haushalten) und *Zelle* (bestand aus 4-8 Blöcken) auch Ansätzen der Gemeinwesenorientierung. Dabei wurden „territoriale Gemeinwesen kleinster Einheit“ (Boulet et al. 1980: 41) geschaffen, die zur Indoktrination und Kontrolle der Bevölkerung dienten. Ihnen standen Block- und Zellenleiter_innen bzw. Blockwalter_innen vor, die – laut den Richtlinien der NSDAP – als „Mittler [...] zwischen den Volksgenossen verschiedener sozialer Schichtung“ (Schubert, 1977: 237, zit. nach Boulet et al. 1980: 41) zur Gleichschaltung der Menschen dienen sollten. Mit Boulet et al. (1980) kann unterstrichen werden, dass an diesem Kapitel der Geschichte die Möglichkeiten der „Perversion von Gemeinwesenorientierung“ (Boulet et al. 1980: 42) deutlich werden.

1.4 Entwicklung in der BRD

In der Auseinandersetzung mit Gemeinwesenarbeit in der Nachkriegszeit wurde kaum an die (wenigen) Vorläufer aus Zeiten der Weimarer Republik angeknüpft, sondern in erster Linie an US-amerikanische Methoden der „Gemeinschaftshilfe“ (wie das US-amerikanische Konzept der *Community Organization* übersetzt wurde), die im Zuge des *Reeducation*-Programmes an Schulen für Sozialarbeit gelehrt wurden. Damit wurde zunächst ein „harmonistisches Gesellschaftsverständnis übernommen, das Widersprüche und gesellschaftliche Konflikte weitgehend ausklammerte“ (Oelschlägel 2001: 656). So ging es denn auch in der konkreten Praxis der Gemeinwesenarbeit in den 1950er Jahren nicht in erster Linie um die Mobilisierung der eigenen Kräfte der Adressat_innen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation, sondern in der

Hauptsache um karitative Hilfe unter Anwendung von Methoden der Gruppenpädagogik. (vgl. Boulet et al. 1980: 50 und Müller 2006: 203)

In den 1960er Jahren begann in der BRD eine „unsicher tastende Rezeption“ (Müller 2006: 204) von Gemeinwesenarbeit, an der u.a. der Verband Deutscher Nachbarschaftsheime beteiligt war. (vgl. ebd.: 208ff.) Der Ansatz der Gemeinwesenarbeit wurde in dieser Zeit zudem attraktiv, da von Seiten der in der Sozialen Arbeit Tätigen ein Bedarf nach neuen professionellen Strategien entstand, die es ihnen ermöglichten, einen Umgang mit der erhöhten Leistungsnachfrage einerseits und den zunehmenden Leistungsdefiziten sozialer Dienste andererseits zu finden. (vgl. Oelschlägel 2001: 656) Eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit Ende der 1960er Jahre spielte weiterhin die Selbstorganisation der in der Sozialen Arbeit Tätigen in Initiativausschüssen und Fachgruppen. Auch die Gründung lokaler Arbeitskreise Kritischer Sozialarbeiter (AKS) fiel in diese Zeit. (vgl. Oy 2007)

Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurden vermehrt praktische GWA-Projekte gegründet, etwa in der Arbeit mit Obdachlosen, im Bereich des sozialen Wohnungsbaus (Trabantenstädte) und in innerstädtischen Sanierungsgebieten. Die Praktiker_innen legten ihrem Handeln jedoch unterschiedliche Strategien zugrunde, wie 1971 eine Untersuchung der Victor-Gollancz-Stiftung zeigte: Einige Projekte arbeiteten im Rahmen der „Rationalisierungstendenzen der kommunalen Sozialverwaltungen“ (Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit 1972: 38, zit. nach Müller 2006: 225), andere entwickelten im Sinne einer radikaldemokratischen Tradition von GWA Mitbestimmungskonzepte in Bezug auf die kommunalpolitische Planung. Eine Minderheit der untersuchten Projekte ging einen Schritt weiter und war konfliktbereit in Bezug auf die „Veröffentlichung (kommunal-)politischer Auseinandersetzungen, die sonst hinter verschlossenen Türen stattfinden und deren Ergebnis den Betroffenen als Verwaltungsmaßnahme präsentiert“ (ebd.) wurde. Daran waren auch viele politisch aktive Studierende beteiligt, die ihrer Arbeit die sogenannte Randgruppenstrategie zugrunde legten. (vgl. Penke 2009: 193)

Die in den 1960er und 70er Jahren entstandenen Ansätze von Gemeinwesenarbeit sollen im Folgenden nach Hinte und Karas (1998) systematisiert werden, wobei jedoch nicht davon ausgegangen werden darf, dass die unterschiedlichen Ansätze stets scharf voneinander zu trennen wären.

Der *wohlfahrtsstaatliche Ansatz* von Gemeinwesenarbeit geht vom „Postulat chancengleicher demokratischer Gesellschaften in westlichen Industrienationen“ (Boulet et al. 1980: 6) aus und ist vor diesem Hintergrund auf eine Verbesserung der Dienstleistungsangebote im Gemeinwesen ausgerichtet. Die jeweiligen Lebensbedingungen werden dabei als unveränderbar begriffen und eine Auseinandersetzung mit Fragen von Macht, Herrschaft und politischer Beteiligung findet im Rahmen dieses Ansatzes von Gemeinwesenarbeit nicht statt. (vgl. Hinte/Karas 1998: 14)

In den 1970er Jahren erfuhr der *integrative Ansatz* von Gemeinwesenarbeit, als dessen theoretischer Hauptvertreter Murray G. Ross (1910-2000) gilt, insbesondere in der hochschulischen Lehre eine große Verbreitung. Nach Hinte und Karas (1998) entwirft er ein Konzept von Gemeinwesenarbeit, das auf die „harmonische Anpassung vorhandener Interessen an ein abstraktes Gemeinwohl“ (Hinte/Karas 1998: 15) ausgerichtet ist. Spannungen und Konflikte gelte es in „produktive Kanäle“ (Ross 1971, zit. nach Hinte/Karas 1998: 17) zu lenken und durch Diskussion und Kooperation zu schlichten bzw. aufzulösen. Partizipation der Bürger_innen bedeutet dabei jedoch nicht die Teilnahme an Entscheidungsprozessen als gleichberechtigte Partner_innen, sondern nur die Beteiligung „an der Durchsetzung und Verwirklichung bereits getroffener Entscheidungen“ (Hinte/Karas 1998: 17).

Aus Kritik an den beiden zuvor skizzierten Ansätzen der Gemeinwesenarbeit und ihren auf eine Harmonisierung sozialer Widersprüche gerichteten Zügen, wurde zu Beginn der 1970er Jahre von C.W. Müller und anderen der auf einer materialistischen Klassenanalyse basierende und auf die Organisation der Arbeiterklasse abzielende Ansatz der *aggressiven bzw. konfliktorientierten* Gemeinwesenarbeit entwickelt. Mit ihm sollte eine „Veränderung von Kräfte-Verhältnissen und Macht-Strukturen innerhalb eines Wohnquartiers durch solidarischen Zusammenschluss von Minderheiten“ (Müller 1971, zit. nach Hinte/Karas 1998: 18) und letztlich eine „Revolution von unten“ (ebd.) befördert werden. Ein Bezugspunkt waren dabei die von der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA angewandten Aktions- bzw. Interventionsformen des zivilen Ungehorsams.¹⁴ Auf die Konzeption aggressiver bzw. konfliktorientierter und auf die Veränderung der Lebensbedingungen gerichteter An-

¹⁴ Vgl. dazu die Arbeiten von Harry Specht zu disruptiven Taktiken. (vgl. Müller 2006: 216 ff.)

sätze von Gemeinwesenarbeit hatten die Schriften und die seit den 1930er Jahren in den USA entwickelte Praxis des oben angesprochenen *Community Organizing* nach Saul Alinsky einen großen Einfluss. Als Defizit der Theorie aggressiver Gemeinwesenarbeit beschreiben Hinte und Karas (1998) jedoch eine „relativ unzureichende Praxisanbindung“ (Hinte/Karas 1998: 18f.) und eine Unterschätzung der weiten Verbreitung von politischer Apathie in der Bevölkerung, die sich nicht so ohne weiteres mobilisieren ließ.

Ebenfalls in den 1970er Jahren erhielt der sogenannte *katalytische* bzw. *katalytisch-aktivierende Ansatz* Bedeutung in Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit. (vgl. Hinte/Karas 1998: 23) Dabei wird davon ausgegangen, dass nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen nur von den Menschen (in einem Gemeinwesen) selbst durchgesetzt und erreicht werden können. Um dies zu befördern, ist es nach diesem Ansatz Aufgabe der Gemeinwesenarbeit, Orte für 'Hilfe zur Selbsthilfe' zu initiieren, um den Bewohner_innen eines Gemeinwesens Erfahrungen mit selbstbestimmtem Handeln zu ermöglichen, die sie dann dazu ermutigen bzw. veranlassen können, weitergehende „politische Partizipationsbedürfnisse anzumelden und dafür zu kämpfen“ (ebd.: 25). Insofern ist dieser Ansatz als anti-paternalistisch zu bezeichnen. Ähnlich des *Community Organizing*-Ansatzes setzt (politisch) aktivierende Gemeinwesenarbeit sowohl bei den Bewohner_innen des Gemeinwesens und den von ihnen artikulierten Problemen und Interessen an, als auch „bei den Verhältnissen [...], da eine Auflösung autoritärer Charakterstrukturen bei Menschen einhergehen muß mit der Veränderung der Bedingungen, die diese Menschen produzieren“ (ebd.: 26). Die staatliche Repression, mit der in den 1970er Jahren (auch auf politisch agierende Gruppen von Bewohner_innen und Gemeinwesenarbeiter_innen) reagiert wurde, machte jedoch auch die Herausforderungen deutlich, die Soziale Arbeit mit dem Anspruch der Veränderung von Machtverhältnissen unter gegebenen Bedingungen mit sich bringen kann. (vgl. Boulet et al. 1980: 50f.) In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam es vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, „nachlassende[r] Experimentierfreude von Gemeinden und Verbänden, Berufsverböten und Einschränkungen im Sozial- und Bildungsbereich“ (Müller 2006: 229) zu einem Rückgang praktischer Projekte der Gemeinwesenarbeit.

Eine wichtige Forschungsstrategie im Rahmen des aktivierenden Ansatzes von Ge-

meinwesenarbeit, die auch im weiteren Verlauf relevant blieb, stellt die *Aktivierende Befragung* dar. Sie stammt aus der Aktionsforschung (*action research*) nach Kurt Lewin und dient dazu, die Sichtweisen, Interessen und Bedürfnisse der in einem bestimmten Gebiet lebenden Menschen zu erfragen. Dabei werden die Befragten jedoch nicht als Objekte der Forschung, sondern als Beteiligte betrachtet, so dass davon ausgegangen werden kann, dass bereits die Erhebung selbst zu Bildungsprozessen führt. (vgl. Stoik 2009) Die Ergebnisse der Befragung und Perspektiven der weiteren Bearbeitung werden den Befragten im Rahmen einer Versammlung präsentiert und können so einen Ausgangspunkt für weitere Schritte der Veränderung darstellen. (vgl. Hinte/Karas 1998: 42ff.; Stoik 2009)

In den 1980er und 90er Jahren kam es vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen polit-ökonomischen Entwicklungen im Zuge einer Neuordnung der Sozialen Dienste zu einem Bedeutungszuwachs der Kommunen bezüglich der Verantwortung für das Erbringen von sozialen Dienstleistungen. In diesem Kontext geriet auch der lokale Raum und weitere zentrale Prinzipien von Gemeinwesenarbeit, wie die lokale Orientierung und die Koordination, Vernetzung und Aktivierung von Betroffenen, zunehmend in den Fokus von Theoriediskussionen der Sozialen Arbeit. (vgl. Oelschlägel 2001: 657) Das (zunächst) „Spezifische der Gemeinwesenarbeit“ wurde so zunehmend „zum Allgemeinen der Sozialen Arbeit“ (Gillich 2004, zit. nach Kessler (2005)). Diese Entwicklung spiegelt sich etwa im Konzept der *Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit* bzw. des *Dialogmanagements*, das seit Anfang der 1980er Jahre von Wolfgang Hinte et al. ausgearbeitet wurde und mittlerweile in das Konzept des *Stadtteilmanagements* eingemeindet wurde.¹⁵ (vgl. Kessler 2005) Stadtteilbezogene Soziale Arbeit wird dabei als „intermediäre Instanz“ mit Scharnierfunktion zwischen Bürger_innen und Verwaltung konzipiert, die im Stadtteil eine Moderationsfunktion übernehmen soll, dabei von den „Wünsche[n] und Interessen der Betroffenen“ (Oelschlägel 2001: 657) ausgeht und auf die „Einflussnahme auf das öffentliche politische Leben im Stadtteil, in der Gesamtstadt und gegebenenfalls in der Region“ (ebd.) gerichtet ist. „Verwaltungen [werden dabei] nicht prinzipiell als Gegner, sondern bis zum Beweis des Gegenteils als Bündnispartner“ (ebd.) verstanden. (vgl.

¹⁵ Bereits 1980 argumentierten Boulet et al. dafür, Gemeinwesenarbeit nicht nur als dritte Methode der Sozialen Arbeit aufzufassen, sondern als allgemeines Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit. (vgl. Boulet et al. 1980)

Hinte 1997: 288ff.) Es lassen sich deutliche Parallelen zwischen dem Ansatz von Gemeinwesenarbeit als Dialogmanagement und der *Community Organization* (in Gestalt der um die Jahrhundertwende in den USA gegründeten *Social Welfare Councils*) feststellen, wenn als Auftrag der Gemeinwesenarbeit bestimmt wird, „sowohl auf Stadtteilebene als auch auf Verwaltungsebene vorhandene Ressourcen zu akquirieren, zu bündeln, abzurufen, aber auch neue einzuklagen oder zu entwickeln und Geldströme in solche Stadtteile zu lenken, die zu verslumen drohen oder ausgegrenzt werden“ (Hinte 1994: 81, zit. nach Richter 1998: 193). Als Aufgabe der Gemeinwesenarbeit wird dabei die Vermittlung *zwischen* und ‚wechselseitige Aufklärung‘ (Hinte 1994: 80) des Systems über die Lebenswelt und der Lebenswelt über das System und zwar vermittelt durch das Dialogmanagement ‚intermediärer‘ professioneller GemeinwesenarbeiterInnen“ (Richter 1998: 194) definiert. Richter (1998) stellt jedoch in Frage, inwiefern eine derart vermittelnde Person vor dem Hintergrund „fehlender sozialer Integration der Lebenswelt und [...] monetärer Engpässe des Systems noch beidseitige Akzeptanz finden“ (ebd.) könne.

Die Ausrichtung der Sozialen Arbeit insgesamt auf das Lokale und lokale Gemeinwesen wird in der fachlichen Debatte seit den 1990er Jahren begrifflich zunehmend als Orientierung auf den *Sozialraum* bzw. als *sozialräumliche Orientierung* artikuliert. Kessl/Reutlinger (2007) konstatieren etwa eine „sozialraumorientierte Neujustierung“ (Kessl/Reutlinger 2007: 39) der Sozialen Arbeit. Sozialraum wird dabei nicht einfach als physische Realität verstanden, sondern als von Menschen durch Interaktionen, Beziehungen und soziale Verhältnisse konstituiert. (vgl. Abschnitt 3.3) Dabei werden Bezüge zu den Debatten um Gemeinwesen und Gemeinwesenarbeit in den 1960er- und 1970er-Jahren deutlich. (vgl. Deinet/Krisch 2005: 313)

Auch neueren Stadtentwicklungsprogrammen wie dem im Jahr 2000 verabschiedeten Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ liegt eine starke Orientierung auf den Sozialraum zugrunde. Die Fokussierung von Regierungshandeln auf einzelne oder bestimmte Sozialräume führt jedoch zu widersprüchlichen Konstellationen zwischen Vereinnahmung und Instrumentalisierung von Gemeinwesenarbeit bzw. sozialräumlich orientierter Sozialer Arbeit. Als problematisch ist in diesem Kontext etwa zu werten, wenn tendenziell eine Umdefinition gesamtgesellschaftlicher Probleme zu räumlichen Problemen stattfindet, wenn „Erwerbslosigkeit, Armut oder fehlende Bil-

dungsmöglichkeiten [...] zu Problemen so genannter benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Quartieren oder Stadtteilen erklärt [werden]“ (Kessl/Reutlinger 2007: 38).

Auch emanzipatorische und herrschaftskritische Prinzipien von Gemeinwesenarbeit drohen in diesem Zuge programmatisch umgepolt zu werden. So wird im Rahmen dieser Programme zwar die Förderung von *Aktivierung* und *Partizipation* proklamiert, diese Ziele werden dabei jedoch in der Regel – insbesondere vor dem konzeptuellen Hintergrund der *unternehmerischen Stadt* – als Steuerungsinstrumente der Stadtentwicklung im Rahmen von Top-Down-Politikstrategien verstanden. (vgl. Schreier 2011) Die Orientierung auf spezifische Sozialräume geht aktuell zudem häufig mit einer Ausrichtung an sicherheits- und ordnungspolitischen Zielen einher, wie Schreier (2011) am Beispiel des in Niedersachsen eingerichteten Kriminalitätspräventions-Programms „Communities that Care“ zeigt. Weiterhin besteht die Gefahr, dass „Bürgerengagement und nachbarschaftliche Netzwerke [...] tendenziell zu Ausfallbürgern des Wohlfahrtsstaats gemacht“ (Stoevesand 2007) werden, obwohl mit den dafür zur Verfügung gestellten verhältnismäßig geringen Mitteln die durch die „Demontage der sozialen Sicherungssysteme, die Deregulierung des Arbeitsmarktes oder die Kommodifizierung im Wohnungssektor“ (ebd.) verursachten sozialen Schäden nicht kompensiert werden können.

Auf die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten für kritisch-emanzipatorische Gemeinwesenarbeit vor diesem Hintergrund bestehen, werde ich im folgenden Abschnitt eingehen. (vgl. dazu auch Abschnitt 4)

1.5 Funktion und Handlungsmöglichkeiten von Sozialer Arbeit und Gemeinwesenarbeit

Die dominante Funktion staatlicher Sozialpolitik innerhalb des kapitalistischen Systems ist die Aufrechterhaltung des Produktions- und Akkumulationsprozesses durch die „Sicherung des Bestandes an verwertbaren Arbeitskräften, die Schaffung, Erhaltung und Wiederherstellung ihrer Funktionsfähigkeit“ (Barabas et al. 1975: 382, zit. nach Boulet et al. 1980: 116). Professionelle Soziale Arbeit ist nicht losgelöst davon zu betrachten. Auch sie trägt zur Sicherung der bestehenden, auf Privateigentum, Lohnarbeit und Warentausch ausgerichteten Verhältnisse bei. Sie ist dabei jedoch

nicht auf unmittelbare *Produktion*, sondern auf die *Reproduktion* von Arbeitskraft (Ausbildung, Qualifikation, Versorgung, Wohnungen, Resozialisierung und Rehabilitation) gerichtet und hat wie die staatliche Sozialpolitik „die Funktion, Arbeitskräfte arbeitsfähig und arbeitswillig zu halten, die Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft zu sichern und die zu versorgen, die aus dem Produktionsprozeß ganz oder zeitweilig herausfallen“ (vgl. ebd.: 119).¹⁶ Boulet et al. (1980) unterscheiden die Mittel, mit denen Soziale Arbeit und Sozialpolitik insgesamt arbeiten, wie folgt:

„Während die Sozialpolitik mit ihren 'distributiv-monetären Instrumenten der Einkommensverteilung' eher auf den generellen Ausgleich schicht- oder 'situationsgruppen'-spezifischer Disparitäten in der Versorgung mit sozialen Gütern oder Leistungen ausgerichtet' (Tennstedt 1976) ist, setzt Sozialarbeit mit pädagogischen, therapeutischen und politischen Interventionen ein [...].“ (ebd.: 123f.)

Soziale Arbeit wirkt dabei auf einzelne Menschen, auf Gruppen von Menschen bzw. auf regionale oder institutionelle Einheiten. Die dominante Funktion der Sozialen Arbeit ist darüber hinaus die Sicherung der Loyalität gegenüber dem herrschenden politisch-administrativen System und das Schaffen von Akzeptanz gegenüber staatlichem Handeln – etwa durch die Herstellung von Konsens im Rahmen von begrenzten Partizipationsverfahren. (vgl. ebd.: 124f.)

Genau in diesem Bereich liegen jedoch auch Handlungsspielräume für das Eröffnen von Veränderungsmöglichkeiten und ein Unterlaufen dieser Funktion durch eine „emanzipatorische Praxis“ (ebd.: 127). Die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft können von „eine[r] prinzipiell auf Veränderung zielende[n] Politik – die gleichwohl auf dem Boden des bestehenden Systems erfolgen muß – nutzbar [gemacht werden]“ (Ortmann 1973, zit. nach Boulet et al. 1980: 127). Einen wichtigen Ansatzpunkt stellt dabei das Konzept der *Hilfe zur Selbsthilfe* dar – jedoch nicht verstanden als „als Hilfe zur individuell-selbständigen Reproduktion durch Teilnahme an Arbeits- und Warenmärkten“ (Müller et al. 1983, zit. nach May 1997: 13), sondern als „Ermöglichung kollektiver Selbstbestimmung über das eigene gemeinsame Lebensschicksal“ (ebd.). Die Möglichkeit, auf dieses Ziel hin tätig zu werden, besteht immer da, wo konkrete „Probleme [...] hervortreten und, indem sie [...] Antworten fordern, als Probleme eben auch Möglichkeiten eröffnen“ (Lefebvre

¹⁶ Soziale Arbeit, die etwa als Freie Träger in Vereinen organisiert und finanziell unabhängiger von öffentlichen Mitteln ist, hat in ihrer Praxis tendenziell größere Gestaltungsspielräume.

1977, zit. nach May 1997: 23). Eine Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang das Anstoßen von Verständigungsprozessen über mögliche Ansatzpunkte zur Lösung des Problems dar. Eine wichtige Bedingung dafür, dass es überhaupt zu solchen Prozessen kommen kann, ist das Vorhandensein einer kommunalen Öffentlichkeit und die Existenz von „Orten und Zeiten für die Ausbildung eines [...] politischen Ausdrucksvermögens“ (ebd.: 18). Hier kann kritisch-emanzipatorische und bildungsorientierte Gemeinwesenarbeit, die auf die Erweiterung der Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens insgesamt und der Menschen darin gerichtet ist, ansetzen. Oelschlägel (2001) bestimmt als Handlungsorientierung von Gemeinwesenarbeit, dass es ihr darum gehe, „Menschen handlungsfähiger [zu] machen, [zu] ermutigen, [zu] unterstützen, damit diese ihre Lebenswelt verändern können“ (Oelschlägel 2001: 653). Als wesentliche Handlungselemente der Gemeinwesenarbeit nennt er die Bereitstellung von nützlichen (personellen) Ressourcen wie Zeit und (Ermöglichungs-) Räumen, Dienstleistungen wie Beratung, Betreuung und Fahrten zu Ämtern, die Förderung von Kulturarbeit¹⁷ und den Aufbau von (mobilisierbaren) Netzwerken zwischen den verschiedenen Vereinen und anderen Gruppierungen im Stadtteil. Insofern, als Gemeinwesenarbeit auf diese Weise soziale Räume (mit-)gestaltet, ist sie immer auch als Teil der lokalen politischen Praxis zu begreifen. (vgl. Oelschlägel 2001: 653)

Für die Bearbeitung der Frage, wie bzw. mit welcher Ausrichtung kritisch-emanzipatorische Soziale Arbeit vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Ökonomisierung des Sozialen eine über diese Entwicklung hinausweisende Perspektive und entsprechende Handlungsmöglichkeiten entwickeln kann, ist die Theorie und soziale Praxis der Commons gewinnbringend. Im folgenden Kapitel wird es daher um eine Einführung in die Debatte um die Commons gehen.

17 Oelschlägel führt in diesem Kontext aus, dass „Kultur [...] kein vom Alltag getrenntes Phänomen [ist], sie gehört in den Zusammenhang der Gestaltung von Lebensverhältnissen, zu einem 'guten Leben', das vor allem Ziel der GWA sein sollte“ (ebd.: 654).

2. Commons in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung

Commons existieren schon lange und haben im Lauf der Geschichte viele Wandlungen erfahren. Über Jahrhunderte bildeten Commons bzw. Allmenden, also gemeinschaftlich genutzte und verwaltete Flächen, die Grundlage des Lebens der Menschen. Im Verlauf des Aufkommens und der Ausbreitung des Kapitalismus ab dem 15. / 16. Jahrhundert fanden – stets heftig umkämpfte – Einhegungen (*enclosures*) der Allmende statt. Doch nicht nur im Mittelalter spielten sich Auseinandersetzungen um Commons ab. Rilling (2011) spricht in Bezug auf die Kämpfe um Commons im 20. Jahrhundert von einer Traditionslinie, die von der italienischen *Autonomia*-Bewegung der 1960er¹⁸ über die Umweltbewegung seit den 1970er Jahren und die globalisierungskritischen Bewegungen (*alter-globalization movements*¹⁹) der 1990er Jahre bis hin zu den antineoliberalen Bewegungen gegen Privatisierung im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts reicht. (vgl. Rilling 2011)

Die Verteidigung der Allmende stellte auch den zentralen Grund für den bis heute andauernden Aufstand der Zapatistas in Chiapas (Mexiko) dar. Sie wandten sich 1994 gegen die Aufhebung eines Artikels in der mexikanischen Verfassung, nach dem jedes Dorf über ein *ejido* (etwa: Allmendeland) verfügte. (vgl. Linebaugh 2012: 146) Auch die Entwicklungen in Richtung partizipatorischer und protagonistischer Demokratie sowie demokratischem Sozialismus, die in südamerikanischen Ländern wie Venezuela, Ecuador und Nicaragua unter dem Label *Bolivarianismus*²⁰ vollzogen werden, haben die Debatte um die Rückforderung bzw. Wiederaneignung der Commons auf unterschiedliche Weise wieder auf die Tagesordnung gebracht.

Einen weiteren Strang für die „Wiederentdeckung“ der Commons in der jüngeren Vergangenheit stellen die Entwicklungen im Bereich des Internets und der *Wissensallmende* dar. Die Produktion Freier Software seit den 1980er Jahren, die Entstehung von Organisationen wie Creative Commons mit ihrem Lizenzierungsmodell für

18 In diesem Kontext sind auch die *centri sociali occupati e autogestiti* (selbstverwaltete und besetzte (Jugend-) Zentren) (vgl. De Sario 2012: 79) ab den 1970er Jahren in Italien zu betrachten. (vgl. <http://www.trend.infopartisan.net/trd0300/t210300.html> und <http://www.copyriot.com/unefarce/no5/autonomia.html>)

19 Der Begriff '*alter-globalization*' (statt 'anti') macht deutlich, dass sich nicht gegen Globalisierung an sich, sondern für eine *andere*, nicht nach kapitalistischen Prinzipien ausgerichtete Globalisierung engagiert wird.

20 Nach dem venezolanischen Unabhängigkeitskämpfer des 19. Jahrhunderts, Simón Bolívar.

Werke wie Texte, Bilder, Musikstücke oder Videoclips²¹ und das darauf basierende Onlinelexikon Wikipedia sind in diesem Kontext zu sehen.

2.1 Begriffsbestimmung: Commons

Um das den Commons zugrunde liegende Prinzip entfalten zu können, werde ich mich zunächst mit der Entstehung des Begriffes und seiner Entwicklung auseinandersetzen. Dabei gibt es einige Parallelen zu der Bestimmung des Begriffes *Gemeinwesen*, da sich das englische Adjektiv, Verb und Nomen *common(s)* so wie das deutsche Adjektiv *gemein* vom lateinischen *communis* ableitet. (vgl. Abschnitt 1.2)

In dem umfangreichen Eintrag zum Stichwort *gemein* im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (DWB) wird unter Bezugnahme auf die Württembergische Bauordnung von 1654 als „bemerkenwert besonders“ der Begriff der *gemeinen allmeinde* hervorgehoben und wie folgt definiert:

„der gemeindegrund mit zubehör, der niemandes eigen ist: gemeine allmeinden [...] unserer stätt sollen endlich (endgültig) und in allweg unverbawt bleiben .. es weren dann solche plätz und allmeinden vorhanden, die zu gemeinem nutz, zier und wolstand füglich zu überbawen“ (DWB, Stichwort *gemein*).

Diese *gemeine allmeinde* (von mittelhochdeutsch *almende*, *al(ge)meinde*) ist auch Ursprung der deutschen Übersetzung des Begriffes *commons* mit *Allmende* oder *Gemeindeland*.²² In der Regel wird mit dem Begriff *Allmende* ein bestimmter Teil der Gemeindeflur in Form von Weide, Wald oder Ödland bezeichnet, das nach spezifischen Regeln genutzt werden kann. Im DWB wird die *Allmende* auch als „der verein, die gemeinschaft freier männer, die sich in wald und weide zulängst erhielt“, bestimmt. Als Synonym für *Allmende* bzw. *Gemeinde-* oder *Commungut* wird in der Oeconomischen Encyclopädie von J. G. Krünitz (OEK) der Begriff *Gemeinheit* genannt. (OEK, Stichwort *Allmende*)

Im englischen Wortschatz existieren vom Terminus *commons* abgeleitet die Begriffe

21 Creative Commons (CC) ist eine gemeinnützige Organisation, die 2001 gegründet wurde. Sie entwickelt standardisierte Lizenzverträge, die der Allgemeinheit als Alternative zum herkömmlichen Urheberrecht zur Verfügung stehen. Mit ihrer Hilfe kann ein Werk bspw. mit der Erlaubnis zum Kopieren, Verändern und/oder Wiederveröffentlichen veröffentlicht werden. (vgl. <http://www.creativecommons.org/>)

22 Im *Oxford American Dictionary* lautet die entsprechende Definition des Nomens *commons*: „[treated as singular] land or resources belonging to or affecting the whole of a community“ (OD, Stichwort *commons*)

commoner – „a person who has a right over another's land, e.g. for pasturage [~ Weiderecht, F.M.] or mineral extraction“ (OD, Stichwort *commoner*), in historischem Kontext übersetzt als *Kleinbauer* – und in älteren Quellen auch das Verb *to common*. Linebaugh (2008) verweist auf eine Schrift des englischen Richters und Politikers Edward Coke (1552-1634), der den Begriff *common* in einer Abhandlung über die Magna Charta und die *Charter of the Forest* (vgl. Abschnitt 2.2) zur Beschreibung der Nutzung bzw. Bewirtschaftung der Allmende als Verb gebraucht:

„Generally a man may common in a forest.“ (Coke 1650, zit. nach Linebaugh, 2008: 79)

Der damit zum Ausdruck kommende Bedeutungsaspekt von Aktivität, Tätigkeit im Gegensatz zur rein stofflichen Dimension eines *commons* als Ding oder Ressource lässt sich nicht adäquat ins Deutsche übersetzen. Dyer-Whiteford (2007) weist darauf hin, dass im Englischen sowohl von *common earth*, *common wealth*, *common networks*, *commons of land* (im weitesten Sinne die gesamte Biosphäre umfassend), *commons of labour* (im weitesten Sinne produktive und reproduktive Arbeit umfassend) als auch von *commons of language* (im weitesten Sinne alle Mittel der Information, Kommunikation und des Austauschs von (Er-)Kenntnissen umfassend) die Rede ist bzw. sein kann. (vgl. Dyer-Whiteford 2007) Derart lässt sich begrifflich wesentlich deutlicher als in der deutschen Sprache zum Ausdruck bringen, was in Bezug auf die verschiedenen Bereiche jeweils *common*, im Sinne von *gemeinsam*, *allgemein* bzw. *allgemein* oder *im Verein geteilt* ist.²³

Eine wichtige begriffliche Unterscheidung stellt die zwischen Commons (Gemeingüter, Allmende oder Gemeinheit) und *common pool resources* (Gemein- oder Allmenderessourcen oder einfach Ressourcen) dar. Letztere alleine sind noch keine Commons, sondern stellen erst die Bausteine (z.B. Wasser, Boden, Softwarecodes) dar, aus denen sich in Verbindung mit konkreten Menschen bzw. Gemeinschaften und von ihnen ausgehandelten bzw. aufgestellten Normen und Nutzungsregeln Commons konstituieren. Commons lassen sich daher als ein soziales Verhältnis bestimmen. (vgl. Abschnitt 2.3)

Da a) die Übersetzung des englischen Begriffs *commons* mit *Gemeingut/Gemeingü-*

²³ Bereits im spätrömischen Codex Justinianus (529 n. Chr.) wird zwischen *res privatae* (private Sachen), *res publicae* (öffentliche Sachen), *res nullius* (Niemandssachen) und *res communes* (gemeine Sachen) unterschieden. (vgl. Helfrich et al. 2009a: 4)

ter insofern eine Verkürzung der Bedeutung mit sich bringen könnte, als mit der Rede von einem *Gut* begrifflich nahegelegt wird, *commons* auf eine rein materielle Existenz reduziert zu verstehen, und b) die Übersetzung mit *Allmende* den Fokus zu sehr „auf eine ländliche Form der Nutzung, auf Wald und Wiese“ (Illich 1982: 7) lenkt, werde ich im Folgenden den englischen Begriff Commons verwenden.²⁴

2.2 Zur Geschichte der Commons

*The law locks up the man or woman
who steals the goose off from the common
but leaves the greater villain loose
who steals the commons from the goose.*
(England, 17. Jh.)

Nach Exner und Kratzwald (2012) war die gesamte Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus von Kämpfen um Commons bestimmt, „erst um den Zugang zu Land, dann um den Erhalt der selbstorganisierten Bereiche außerhalb des Systems von Markt und Staat und um das Eigentum an Produktionsmitteln allgemein“ (Exner/Kratzwald, 2012: 55).

Voraussetzung für die Etablierung und Durchsetzung der kapitalistischen Vergesellschaftung war nach Marx die „ursprüngliche Expropriation“ (Marx 1865) bzw. „ursprüngliche Akkumulation“ (Marx 1867: 741ff.) – „eine Reihe historischer Prozesse, die in einer *Auflösung* der *ursprünglichen Einheit* zwischen dem Arbeitenden und seinen Arbeitsmitteln resultieren“ (ebd., Hervorhebungen im Original). Diese Einheit bestand noch in der Bewirtschaftung der mittelalterlichen Allmende, wurde jedoch mit der Einhegung (*enclosure*), d.h. der Einzäunung und Privatisierung dieses Gemeindelandes aufgelöst. Mit der Einhegung einhergehend kam es auch auf Gesetzesebene zu einer zunehmenden Beschneidung der Allmenderechte, die der gemeinschaftlichen Nutzung des Landes durch die Kleinbauern (die *commoners*) zugrunde lagen.

In England waren in Folge von sozialen Kämpfen zwischen Adel, König, Kirche und *common people* in den Jahren 1215 und 1217 von König Johann Ohneland (John I.)

²⁴ Alternativ wäre die Verwendung des alten deutschen Begriffs *Gemeinheit* möglich, da er ebenfalls den Blick auf die sozialen Aspekte einer Gemeinschaft, eines Commons lenkt und nicht nur auf eine Sache, ein Gut. (vgl. Illich 1982: 7)

die sogenannten *Charters of Liberties* – die Magna Carta und die *Charter of the Forest*²⁵ – erlassen worden. Diese Gesetzestexte oder Urkunden waren Zusammenfassungen bisher gültiger Gewohnheitsrechte. Mit der Magna Carta, die heute als Ursprung der Bürgerrechte gilt, wurden politische Freiheitsrechte garantiert. In der – formal bis 1971 gültigen – *Charter of the Forest* wurde geregelt, dass und auf welche Weise alle gemeinen Leute Zugang zu den königlichen *forests* hatten und mit den dort vorhandenen Ressourcen ihre Existenz bzw. Subsistenz sichern konnten. (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 48ff.) Während in der Magna Carta hauptsächlich politische und juristische Rechte geregelt wurden, behandelte die *Charter of the Forest* mit ihren Hauptprinzipien „*subsistence, no enclosure, neighborhood, travel, and reparations*“ (Linebaugh 2008: 230) elementare Fragen der Ökonomie. (vgl. ebd.: 6) Linebaugh weist darauf hin, dass die *Charter of the Forest* im Vergleich zur Magna Carta aus verschiedenen Gründen – u.a. aufgrund ihrer zum Teil archaischen Terminologie – heute nur noch in weit geringerem Maße bekannt ist. Er betont jedoch den engen inhaltlichen Zusammenhang der beiden Dokumente:

„*The message of the two charters [...] is plain: political and legal rights can exist only on an economic foundation.*“ (Linebaugh, 2008: 6)

Engels (1882) zeichnet in seinem Aufsatz „Die Mark“ vor dem Hintergrund der damaligen „Verschuldungsknechtschaft der Kleinbauern“ (Engels 1882: 317) die Entstehung des Grundeigentums an Land, aus dem was früher – „nicht nur in Deutschland, sondern auch in Nordfrankreich, England und Skandinavien“ (ebd.) – „Gemeineigentum aller freien Männer“ (ebd.) war, nach. Dabei spielte die Vereinigung von Dörfern zu einer Markgenossenschaften mit Markverfassung eine wichtige Rolle: Die Markgenoss(_inn (?))en verwalteten den „Gemeinbesitz an Wald und Weide“ (ebd.: 321) und entschieden mittels einer Versammlung über die Angelegenheiten der Mark: die Verteilung der Felder, die Art der Bewirtschaftung, das Richten über Streitigkeiten²⁶:

25 Als *forest* wurden damals nicht nur bewaldete Gebiete, sondern auch Heide, Grasland und Moore bezeichnet.

26 Im angelsächsischen Raum war die *frankpledge* eine vergleichbare Form der kommunalen Regierung („*community local government*“ (Linebaugh, 2008: 113)). Dieses Gremium entschied bspw. über Fragen wie die nach der Zahl von Kühen oder Schafen, die auf einem bestimmten Landstück grasen dürfen (ebd.): „*The frankpledge [...] was the administrative term for local commoning.*“ (ebd.: 118) Daraus entwickelte sich später die *court leet*, die aus den Mitgliedern einer Nachbarschaft bestand. (vgl. ebd.: 113) Diese Form der Gerichtsbarkeit existiert in bestimmten Gemeinden Englands bis heute, siehe http://en.wikipedia.org/wiki/Leet_court#/Courts_Leet_existing_today. Vergleichbar damit ist die schweizerische Landsgemeinde, die

„Die Art dieser Nutzung wurde durch die Gesamtheit der Genossen bestimmt; ebenso die Art der Aufteilung, wenn der bisher bebaute Boden nicht mehr reichte und ein Stück der gemeinen Mark in Anbau genommen wurde. Hauptnutzung in der gemeinen Mark war Viehweide und Eichelmast, daneben lieferte der Wald Bau- und Brennholz, Laubstreu, Beeren und Pilze, das Moor, wenn vorhanden, Torf.“ (ebd.: 322; vgl. Engels 1892: 146)

Karl Marx (1867) führt zum Thema Umwandlung von Gemeindeeigentum in Privateigentum im Kapitel zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals folgendes aus:

„Das Gemeindeeigentum – durchaus verschieden von dem [...] Staatseigentum – war eine altgermanische Einrichtung, die unter der Decke der Feudalität fortlebte. Man hat gesehen, wie die gewaltsame Usurpation desselben, meist begleitet von Verwandlung des Ackerlands in Viehweide, Ende des 15. Jahrhunderts beginnt und im 16. Jahrhundert fort dauert. Aber damals vollzog sich der Prozeß als individuelle Gewalttat, wogegen die Gesetzgebung 150 Jahre lang vergeblich ankämpft. Der Fortschritt des 18. Jahrhunderts offenbart sich darin, daß das Gesetz selbst jetzt zum Vehikel des Raubs am Volksland wird, obgleich die großen Pächter nebenbei auch ihre kleinen unabhängigen Privatmethoden anwenden. Die parlamentarische Form des Raubs ist die der *"Bills for Inclosures of Commons"* (Gesetze für Einhegung des Gemeinlandes), in andren Worten Dekrete, wodurch die Grundherrn Volksland sich selbst als Privateigentum schenken, Dekrete der Volksexpropriation.“ (Marx 1867: 752f.; vgl. Marx 1868 und Linebaugh 2008: 278)

In England wurden 1536 die katholischen Klöster und die dazugehörigen Allmenden aufgelöst. Damit begann das erste große *Enclosure Movement*, also die Auflösung der Allmenderechte. Auf diese Weise wurde der Weg zur privaten Landnahme durch Einhegungen geebnet, und eine neue Klasse von Landbesitzern, die *landed gentry*, der niedere Landadel, entstand. Land wurde kommodifiziert, zur (handelbaren) Ware gemacht und damit privatisiert. Linebaugh nennt diesen Vorgang *„a massive act of state-sponsored privatization“* (Linebaugh 2008: 49).

Diese Entwicklungen waren Ausgangspunkt für eine Vielzahl von Rebellionen und Aufständen der *common people* – z.B. im sogenannten Bauernkrieg der Jahre 1524–26 im süddeutschen Sprachraum (vgl. Linebaugh 2008: 55) –, die sich gegen die Enteignung von seit Jahrhunderten bestehenden Allmenden und die Beschneidung bzw. Abschaffung gemeinschaftlicher Weide-, Holzschlag-, Fischerei- oder Jagdrechte wehrten.²⁷ Auch die Bewegungen der *Levellers* und *Diggers*, die im England des 17.

ebenfalls noch heute in einigen Kantonen existiert. (vgl. Kratzwald 2012: 81)

27 vgl. die Zwölf Artikel, die im Zuge der Bauernkriege 1525 von einer Bauernversammlung in Memmingen verabschiedet wurden. Darin insbesondere Artikel 10, in dem die Rückgabe von

Jahrhunderts für den Erhalt des Gemeineigentums an Land und soziale Gleichheit kämpften, standen in dieser Tradition, wenn sie bspw. im September 1648 mit einer an das englische Parlament gerichteten Petition neben anderen Forderungen die Öffnung „*of all late enclosures of Fens* [~ Moor, F.M.] *and other Commons*“ (ebd.: 83) vorbrachten.

In England war die Nutzung der Allmende noch im 18. Jahrhundert weit verbreitet:

„*The whole family commoned. It provided subsistence, a safety net against unemployment or low wages, and social security for the old.*“ (Linebaugh 2008: 102)

Mit zunehmender Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seiner Logik geriet die *Charter of The Forest* mit den in ihr festgehaltenen positiven Freiheiten und Nutzungsrechten jedoch langsam in Vergessenheit und die dominante Interpretation der Magna Carta änderte sich. Sie wurde zunehmend losgelöst von der *Charter of the Forest* interpretiert und nicht mehr zur Legitimation der Einschränkung der Rechte der Herrschenden und ökonomischen Stärkung der Beherrschten, sondern zum Schutz des Privateigentums und der staatlichen Macht verwendet. (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 52 und Linebaugh 2008: 272) Das *Enclosure Movement*, dessen Höhepunkt zwischen 1760 und 1832 lag, und die damit einhergehende Enteignung der Commons und ihre Überführung in Privateigentum führte zu einer Verarmung der ehemaligen Kleinbauern, denen auf diese Weise die Grundlage ihrer Existenz genommen wurde.²⁸ Damit ging die Kriminalisierung der Selbstversorgung durch das *Commoning*, das Nutzen und Bewirtschaften der Allmende, einher:

„Der Fischer war nun Wilderer, Futtersuche geriet zum Hausfriedensbruch, ein Feuer anzumachen galt nun als Brandstiftung und Holz im Wald zu sammeln als Diebstahl.“ (Exner/Kratzwald 2012: 52)

Auch in den Kolonien wurden im Zuge der Durchsetzung der Sklaverei die existierenden Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen, die vielfach ebenfalls auf der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung von Allmenden basierten, zerstört, kommunales oder Stammeseigentum enteignet und Gesetze erlassen, die traditionelle Lebenspra-

Wiesen und Äckern, die einer Gemeinde zugehören, gefordert wird:
<http://stadtarchiv.memmingen.de/918.html>

28 vgl. Linebaugh 2008: 51f.: „*Enclosures were not the only force in the creation of the land market but they destroyed the spiritual claim on the soil and prepared for the proletarianization of the common people, subjecting them to multifaceted labor discipline [...].*“

xen und Wirtschaftsformen kriminalisierten und es ermöglichten, diejenigen, die nicht von ihnen abließen, zu disziplinieren, was zur Organisation mannigfaltigen Widerstands führte.²⁹ (vgl. Linebaugh/Rediker 2008) Für die Organisierung dieses Widerstands gegen die Einhegungen waren die Allmenden selbst bedeutsame Orte. Kratzwald (2012) weist etwa darauf hin, dass 1795 ein Knappenaufstand im kärntnerischen Hüttenberg seinen Ausgang von einer Versammlung auf einer Tratte nahm.³⁰ Diese Veränderung der Rechtsgrundlagen war Mittel zur Durchsetzung der oben angesprochenen „ursprünglichen Expropriation“ (Marx 1865), in deren Kontext der *doppelt freie Lohnarbeiter* entstand, womit einerseits die Freiheit von feudalistischen Zwängen und andererseits die *Freiheit* (im Sinne von Abwesenheit) von Produktionsmitteln und der daraus resultierende Zwang, die eigene Arbeitskraft z.B. in den Fabriken zu verkaufen, gemeint ist. Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Logik ging ein umfassender Prozess der Trennung einher: Zum Einen einer Trennung der Menschen voneinander, da sie sich nicht mehr direkt und wechselseitig „sondern über den Umweg von Kauf und Verkauf“ (Exner 2006: 255f.) aufeinander beziehen; zum Anderen die „Trennung *von sich selbst*“ (ebd.), insofern „sie sich zu sich selbst wie zu außerhalb ihrer selbst befindlichen Objekten verhalten“ (ebd.), wenn Teile der eigenen Lebenszeit und -energie auf dem Arbeitsmarkt verkauft werden; des Weiteren die „Trennung *von ihren Lebens- und Produktionsmitteln* – da sie erstere gegen Geld erwerben und sich dem Kommando der Besitzer zweiterer unterwerfen müssen, um zu Geldeinkommen zu gelangen“ (ebd., Hervorhebung im Original). Polanyi beschreibt in seinem Werk „*The Great Transformation*“ (1944) die Durchsetzung der Logik des Kapitals als „Entbettung“ des ökonomischen Systems aus seinen natürlichen Einbettungen: Diente die Ökonomie zunächst direkt der Reproduktion der Menschen in ihren Gemeinwesen, kam es im Zuge des Prozesses der Entbettung des Ökonomischen zu einer Umkehrung des Verhältnisses von Ökonomie und Gesellschaft: Die ökologischen, sozialen und kulturellen Teilsysteme dienten zunehmend dem Teilsystem der Ökonomie und wurden seiner Verwertungslogik untergeordnet. (vgl. Elsen 1997: 17)

29 vgl. in Bezug auf die entsprechenden Prozesse im Zuge der Kolonisierung Indiens: Linebaugh 2008: 149 ff.

30 *Tratte* war ein in Österreich gebräuchlicher Ausdruck für *Allmende*. (vgl. Kratzwald 2012: 81 und <http://sabitzer.wordpress.com/2010/01/25/der-knappenaufstand-in-huttenberg/>)

Exner und Kratzwald (2012) weisen darauf hin, dass noch in der frühen Arbeiter_innenbewegung des 19. Jahrhunderts Kämpfe „gegen die Lohnarbeit und damit für die Commons [...] wichtiger [waren] als die Kämpfe *innerhalb* des Lohnarbeitsverhältnisses für bessere Arbeitsbedingungen“ (Exner/Kratzwald 2012: 55, Hervorhebungen im Original). In diesem Zusammenhang wurden von den *doppelt freien* Lohnabhängigen sehr früh verschiedene Formen der Selbstorganisation bzw. Selbsthilfe etabliert, wie etwa solidarische Versicherungssysteme oder Streikfonds. Dabei spielte die Assoziation in Genossenschaften als egalitäre Form der Organisierung kollektiver Selbsthilfe neben der Organisation in Partei und Gewerkschaft eine wichtige Rolle. (vgl. Boulet et al. 1980: 11ff.; Elsen 1997: 69ff. und Abschnitt 1.3) Die damit einhergehende Perspektive war eine über das existierende System hinausreichende, wie sie sich etwa 1871 in der Pariser Commune, die mit blutiger Gewalt niedergeschlagen wurde, manifestierte. Das war auch den Herrschenden im Deutschen Kaiserreich bewusst. So sollten mit der Einführung staatlicher Versicherungssysteme wie der Sozialversicherung ab 1881 durch Bismarck u.a. die Arbeiter_innenbewegung (und ihre autonom verwalteten Hilfskassen) geschwächt werden. Wie Wilhelm I. in der von Bismarck am 17. November 1881 verlesenen Kaiserlichen Botschaft formulierte, vertrat er die Auffassung, „daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde“ (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages 1882: 1f.). Um die revolutionären Forderungen nach einer grundsätzlichen Reorganisation der Gesellschaft zu unterminieren, wurde die deutsche Sozialgesetzgebung eingeleitet und auf diese Weise eine teilweise Verstaatlichung der sozialen Bewegungen und der vormals autonomen und solidarisch selbstorganisierten Strukturen eingeleitet. (vgl. Lemke 1997: 206). Die Einführung der Sozialversicherung kann daher einerseits als Versicherung der Regierenden gegen Revolutionen und andererseits als verstaatlichte und damit – allerdings im Wesen veränderte – Fortsetzung der Commons begriffen werden. (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 55f.) Die (sozial)staatliche Bereitstellung sowohl von Leistungen zur Alters- und Krankheitsvorsorge als auch der Kompensation von Erwerbslosigkeit ist jedoch grundsätzlich auf Steuereinnahmen und damit auf die Kapitalverwertung angewiesen. Sie basiert also zentral auf der rechtlichen Fixie-

rung und Durchsetzung des Privateigentums. Dieses stellt – so wie die Commons – ein soziales Verhältnis dar, jedoch eines, das auf dem Ausschluss Dritter von der Nutzung des jeweiligen Privateigentums basiert. Mit Exner und Kratzwald (2012) lassen sich die gesellschaftlichen Widerstände gegen diese Logik, wie sie sich etwa in der Gegenkultur der 1960er und 70er Jahre, im Kampf um Freiräume, selbstverwaltete Jugendzentren, besetzte Häuser und nichtkommerzielle Medien und in den Arbeitskämpfen und der Entwicklung solidarischer Ökonomien mit Gemeinbesitz an Produktionsmitteln manifestierten, als Praxen des Commoning begreifen, die – häufig ausgehend von einer theoretischen – eine praktische Kritik des kapitalistischen Systems darstellten. (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 56ff.)

Die derzeitigen Angriffe auf (die Grundlagen) existierende(r) immaterielle(r) Commons – (digitale) Wissensallmende versus geistiges Eigentum – und materielle(r) Commons, wie sie sich vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern in Form des *Land Grabbing*, also der privaten Aneignung von Land durch Konzerne zeigen, verdeutlichen die ungebrochene gesellschaftliche Relevanz der Commons, sowohl für das Leben der Menschen als auch für die Profitinteressen des Kapitals.

2.3 Von der 'Tragödie' über die 'Verfassung' zu neuen Formen der Produktion (auf Grundlage) von Commons

Die Allmende war Zeit ihrer Existenz auch Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Im 20. Jahrhundert war insbesondere der – auf einer begrifflichen Ungenauigkeit basierende – 1968 in der Fachzeitschrift *Science* publizierte Aufsatz „*The Tragedy of the Commons*“ des US-amerikanischen Biologen Garrett Hardin sehr einflussreich. (Hardin 1968) Die darin vertretene These, dass alleine staatliche Eingriffe oder die Privatisierung von Commons allgemeinem Ruin vorbeugen könnten, diente vielfach zur Begründung entsprechenden politischen Handelns weltweit. Eine fundierte und erst in der jüngeren Vergangenheit breit rezipierte Kritik an diesem Modell wurde von der US-amerikanischen Politologin Elinor Ostrom in ihrem Hauptwerk „Die Verfassung der Allmende: jenseits von Staat und Markt“ (1999; im Original: „*Governing the Commons - The Evolution of Institutions for Collective Action*“ (1990)) vorgelegt. Im Folgenden werde ich die beiden Ansätze darstellen und abschließend auf neuere Entwicklungen der Produktion *von* und *auf Grundlage*

von Commons, wie sie sich in der commons-basierten Peer-Produktion manifestieren, eingehen.

2.3.1 Die 'Tragödie' der Allmende

Einen wichtigen Bezugspunkt für die Verteidigung des Privateigentums als überlegen gegenüber anderen Eigentumsformen, wie z.B. gesellschaftlichem (insbesondere staatlichem) Eigentum, bildete im 20. Jahrhundert lange Zeit die von Hardin (1968) vorgelegte Argumentation von der *Tragödie* bzw. dem *Elend* der Allmende.

Hardin argumentiert in seinem Aufsatz „*Tragedy of the Commons*“, dass Commons – vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung – zwangsläufig übernutzt und so zu einer Nachhaltigkeitstragödie führen würden. Daraus leitet er ab, dass die Einhegung und Zerschlagung der Commons notwendig sei. Er postuliert: „*Freedom in a commons brings ruin to all.*“ (Hardin 1968: 1244) Seine These versucht er mit dem Bild einer Weide zu untermauern, die er als offen für alle und deren Nutzung er als unreguliert zeichnet. Auf diese Weide würden nun einzelne Hirten, die er als sozial isoliert und zweck-rational handelnd darstellt, immer mehr Tiere treiben, um ihren privaten Nutzen zu maximieren, bis es zu einer Überweidung und somit Zerstörung der Weide kommt. Dies sei die *tragedy of the commons*, die Tragödie bzw. das Elend der Allmende:

„As a rational being, each herdsman seeks to maximize his gain. [...] Adding together the component partial utilities, the rational herdsman concludes that the only sensible course for him to pursue is to add another animal to his herd. And another; and another... But this is the conclusion reached by each and every rational herdsman sharing a commons. Therein is the tragedy. Each man is locked into a system that compels him to increase his herd without limit – in a world that is limited. Ruin is the destination toward which all men rush, each pursuing his own best interest in a society that believes in the freedom of the commons.“ (ebd.)

Weiter argumentiert er, dass das System des Privateigentums zwar ungerecht sei, aber allgemein in Kauf genommen werde, da niemand bisher ein besseres System entwickelt habe und die Alternative der Commons zu entsetzlich sei, um sie in Betracht zu ziehen. Ungerechtigkeit sei dem Ruin vorzuziehen.³¹ Ostrom (1999) weist

³¹ *„We must admit that our legal system of private property plus inheritance is unjust – but we put up with it because we are not convinced, at the moment, that anyone has invented a better system. The alternative of the commons is too horrifying to contemplate. Injustice is preferable to total ruin.“* (Hardin 1968: 1247)

darauf hin, dass eine vergleichbare Argumentation bereits bei Aristoteles zu finden ist, der postulierte, dass „dem Gut, das der größten Zahl [von Menschen, F.M.] gemeinsam ist, die geringste Fürsorge zuteil“ (Aristoteles, zit. nach Ostrom 1999: 3) werde: „Jeder denkt hauptsächlich an sein eigenes, fast nie an das gemeinsame Interesse.“ (ebd.) Ähnliche Argumentationen sind auch bei Hobbes und seiner Parabel des Menschen im Naturzustand zu finden. (vgl. ebd.)

Hardins Ausführungen basieren zentral auf dem Menschenbild bzw. -modell des Homo Oeconomicus, nach dem der einzelne Mensch isoliert von anderen stets egoistisch die Maximierung seines eigenen Nutzens anstrebt. Weiterhin liegt seiner Argumentation ein Verständnis von Commons zugrunde, dass diese als Niemandsland begreift, wie exemplarisch an folgender Passage über die Bedrohung der Weltmeere als Gemeingut durch die Philosophie der Commons, die identisch mit rücksichtsloser Ausbeutung sei, deutlich wird:

„Likewise, the oceans of the world continue to suffer from the survival of the philosophy of the commons.“ (ebd.: 1245)

Er berücksichtigt dabei nicht die zum Teil Jahrtausende alten Erfahrungen des Commoning, der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung der Allmende, die rechtlichen Grundlagen und die Institutionen, die zu diesem Zweck geschaffen wurden und die Fähigkeit der Menschen zu verständigungsorientiertem Handeln. (vgl. Linebaugh 2008: 9f.) Zudem basiert das von ihm zugrundegelegte Verständnis von *privater Nutzenmaximierung* auf der gegenwärtigen kapitalistisch geprägten Logik von Kauf und Verkauf, die in die Vergangenheit und auf Vergesellschaftungsformen, die nach einer ganz anderen Logik funktionierten, rückprojiziert und so als natürlich und überzeitlich dargestellt wird:

„Die nutzenmaximierenden Hirten auf seiner Weide ziehen ihren Nutzen nicht etwa daraus, dass sie ihr Vieh beispielsweise zur Milcherzeugung weiden lassen, um diese Milch dann trinken zu können, sondern sie lassen das Vieh grasen, um es dann zu *verkaufen*.“ (Nuss 2006: 121, Hervorhebung im Original; vgl. ebd.: 120 ff.).

Hardin (1968) spricht sich, um die *tragedy of the commons* zu verhindern, für soziale Arrangements, die Verantwortung erzeugen – „*social arrangements that produce responsibility*“ (ebd.: 1247) – aus. Unter den möglichen Varianten solcher Arrangements befürwortet er die Privatisierung von Commons, ihre Überführung in Privatei-

gentum und die Vermittlung unterschiedlicher Interessen über den Markt. Diese Argumentation und dieses (Miss-)Verständnis dessen, was Commons ausmacht, hatte und hat bis in die Gegenwart einen starken Einfluss, sowohl auf die (neo-)liberale Theoriebildung in der Wirtschaftswissenschaft und darüber hinaus als auch auf Regierungshandeln. So wird der Begriff Commons häufig einfach für Ressourcen verwendet, für deren Nutzung keine Regeln existieren und die somit allen offen stehen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um Commons, sondern um Open-Access-Güter. (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 26) Hardin korrigierte sich denn auch 30 Jahre nach der Veröffentlichung seines Aufsatzes und präziserte, dass in seinem Aufsatz eigentlich „*unmanaged commons*“ (Hardin 1998) und nicht Commons *per se* gemeint waren.

2.3.2 Die 'Verfassung' der Allmende

Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom (1933-2012) forschte seit Anfang der 1960er Jahre zu Problemen des kollektiven Handelns von Individuen, die Allmenderessourcen nutzen. Gegenstand einer ihrer ersten Untersuchungen stellte die Entwicklung von Institutionen für die Nutzung von Wasserressourcen in Südkalifornien dar. (vgl. Ostrom 1999: XI f.) 1973 gründete sie zusammen mit ihrem Mann Vincent Ostrom an der *Indiana University* in Bloomington (USA) den *Workshop in Political Theory and Policy Analysis*, der seitdem eines der bedeutendsten Zentren für Allmendestudien darstellt. Sie lieferte in ihrem Werk „Die Verfassung der Allmende - Jenseits von Staat und Markt“ (1999) eine fundierte Kritik von einflussreichen polit-ökonomischen Modellen zur Beschreibung menschlichen Verhaltens (im Umgang mit (Natur-)Ressourcen), wie u.a. der Hardinschen Tragödie der Allmende. Ostrom führt aus, dass ihr in den 1980ern bewusst wurde, dass bereits eine Fülle von Fallstudien aus verschiedenen Bereichen existierte, die sich mit den Strategien der Nutzer_innen (im engl. *appropriator* ~ Aneigner_innen) von Allmenderessourcen und den jeweils von ihnen angewandten Regeln beschäftigten, bis dahin jedoch kein Versuch einer Synthese dieser Studien unternommen worden war.³² Aufbauend auf die-

³² Bis 1989 registrierten Mitarbeiter_innen der Universität Indiana insgesamt 5000 entsprechende Studien aus so unterschiedlichen Wissenschaftsfeldern wie etwa Agrarsoziologie, Forst- und Geschichtswissenschaft, Anthropologie, Ökonomie und Politologie. Über die *Digital Library of the Commons* auf der Homepage des *Workshop in Political Theory and Policy Analysis* sind eine Fülle an Publikationen (Artikel, Aufsätze, Studien und Dissertationen) im Volltext frei verfügbar, siehe <http://dlc.dlib.indiana.edu/dlc/>.

ser empirischen Grundlage entwickelten Ostrom und assoziierte Wissenschaftler_innen ein Erfassungsschema, mit dem sie die vorliegenden Informationen strukturieren, um so mehr über die Art und Weise, wie Allmenderessourcen mit Hilfe von Institutionen durch die Nutzer_innen bewirtschaftet werden (können) und zu was für Ergebnissen dies jeweils führt(e), zu erfahren. Das Ziel war die Entwicklung einer umfassenden Theorie der institutionellen Arrangements, die die effiziente Selbstverwaltung und Bewirtschaftung von Allmenderessourcen (*common-pool resources*) thematisiert. (vgl. Ostrom 1999: XII)

Die Ergebnisse ihrer empirischen und diverser experimenteller Untersuchungen stellen die Unangemessenheit und Untauglichkeit der konventionellen Theorie(n) der Allmenderessourcen heraus. Vernachlässigt wurde demnach in bisher existierenden wirtschaftswissenschaftlichen Modellen menschlichen Handelns die Bedeutung von Faktoren wie Vertrauen, Reputation und Reziprozität für die Kooperation von Menschen. Reziprozität umfasst dabei „(1) einen Versuch herauszufinden, wer alles zur Gruppe gehört, (2) eine Abschätzung der Wahrscheinlichkeit, daß die anderen bedingt kooperationsbereit sind, (3) eine Entscheidung, mit den anderen zu kooperieren, wenn sie glaubwürdig bedingt kooperationsbereit sind, (4) eine Weigerung, mit denen zu kooperieren, die nicht reziprok handeln, und (5) die Bestrafung derer, die das Vertrauen mißbrauchen“ (Ostrom 1998: 10, zit. nach Ostrom 1999: XIX).

Ostrom et al. untersuchten eine Fülle empirischer Beispiele gelingender und gescheiterter Allmende-Institutionen, wie regionale Formen zur Bewirtschaftung von Almen in der Schweiz und in Japan oder Bewässerungssysteme in Spanien und auf den Philippinen, die zum Teil bereits seit Jahrhunderten existieren und in denen die Nutzer_innen selbstorganisiert eigene Bereitstellungs- und Nutzungsregeln aufgestellt und an sich ändernde Umweltbedingungen angepasst haben. Anhand dessen zeigten sie, dass es in Gestalt der Selbstorganisation und -verwaltung von Allmenderessourcen gelingende Arrangements jenseits einer zentralen (staatlichen) Regulierung oder der Durchsetzung privater Eigentumsrechte gibt. Aus ihren Untersuchungen leitete Ostrom eine Reihe von Bedingungen ab, deren Erfüllung förderlich für die Herstellung und langfristige Erhaltung von Commons sind:

1. Grenzen zwischen den Nutzer_innen und Ressourcen: Es bestehen sowohl klare und lokal akzeptierte Grenzen zwischen legitimen Nutzer_innen und Nichtnutzungsberechtigten als auch zwischen einem spezifischen Gemeinressourcensystem und einem größeren sozioökologischen System.
2. Die Reproduktions- und Aneignungsregeln sind auf die lokalen Bedingungen abgestimmt.
3. Arrangements für gemeinschaftliche Entscheidungen: Die meisten von einem Ressourcensystem betroffenen Personen können über die Nutzungsregeln und Änderungen dieser Regeln mitbestimmen.
4. Überwachung / Monitoring: Die Überwachung des Zustands der Allmenderessourcen und des Verhaltens der Aneigner_innen erfolgt durch Personen, die selber Nutzer_innen oder den Nutzer_innen gegenüber rechenschaftspflichtig sind.
5. Konfliktlösungsmechanismen: Die Aneigner_innen und ihre Bevollmächtigten haben raschen Zugang zu lokalen Einrichtungen, die Konflikte zwischen Nutzer_innen oder zwischen Nutzer_innen und ihren Bevollmächtigten schlichten.
6. Abgestufte Sanktionen: Nutzer_innen, die operative Regeln verletzen, werden glaubhaft mit abgestuften Sanktionen belegt.
7. Anerkennung des Organisationsrechts: Das Recht der Nutzer_innen, ihre eigenen Institutionen und Regeln zu entwickeln, wird von den staatlichen Behörden anerkannt.
8. Eingebettete Institutionen: Wenn Allmenderessourcen Teile größerer Ressourcensysteme sind, sind Verwaltungsstrukturen auf mehreren Ebenen miteinander verknüpft. (vgl. Ostrom 1999: 117ff. und Ostrom 2011: 85ff.)

Um Commons klar von Open-Access-Gütern zu unterscheiden (und um so das Missverständnis, das Hardins Aufsatz zur *Tragedy of the Commons* zugrunde liegt, zu vermeiden), sind als zentrales Merkmal von Commons die mit ihnen einhergehenden sozialen Arrangements festzuhalten, in denen Menschen nicht vermittelt über den Markt miteinander interagieren, sondern in Form von reziproken Beziehungen. (vgl. Exner/Kratzwald, 2012: 27ff.) Den elementaren Anteil, den eine spezifische soziale Praxis für die Existenz von Commons hat, betont auch Gudeman (2001), wenn er

schreibt, dass Commons „nichts Physisches [sind], sondern ein soziales Ereignis“ (Gudeman 2001, zit. nach: Helfrich 2009b: 24). De Angelis (2006) bringt diesen Umstand zum Ausdruck indem er schreibt:

„there are no commons without incessant activities of commoning, of (re)producing in common. [...] there is no commons without commoning, there are no commons without communities of producers and particular flows and modes of relations [...]“ (de Angelis 2006)

In diesem Sinne betonen Helfrich et al. (2009c) die Bedeutung einer stetigen gemeinsamen Praxis der Aneignung durch die „in vielfältigen Sozialbeziehungen agierenden Kümmerer“ (Helfrich et al. 2009c: 263) und die „konkrete Verantwortungsübernahme von 'commoners' gegenüber den Ressourcen“ (ebd.), ohne die es keine Commons geben kann: „Commons *sind* nicht – Commons *werden gemacht*.“ (Exner/Kratzwald 2012: 23, Hervorhebungen im Original) Meretz (2010) kennzeichnet Commons und die sie konstituierenden Elemente wie folgt:

*„Commons sind [...] nicht die Ressource selbst, aber ohne Ressourcen (von Land über Produktionsmittel bis Wissen) geht es nicht. Commons sind auch nicht nur die soziale Interaktion (das Commoning), aber ohne Commoning keine Commons. Commons sind alles zusammengenommen: Ressourcen, Commoners, Commoning und schließlich die Ergebnisse aus all dem. Commons sind eine bestimmte Art und Weise, die Lebensbedingungen – im umfassenden Sinne verstanden – herzustellen. Man könnte sagen, dass Commons das ist, was 'Ökonomie' einmal war, bevor sie aus der Gesellschaft 'entbettet' (Karl Polanyi) wurde: eine 'Haushaltung' (von griech. *oikos* 'Haus' und *nomos* 'Gesetz'), in der Leben und Produzieren nicht getrennt voneinander sind.“* (Meretz 2010)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Commons als soziale Organisationsform aus drei Elementen bestehen:

1. einer nicht kommodifizierten Ressource (stofflich oder immateriell);
2. einer Gruppe bzw. Gemeinschaft von Menschen (den Commoners), die
3. diese Ressource nach von ihnen selbst bestimmten bzw. ausgehandelten Regeln nutzen, gestalten und pflegen bzw. sich um sie kümmern (dem Commoning). (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 23 und An Architektur 2010).

2.3.3 Commons-basierte Peer-Produktion

Im Zuge der Verbreitung von Personalcomputern und des Mediums Internet seit den 1980er Jahren entstand mit der über das Internet vermittelten Produktion von Freier bzw. *Open Source*-(quelloffener) Software eine neue spezifische Form der Produktion von Commons (im Unterschied zu Waren) *auf der Grundlage von Commons*. Die (Zwischen-)Ergebnisse dieser Kooperation sind im Gegensatz zu proprietärer (*unfreier*) Software insofern *frei*, als der Quelltext frei kopiert, modifiziert und verändert wie unverändert weiterverbreitet werden darf.³³

Der Rechtswissenschaftler Yochai Benkler hat aus der Analyse der Art und Weise dieser Produktion das Konzept der *commons-based peer production* entwickelt. Er unterscheidet sie von eigentums- und vertragsbasierten Produktionsmodellen von Unternehmen und Märkten. (vgl. Benkler 2006) Der Begriff kann sinngemäß mit „auf Commons basierende freiwillige Kooperation zwischen Gleichberechtigten“ (Meretz 2011: 27) bzw. „Allmendefertigung durch Gleichberechtigte“ (Wikipedia, Stichwort *Commons-based Peer Production*) übersetzt werden. Als zentrales Charakteristikum dieser Produktionsform beschreibt Benkler, „*that groups of individuals successfully collaborate on large-scale projects following a diverse cluster of motivational drives and social signals, rather than either market prices or managerial commands*“ (Benkler 2002). Er entwickelte das Konzept, da weder die gängigen Theorien der neoklassischen Volkswirtschaftslehre noch andere wirtschaftswissenschaftliche Ansätze, die ihren Modellen das Modell vom Menschen als Homo Oeconomicus zugrunde legen, plausibel erklären können, weshalb Phänomene wie die Entwicklung von Open-Source-Software oder die der Freien Enzyklopädie Wikipedia überhaupt möglich sind.

Die Strukturen von Projekten der commons-basierten Peer-Produktion beinhalten in der Regel *Maintainer* oder *Maintainerinnen*, also Personen, die „das Projekt auf Kurs halten und beispielsweise darüber entscheiden, welche Beiträge angenommen und welche abgelehnt werden. [...] Das Mittel der Wahl ist, die Projektbeteiligten davon zu überzeugen, dass eine bestimmte Aktivität sinnvoll ist.“ (Siefkes 2009c: 214) Gelingt dies nicht, besteht die Möglichkeit der Abspaltung und Organisation eines

³³ Während bei Freier Software der Fokus der Bedeutung auf der Freiheit des Nutzers liegt (vgl. <http://www.gnu.org/philosophy/categories.de.html>), hebt Open Source Software auf den Entwicklungsprozess und die damit einhergehende höhere Qualität des Produkts ab. (vgl. <http://www.opensource.org/about>)

eigenen Projekts. Dieses wird im Kontext der commons-basierten Peer-Produktion als *fork* (~ Gabelung, Verzweigung) bezeichnet.

Als wesentliche Prinzipien der commonsbasierten Peer-Produktion sind zu nennen:

- *Beitragen statt Tauschen*: Zweck der Kooperation ist nicht der Tausch von Arbeitskraft gegen Geld, sondern dass man „einem gemeinsamen Ziel zum Erfolg verhelfen möchte“ (Meretz 2011: 27). Die Produzierenden werden u.a. vom Gebrauchswert eines Produkts, seiner unmittelbaren Nützlichkeit, motiviert und nicht vom Tauschwert, dem Wert einer Ware in Geldform.
- *Besitz statt Eigentum*: Peer-Produktion, wie sie von Benkler (2006) beschrieben wird, basiert auf Commons und erzeugt Commons; sie sind sowohl Ausgangspunkt für die Produktion als auch Ergebnis des Produktionsprozesses:

„[W]ährend man im Kapitalismus Eigentum mit umfangreichen Exklusivrechten hat, die insbesondere auch das Recht zum *Verkauf* umfassen, hat man in der Peer-Ökonomie Besitz, den man *benutzt*, und der bei Nichtbenutzung grundsätzlich an andere übergehen kann.“ (Siefkes, 2009b: 6, Hervorhebungen im Original)
- *Freie Kooperation statt Zwang*: Die Peer-Produktion basiert auf der Kooperation von Gleichen, von Peers. Der Produktionsprozess ist zwar strukturiert, in diesem kann jedoch niemandem einfach befohlen werden, etwas zu tun, und es kann niemand gezwungen werden, etwas zu tun, was nicht gewollt wird.

Einen Eckpfeiler dieser Form der Produktion bildet die Veröffentlichung von Beiträgen unter Freien Lizenzen, wie der *GNU General Public License* oder den verschiedenen Creative Commons-Lizenzen³⁴. Auf diese Weise kann die private Aneignung eines Produkts rechtlich verhindert werden:

„*In order to avoid having the joint product appropriated by any single party, participants usually retain copyrights in their contribution, but license them to anyone – participant or stranger – on a model that combines a universal license to use the materials with licensing constraints that make it difficult, if not impossible, for any single contributor or third party to appropriate the project. This model of licensing is the most important institutional innovation of the free software movement.*“ (Benkler 2006: 63)

Diese Lizenzen werden in zunehmendem Maße auch für das Design und die Baupläne stofflicher Güter verwendet. Meretz (2011) nennt Beispiele aus Bereichen wie

Kleidung, Möbeln, Architektur und elektronischer Hardware, in denen das Prinzip

³⁴ vgl. Fußnote 21

des *Open Design* praktiziert wird. Neu entwickelte Produktionsinstrumente wie 3-D-Drucker und die Einrichtung von *FabLabs*, kooperativen Werkstätten, schaffen neue Möglichkeiten, die noch bei Weitem nicht ausgelotet sind. (vgl. Meretz 2011: 30) Das Prinzip der commonsbasierten Peer-Produktion lässt sich darüber hinaus auch in Projekten wie Gemeinschaftsgärten, Formen Solidarischer Landwirtschaft³⁵, dem Mietshäuser-Syndikat³⁶ oder Initiativen wie *Open Source Ecology*³⁷ finden. Meretz (2011) vertritt die Auffassung, dass das „was als Freie Software begann und zur commons-basierten Peer-Produktion wurde, [...] dabei [ist], sich viral als neue Produktionsweise auszudehnen“ (Meretz 2011: 31). Dyer-Witthford (2007) versteht das Konzept der Commons als Elementarform einer Gesellschaftsform jenseits des Kapitalismus:

„If the cell form of capitalism is the commodity, the cellular form of a society beyond capital is the common.“³⁸ (Dyer-Witthford 2007)

Inwiefern dieses Konzept Relevanz für kritisch-emanzipatorische Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit haben kann, werde ich in Abschnitt 4 darstellen. Zunächst wende ich mich jedoch dem Projekt 'Park Fiction' zu und werde daran exemplarisch zeigen, welchen Anteil Gemeinwesenarbeit gegenwärtig an der Errichtung von Commons haben kann, welche Schwierigkeiten sich dabei ergeben und welche Ambivalenzen unter aktuellen Bedingungen damit einhergehen, aber auch welche Möglichkeiten daraus entstehen können.

35 vgl. <http://www.solidarische-landwirtschaft.org/>

36 vgl. <http://www.syndikat.org/>

37 vgl. <http://opensourceecology.org/>

38 „Wenn die Elementarform des Kapitalismus die Ware ist, dann ist das Commons die Elementarform einer Gesellschaft jenseits des Kapitals.“ (Übersetzung: F.M.)

3. Fallstudie: 'Park Fiction' als urbanes Commons und die Gemeinwesenarbeit

"Eines Tages werden die Wünsche die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen ... Sie werden dem Reich der Langeweile, der Verwaltung des Elends ein Ende bereiten." (Mennicke 2002)

Bevor ich mich dem selbstorganisierten Parkprojekt 'Park Fiction' im Hamburger Stadtteil St. Pauli zuwende, gebe ich zunächst einen Überblick über die Geschichte St. Paulis, die dortige Entwicklung der Gemeinwesenarbeit und die programmatische Veränderung der Stadtentwicklungspolitik der letzten 40 Jahre. (Abschnitt 3.1)

Anschließend werde ich die Entwicklung des Projekts 'Park Fiction' und die Etappen seiner Durchsetzung schildern. (Abschnitt 3.2) Darauf folgt ein Exkurs zu der raumtheoretischen Perspektive nach Lefebvre, die eine wichtige Rolle bei der Arbeit der Park-Aktivist_innen gespielt hat. (Abschnitt 3.3) Nachfolgend werde ich die Rolle der GWA St. Pauli bei der Planung, Errichtung und anschließenden Pflege von 'Park Fiction' beleuchten (Abschnitt 3.4) und abschließend 'Park Fiction' als urbanes Commons beschreiben und diskutieren. (Abschnitt 3.5)

3.1 Hintergrund: Gemeinwesenarbeit im Hamburger Stadtteil St. Pauli und jüngere Entwicklungen der Stadtentwicklungspolitik

Der Stadtteil St. Pauli und Gemeinwesenarbeit in St. Pauli

Der Stadtteil St. Pauli war in den 1970er und 80er Jahren Schauplatz von vielerlei sozialen Kämpfen um die Entwicklung der Stadt bzw. des Stadtteils. Diese wurden im Zusammenhang mit der Inbesitznahme einer Reihe von Häusern in der Hafensstraße – nahe dem späteren 'Park Fiction' – über mehrere Jahre hinweg ausgetragen. Im Winter 1987 eskalierte die Situation, als die Häuser geräumt werden sollten. Durch eine Vielzahl von Aktionen konnte dies jedoch letztlich verhindert werden. Diese Auseinandersetzungen hinterließen vielfältige Spuren im Viertel und in der Stadt.³⁹ Christoph Schäfer, der auch am Projekt 'Park Fiction' beteiligt war, schreibt in seinem Rückblick auf die „Barrikadentage“ 1987, dass sie „ein Netzwerk hinterließen und ein Gefühl dafür, was im Viertel St. Pauli möglich war“ (Schäfer 2004). Die Struktu-

³⁹ So wurde in dieser Zeit mit dem Freien Sender Kombinat ein freier Radiosender gegründet, der bis heute auf Sendung ist.

ren und Netzwerke im Stadtteil, die im Zuge der Auseinandersetzungen um die Häuser in der Hafenstraße gebildet worden waren, spielten auch bei der Entstehung, Durch- und Umsetzung des Projekts 'Park Fiction' eine wichtige Rolle.

Der bis heute tätige Gemeinwesenarbeit St. Pauli e.V. (im Folgenden: GWA St. Pauli) wurde 1975 von einer ehrenamtlich arbeitenden Studierendeninitiative gegründet. Sie unterstützte Obdachlose in einem Lager an der Eggerstedtstraße (Nähe Holstenstraße) und zog, als das Obdachlosenlager aufgelöst wurde, nach St. Pauli, zunächst in die Hamburger Hochstraße. Dort organisierte sie sich als GWA St. Pauli Süd e.V. (vgl. GWA St. Pauli o.J.: 3) In den folgenden Jahren wurde ein vielfältiges Kunst- und Kulturangebot im Sinne des Mottos *Kultur für alle* (vgl. unten) entwickelt. 1989 zog der Verein an den Hein-Köllisch-Platz (150 m vom Ort des späteren Park Fiction entfernt), wo 1993 das Stadtteilzentrum *Kolibri* als „offenes Zentrum für die BewohnerInnen des Quartiers“ (Gemeinwesenarbeit St. Pauli Süd e.V. 2005[?]: 6) eröffnet wurde.

Nach aktueller Darstellung der GWA St. Pauli basiert ihre Arbeit auf den drei Säulen Kulturarbeit, Sozialarbeit und Gemeinwesenarbeit. Konkret bedeutet dies das Angebot von Beratungen, Kursen für Migrant_innen, Aktivitäten für Kinder und Jugendliche, familiärer Krisenhilfe und Kinder- und Jugendsozialarbeit. Jedoch auch die politische Arbeit wird als wichtiger Teil ihrer Tätigkeit beschrieben: „Bürgerbeteiligung, Empowerment und Partizipation sind feste Bestandteile und Grundsatz der Arbeit.“ (vgl. GWA St. Pauli o.J.: 3) Als Beispiele für die Tätigkeit der GWA St. Pauli in diesem Bereich werden die „Durch- und Umsetzung eines von AnwohnerInnen geplanten Parks“ – 'Park Fiction' –, der „Widerstand gegen die Schließung der Bücherhalle“, das „Engagement im Bündnis 'Flüchtlinge in Hamburg Mitte“ und der „Einsatz für den Erhalt von günstigem Wohnraum“ (ebd.) genannt. (vgl. dazu auch Gemeinwesenarbeit St. Pauli Süd e.V. 2005[?]: 13ff.) Um Themen von aktueller Relevanz für die Bewohner_innen des Viertels zu identifizieren, wurden z.B. 2002 im Zusammenhang mit dem Thema *Wohnen in St. Pauli* Methoden wie die Aktivierende Befragung angewendet. (vgl. ebd.: 21) Zusammenfassend heißt es zum Verständnis von Gemeinwesenarbeit der GWA St. Pauli:

„Wir verstehen Gemeinwesenarbeit als einen emanzipatorischen Ansatz zur Aktivierung von Menschen, die auf die Unterstützung kollektiver Verände-

runge benachteiligender Lebenssituationen gerichtet ist.“ (GWA St. Pauli o.J.: 5)

Auf seiner Homepage erklärt der Verein zu dem Arbeitsbereich *Stadtteilarbeit*, dass er sich bei seiner Arbeit „an den Belangen der Bevölkerung“ orientieren würde und diese dazu „aktiviere“, „sich für die Verbesserung ihrer Lebenslagen einzusetzen“. (<http://www.gwa-stpauli.de/index.php?id=2>) Weiter heißt es, dass seine Arbeit auf die Veränderung „gesellschaftliche[r] Strukturen und Rahmenbedingungen“ (ebd.) ziele, mit der je individuelle Probleme im Zusammenhang stünden. Zu diesem Zweck würden „die Interessen der Stadtteilbevölkerung auch in und mit Politik und Verwaltung“ (ebd.) thematisiert. „Eigeninitiative und Selbstorganisation“ sollen gefördert und „Einzelne und Gruppen im Stadtteil untereinander [vernetzt]“ (ebd.) werden. Die GWA St. Pauli beschreibt sich dabei als „Moderatorin von Dialogen (Konflikten)“ (ebd.), die jedoch auch aktiv „z.B. Mieterinitiativen, Demonstrationen oder Stadtteilfeste [initiiert]“ (ebd.).

Auch in der jüngeren Vergangenheit beteiligte sie sich an diversen Aktivitäten im Stadtteil, wie etwa der Initiative *No BNQ*⁴⁰, die sich seit 2009 gegen den Bau eines Quartiers aus Eigentumswohnungen in der Bernhard-Nocht-Straße (BNQ) engagiert oder dem 2011 gegründeten Bündnis *S.O.S. St. Pauli*, das sich für „eine grundlegende Kehrtwende in der Stadtentwicklungspolitik [und] neue Partizipationsstrukturen [einsetzt], die eine wirkliche Teilhabe und Mitbestimmung der Stadtteilbevölkerung ermöglichen“⁴¹. Auch die Produktion des Dokumentarfilms *Empire St. Pauli* wurde in diesem Kontext 2009 von der GWA realisiert. (vgl. Lohse/Jörg 2010) Aktuell (Mai 2013) sind Mitarbeiter der GWA St. Pauli an der Produktion eines Dokumentarfilms über die sogenannten *Esso Häuser* beteiligt, die Gegenstand von Abrissplänen eines Investors und Anwohner_innenprotesten dagegen sind.⁴²

Stadtentwicklungspolitik im Wandel

Das dominante Bild der mitteleuropäischen Großstadt war in den vergangenen Jahrzehnten einem starken Wandel unterworfen und damit einhergehend auch allgemein die städtische und speziell die Stadtentwicklungspolitik. Wurden etwa in den 1970er Jahren unter dem Motto *Kultur für alle* noch Programme „zur Rückeroberung und

40 vgl. <http://www.no-bnq.org/>

41 vgl. <http://www.sos-stpauli.de/>

42 vgl. <http://www.essohaesuser.info/>

Humanisierung von städtischen Lebensräumen“ (Lewitsky 2005: 7) aus öffentlichen Mitteln finanziert, lässt sich seit Ende der 1990er Jahre mit dem Konzept der *unternehmerischen Stadt* ein Politikwechsel feststellen, der auch stark auf die Lebenswelt in der Stadt zurückwirkt(e). Ging es in der Kultur- und Stadtentwicklungspolitik der 1970er Jahre noch programmatisch um eine „Demokratisierung von Kultur und de[n] Versuch einer Rückeroberung städtischer Räume durch die Schaffung kommunikativer Freiräume und Ruhepunkte“ (ebd.), hat die „profitorientierte Stadtentwicklung der *Neuen Urbanität*“ (ebd.: 8, Hervorhebung im Original) durch Prozesse der Kommerzialisierung großer Teile der Stadt einerseits zur Exklusion und Desintegration bestimmter Teile der Bevölkerung und andererseits zu einer „Homogenisierung und Fragmentarisierung von städtischem Raum“ (ebd.) geführt. Mit dem Begriff *Neue Urbanität* wird in der Stadtsoziologie der segregierte (abgesonderte) städtische Raum einer exklusiven Stadt der wohlhabenden Integrierten einerseits und einer Stadt der Unterprivilegierten und Marginalisierten andererseits beschrieben. Auch eine verstärkte Kommerzialisierung, Überwachung, Privatisierung und „Internalisierung ehemals öffentlicher Räume in Shopping-Malls“ (ebd.: 31) wird mit diesem Begriff gefasst.

Mit der Fokussierung auf zahlungskräftiges Publikum und Investor_innen seitens der Akteur_innen einer Politik der *unternehmerischen Stadt* geht eine Abkehr von „einer anwohner- und gebrauchswertorientierten Stadtentwicklungspolitik“ (ebd.: 26), die etwa die Förderung soziokultureller Einrichtungen beinhalten würde, einher.⁴³

Die Stadtentwicklungspolitik, die in Hamburg seit 2002 unter dem Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ betrieben wurde, steht im Kontext dieser *Neuen Urbanität* und ist auf die günstige Positionierung und Behauptung der Metropole gegenüber der internationalen Konkurrenz gerichtet. Mit diesem Leitbild wurde zudem die programmatische Grundlage dafür gelegt, vermehrt Ressourcen für ein „effiziente[s] Standortmarketing“ (Freie und Hansestadt Hamburg 2002: 64) zur Steigerung der „internationalen Attraktivität“ (ebd.: 61) aufzuwenden. Auch die Realisierung des Prestige-Projekts Hafen City wurde in diesem Rahmen angekündigt. Bemerkenswert

43 In diesem Kontext lässt sich etwa die Einstellung der Förderung des 1967 gegründeten Projekts der Offenen Kinder- und Jugend- und Gemeinwesenarbeit *Sonnenland* in Billstedt, im Osten Hamburgs, im Jahr 2007 deuten. (vgl. <http://www.nokija.de/2009/01/08/sonnenland-da-war-doch-was/>)

ist, dass die Leitung der Planung an eine eigens gegründete Hafen City Hamburg GmbH (vormals Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung mbH) ausgelagert wurde. Die Beteiligung der städtischen Öffentlichkeit an der Planung war im Folgenden „auf passives Konsumieren der Planungsvorhaben und virtuelle Simulationen zukünftigen Stadtlebens reduziert“ (Lewitsky 2005: 42). Damit einher ging die tendenzielle Unterordnung des Gemeinwohls unter privatwirtschaftliche Interessen. Diese Situation stellt(e) den Hintergrund der Aktivitäten um einen selbstorganisierten Park im Stadtteil St. Pauli dar, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

3.2 Die Geschichte des 'Park Fiction'⁴⁴

„Die Stadt ist ein Gemeinwesen und keine Kuh, die es zu melken und zu verkaufen gilt.“ (Lohse/Jörg 2010)

Das Parkprojekt 'Park Fiction' ging aus einem Anwohner_innenbegehren für die Errichtung eines Parks auf einer Brachfläche am Pinnasberg, an der Grenze von St. Pauli zu Altona-Altstadt, hervor. Der Initiative gelang es nach mehrjährigen Auseinandersetzungen, ein „beteiligungsorientiertes Planungsverfahren“ (AG Park Fiction 1998) durchzusetzen, dem ab 1997 in einer ersten 10-monatigen Phase eine „kollektive Wunschproduktion“ vorausging. Daran beteiligte sich eine Allianz unterschiedlichster Personen: Neben Künstler_innen waren dies „politisierte AnwohnerInnen, soziale Trend-GastronomInnen, deregulierte[...] LayouterInnen, Pastoren, HausbesetzerInnen, eine militante Köchin, hedonistische SozialarbeiterInnen, KioskbetreiberInnen, GeographiestudentInnen und Musiker[...] der Pudelszene“ (ebd.).

1994 wurde von der Hamburger Bürgerschaft – gegen den Beschluss der Altonaer Bezirksversammlung – ein Bebauungsplan für das brachliegende Areal am Pinnasberg verabschiedet. Für die Baulücke am Elbhochufer wurde damit eine geschlossene Randbebauung mit vier- bis sechsgeschossigen Wohn- und Bürogebäuden vorgesehen. Weiterhin sollte das in städtischem Eigentum befindliche Grundstück verkauft werden, wobei auf Einnahmen in Höhe von ca. drei Mio. DM spekuliert wurde. Von

⁴⁴ Bei der Beschreibung der Geschichte des Projekts 'Park Fiction' stütze ich mich überwiegend auf die Masterarbeit „Park Fiction – Analyse eines selbstorganisierten Planungsprozesses zwischen Kunst, Gemeinwesenarbeit und Urbanismuskritik in Hamburg-St. Pauli“ von Wanda Wiczorek (Universität Lüneburg, 2005) und Gespräche mit Axel Wiest und Sabine Stövesand, die langjährige Mitglieder der Parkinitiative waren.

diesem Plan wäre auch das Gebäude des Anfang der 1990er Jahre gegründeten Golden Pudel Club betroffen gewesen, das dem Neubau hätte weichen müssen. Gegen diese Pläne organisierte eine Stadtteilinitiative aus sozialen Einrichtungen, der Kirchengemeinde⁴⁵, der einzigen Schule im Quartier, der GWA St. Pauli und Anwohner_innen – zum Teil bereits organisiert im *Hafenrandverein für selbstbestimmtes Leben auf St. Pauli e.V.*⁴⁶ – Widerstand. Sie forderte angesichts eines Mangels an „kommerziell unbesetzte[m], öffentliche[m] Raum“ (ebd.) statt der Bebauung der Fläche den Erhalt des Golden Pudel Clubs und die Errichtung eines öffentlichen Parks. Die hohe Bandbreite der beteiligten Akteur_innen – „aus Kunst, Gemeinwesenarbeit, Politik, Wissenschaft, Subkultur“ (Wieczorek 2006) –, die sich „für ein gemeinsames Ziel verbündeten, ihre spezifischen Kenntnisse dort hinein investierten und sich auf einen Prozess des Voneinander-Lernens einließen, den die Filmemacherin MARGIT CZENKI als *sich gegenseitig schlauer machen* beschrieben hat“ (ebd., Hervorhebung: F.M.), machte eine Besonderheit des Projekts aus.

Im Frühjahr 1995 schuf die Park-Initiative Fakten: Im Rahmen eines Raves unter dem Motto „Park Fiction auf St. Pauli – Beatbomben auf Berlin“ wurden einzelne Bereiche der brachliegenden Fläche am Pinnasberg öffentlich benannt, z.B. als *Hafentreppe* oder *Bierdosenspark*. Mit dem Motto der Feier wurde auch der Name für das Projekt aus der Taufe gehoben: 'Park Fiction'. Im Sommer folgten weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen, mit denen die Diskussion um das Parkbegehren einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde: ein Straßenfest mit Live-Musik, Auktionen, eine erste Wunschproduktionswerkstatt im August und eine zweitägige Veranstaltungs- und Vortragsreihe mit Stadtteilkonferenz im Stadtteilzentrum Kölibri im Oktober. (vgl. Gemeinwesenarbeit St. Pauli Süd e.V. 2005[?]: 18) 1995 stießen mit Cathy Skene und Christoph Schäfer auch zwei in der Nähe wohnende Künstler_innen zu der Park-Initiative hinzu. Sie wurden im Herbst 1995 von der Hamburger Kunstkommission eingeladen, im Rahmen eines Projekts zu Kunst im öffentlichen Raum eine Arbeit zu entwickeln. Nach Rücksprache mit der Park-

45 Die ersten Proteste gegen die bereits Anfang der 1980er Jahre geplante Bebauung wurden schon 1981 von der Kirchengemeinde organisiert. (vgl. Gemeinwesenarbeit St. Pauli Süd e.V., Zentrum für stadtteilbezogene Kultur- und Sozialarbeit 2005[?]: 18)

46 Der Hafenrandverein war Anfang der 1990er Jahre im Zuge der Auseinandersetzungen um den Erhalt der Hafensstraße gegründet worden. Ihm gehörten neben Einzelpersonen auch verschiedene Institutionen des Stadtteils an, unter anderem das Netzwerk Selbsthilfe, die St. Pauli Kirche, Mieter helfen Mietern und die GWA St. Pauli. (vgl. Wieczorek 2005: 8)

Initiative reichten sie dort 'Park Fiction' als künstlerisches Projekt ein.

Anfang 1996 wurde über die Lokalpresse verbreitet, dass es durch einen von SPD-Politikern aus Hamburger Bürgerschaft (Ingo Kleist) und Altona (Olaf Scholz) sowie dem Stadtentwicklungssenator Thomas Mirow unterbreiteten Vorschlag zu einer Einigung bezüglich der Einrichtung eines Parks gekommen sei: Dieser sollte demnach auf den „Restflächen der geplanten Bebauung“ (Wieczorek 2005: 46) entstehen. Die organisierten Anwohner_innen sprachen sich jedoch vehement gegen diese Pläne aus. Von Seiten der Park-Initiative wurde im April 1996 eine einwöchige Veranstaltungsreihe unter dem Motto *Park Fiction 4* organisiert, in deren Rahmen Ausstellungen in den Schaufenstern von lokalen Geschäften sowie Vorträge, Theaterstücke, Performances und Filmvorführungen zu dem Themenkomplex Kunst, Stadtplanung und Politik an diversen Orten auf dem und rund um das Parkgelände stattfanden. (vgl. ebd.: 47) Auf diese Weise konnte die Bekanntheit der Initiative noch einmal gesteigert und ein großer Rückhalt für das Projekt erreicht werden, in der Anwohner_innenschaft und darüber hinaus. Widerspruch gegen den oben angesprochenen Vorschlag wurde auch auf einer zweiten Stadtteilkonferenz im Stadtteilzentrum Kölibri mit Stadtentwicklungssenator Mirow und 150 Anwohner_innen deutlich und vielfach artikuliert. In der Bezirksversammlung Altona fand er Ende April ebenfalls keine mehrheitliche Zustimmung.

Im Juni kam es auf behördlicher Ebene zu einem Patt: Die Kunstkommission, die der Kulturbehörde unterstellt ist, beschloss die Förderung des Ende 1995 eingereichten Projektvorschlags von Schäfer und Skene mit 125.000 DM. Da jedoch von Seiten des Senats der Entschluss, das Grundstück am Pinnasberg zu verkaufen, weiterhin aufrechterhalten wurde, wurden die Projektgelder zunächst eingefroren. Während des Sommers desselben Jahres wurde der geforderte Park durch eine Vielzahl von Veranstaltungen und durch die ganz alltägliche Nutzung des provisorischen Parks jedoch gewissermaßen vorweggenommen.

Um wieder Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen, lud der Hafenrandverein zu einem Runden Tisch ein, der im folgenden Jahr installiert wurde. Regelmäßig tagten im Folgenden Vertreter_innen der Park-Initiative, diverser städtischer Behörden und der Bezirke Altona und Mitte im Kölibri und der Aula der nahegelegenen Schule.

Im Frühjahr 1997 wurde schließlich – vor dem Hintergrund öffentlicher Proteste gegen Schließung und Abriss des nahegelegenen Hafenkrankehauses und dem beginnenden Bürgerschaftswahlkampf – von Aktivist_innen aus dem Stadtteil ein provisorischer Park auf der Brachfläche eingerichtet. Es wurden Blumen angepflanzt, Bänke und Spielgeräte für Kinder aufgestellt und Müll entfernt:

„Die Besetzung sollte eher eine Benutzung werden.“ (Skene 1998: 159ff., zit. nach Wiczorek 2005: 51)

Im August 1997 stimmte die Bürgerschaft der Errichtung des Parks schließlich – „überraschend“ (ebd.: 52) – zu und bereits zwei Monate später kam es zu einer Einigung über den konkreten Ort, an dem der Park errichtet werden sollte, sowie zu einer Bewilligung der Planung durch die Anwohner_inneninitiative und der Freigabe der zunächst eingefrorenen Projektgelder.

Mit den Geldern sollte insbesondere die öffentliche Zugänglichkeit des Planungsprozesses sichergestellt werden. Dafür wurden eine Reihe von „Werkzeugen“ entwickelt. Zentrales Mittel war die Einrichtung eines Planungscontainers mit Planungsbüro als Informations- und Koordinationsstelle. Dieser wurde im Oktober 1997 in Betrieb genommen. Wiczorek (2005) nennt als weitere Mittel für die Parkplanung ein „Knetbüro, Telefonhotline, Gartenbibliothek und Wunscharchiv; ein Würfelspiel zum Nachvollziehen der Parkplanung; einen Fragenkatalog für Kurzinterviews und eine Fragenbogenaktion; das *Action Kit* (einen mobilen Planungskoffer) für Hausbesuche in der Parkumgebung; eine PARK FICTION 'Produktreihe' mit dem Logo auf Basecaps, T-Shirts und Jacken; die Broschüre *100 % Park für St. Pauli-Süd*; sowie eine *Infotainment*-Veranstaltungsreihe im KÖLIBRI mit Vorträgen, Diskussionen und Diashows zu verschiedenen Aspekten der Garten- und öffentlichen Grünflächengestaltung, sowie Besuchen in Hamburger Parks“ (ebd.: 52, Hervorhebungen im Original). Darüber hinaus wurden „Vorträge, [...] Konzerte, Raves, OpenAir-Filmvorführungen und Ausstellungen“ (Mennicke 2002) organisiert und durchgeführt, mittels derer u.a. „die sozialhistorische und politische Bedeutung von Gärten und Parks sowie die Konstruktion öffentlicher Räume reflektiert wurde“ (ebd.).

Bis zum Sommer 1998 beteiligten sich über 1500 Personen „mit Wort und Schrift, Modellen oder Partizipation in Videoprojekten“ (Wiczorek 2005: 92) an der *kollektiven Wunschproduktion* für die Gestaltung des Parks. Es wurden zwei Stadtteilkon-

ferenzen durchgeführt, auf denen die Ideen vorgestellt, über ihre Umsetzung diskutiert und Entwürfe dazu verabschiedet wurden. Im Zuge der Arbeit kristallisierten sich nach Funktionen unterschiedene Zonen heraus, die den Park strukturieren sollten: Spiel-, Ruhe-, Hunde- und Kommunikationszonen. Hierüber wurde abgestimmt und schlussendlich ein finaler Entwurf für den Park beschlossen. Dieser Entwurf wurde von einer Architektin in eine formale Entwurfsplanung inklusive Kostenkalkulation umgesetzt und der Umweltbehörde übergeben. Damit begann ein „jahrelanges Tauziehen zwischen den beteiligten Behörden und den AnwohnerInnen“ (ebd.), an dem 1999 sieben städtische Behörden (u.a. die Stadtentwicklungs-, die Umwelt- und die Schulbehörde) und zwei Bezirksamter (Mitte und Altona) beteiligt waren. Hauptkonfliktpunkte waren dabei die Zuständigkeit bei der Finanzierung und die genaue Realisierung des Parks. (vgl. ebd.: 96)

Im Juni 1999 organisierten verschiedene Gruppen und Initiativen – u.a. der Hafendrandverein – anlässlich der Europawahl ein Straßenfest am Pinnasberg unter dem Motto *participation deluxe*. Dabei wurde auch der Film „Park Fiction – die Wünsche werden die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen“ der Künstlerin Margit Czenki, die die 10-monatige Planungsphase des Parks mit der Kamera begleitet hatte, vorgeführt. (vgl. ebd.) Im Sommer und Herbst 1999 zeigte sich das Interesse der Kunstszene für das Projekt: Im Wiener Kunstverein fand eine Ausstellung von Ergebnissen der kollektiven Wunschproduktion statt und auch in Zürich wurden Exponate aus dem Kontext der Park-Initiative zur Diskussion gestellt. Für eine Ausstellung im Herbst 2000 in Berlin wurde ebenfalls ein Beitrag der AG Park Fiction gestaltet, der Anfang 2001 auch in St. Pauli präsentiert wurde.

Im November 2000 begannen schließlich die Bauarbeiten zur Umsetzung des 1997 beschlossenen Plans für die Gestaltung der umstrittenen Freifläche am Pinnasberg. Zuvor war es gelungen, Einwände des Gartenbauamts – u.a. die mangelnde Sitzrasenmäherauglichkeit der geplanten Parkanlage – zu entkräften: Die zukünftigen Anwohner_innen im angrenzenden Wohnprojekt *Parkhaus* erklärten sich zur Pflege der Rasenflächen – mit einem Handrasenmäher – bereit. (vgl. ebd.: 97)

Im folgenden Jahr führte die Auseinandersetzung um den geplanten Park (für den

mittlerweile der offizielle Name Antoni-Park eingeführt wurde) auch auf parteipolitischer Ebene zu Konflikten: Während die GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Altona einen baldigen Baubeginn des Parks nach den von der AG Park Fiction entwickelten Plänen forderte, kritisierten SPD-Politiker aus Hamburg-Mitte und Altona, „Defizite in der Bürgerbeteiligung“ (Hamburger Morgenpost 2001) und verschiedene Elemente der konkreten Planung, die zu Ordnungs- und Sicherheitsproblemen führen würden. Sie forderten Anhörungsverfahren in den Grünausschüssen Mitte und Altona um so für eine Beteiligung der Bürger_innen zu sorgen. (vgl. ebd.) Auf den im März und April 2001 stattfindenden Anhörungen wurden u.a. Lärmschutzauflagen (nur fünf Abendveranstaltungen pro Jahr und keine Installation einer Filmleinwand) beschlossen, der Gesamtentwurf jedoch gebilligt.⁴⁷ Im September 2001 – die Park Fiction-Gruppe war zwischenzeitlich auf „wenige Leute geschrumpft“ (Wieczorek 2005: 101) – verabschiedete der Hamburger Senat schließlich einen Bebauungsplan, der die rechtliche Absicherung des Parks bedeutete.

Im Jahr 2002 begannen die Bauarbeiten am Park. Parallel dazu wurde das Projekt 'Park Fiction' eingeladen, sich auf der Kunstausstellung *documenta 11* in Kassel zu präsentieren. Wieczorek (2005) wertet die Aufmerksamkeit, die Park Fiction auf diese Weise im Kunstfeld erhielt, als ein wichtiges taktisches Instrument in den langwierigen Auseinandersetzungen mit den Behörden. (vgl. ebd.: 102f.)

Im Sommer 2003 wurde auf St. Pauli ein internationaler Kongress unter dem Titel „*Unlikely Encounters in Urban Space*“ („Unwahrscheinliche Begegnungen im urbanen Raum“) durchgeführt, mit dem eine Vernetzung und Weiterentwicklung von Projekten gefördert werden sollte, die – ähnlich wie Park Fiction – „die Vorstellung von künstlerischen Eingriffs- und Handlungsmöglichkeiten im städtischen Raum erweitern“ und die dabei „mit außerkünstlerischen Feldern [kooperieren]“ (Unlikely Encounters in Urban Space 2003). In diesem Rahmen wurde auch die für die Documenta errichtete Installation zu 'Park Fiction' in St. Pauli zugänglich gemacht.

Im September 2003 konnte der erste Teil des Parks auf dem Dach der Turnhalle (deren Bau im April des Vorjahres beendet worden war) eingeweiht werden. Zu diesem

⁴⁷ Parallel dazu wurden von der Stadt Hamburg – ohne vorherige Bürgerbeteiligung – die im Parkplanungsgebiet gelegenen und seit Anfang der 1970er Jahre leerstehenden Kasematten an den Investor Klausmartin Kretschmer, der dort *Eventgastronomie* plante, verkauft, was im April 2001 zu Protesten führte. (vgl. Wieczorek 2005: 101)

Anlass wurde von Seiten der Stadt ein Handrasenmäher zur Pflege der Rasenflächen an die Bewohner_innen des ebenfalls im Herbst 2003 fertiggestellten genossenschaftlichen Wohnprojekts *Parkhaus* übergeben. (vgl. Wieczorek 2005: 140)

Im Jahr 2004 waren u.a. der Bouleplatz, ein Hundegarten, ein Volleyballfeld und der Schauermannspark getaufte Teil des Parks belebt und in Betrieb. Auch die Anwohner_innengärten im Kirchgarten wurden zum ersten Mal bebaut und beerntet. Im August 2005 problematisierten die Park Fiction-Aktivist_innen in einer Pressemitteilung jedoch die Nutzung von Teilen des Parks als „erweiterter Gastraum“ (Park Fiction 2005) angrenzender Gastronomien im Kontext einer allgemeinen „Latte Macchiatisierung des öffentlichen Raums“ (ebd.) und eine starke Polizeipräsenz. Weiterhin wurde die vom Bauausschuss Hamburg Mitte betriebene Blockade des bereits beschlossenen Baus diverser Elemente des Park-Entwurfs, wie etwa des Park Fiction Archivs für unabhängigen Urbanismus und des SeeräuberInnenbrunnens kritisiert. Insbesondere der nicht ausgeführte Bau des Park-Archivs führe dazu, dass „die Geschichte des Projekts [...] unsichtbar gemacht und das in einem langen Prozess erarbeitete, in Stadtteilversammlungen vorgestellte, diskutierte und abgestimmte Gesamtkonzept des Parks [...] damit über den Haufen geworfen, der demokratische Planungsprozess, weltweit als modellhaft diskutiert, in Frage gestellt und zerstört“ (ebd.) würde.

Diese und andere Elemente sind bis heute nicht realisiert worden und von der Geschichte des Parks erzählen gegenwärtig (Mai 2013) nur einige nicht besonders augenfällige Mosaikfliesen an der Mauer zum Kirchgarten.

3.3 Exkurs: Die Auseinandersetzung um Park Fiction aus raumtheoretischer Perspektive nach Henri Lefebvre

„PARK FICTION steht für die andauernde Geschichte der praktischen Stadtkritik, für die Rückeroberung des Stadtraums durch seine BewohnerInnen, für die Einforderung des subjektiven Begehrens und für seine Verwirklichung im öffentlichen Raum.“ (Wieczorek 2006)

Die an der Planung des 'Park Fiction' beteiligten Künstler_innen bezogen sich u.a. auf die theoretischen Arbeiten des marxistischen Soziologen Henri Lefebvre (1901-1999) der als ein Vorreiter der kritischen Stadtforschung gilt. Lefebvre entwickelte

zum Einen eine Theorie der tauschwert- und profitorientierten kapitalistischen Stadtentwicklungspolitik und ihrer negativen sozialen Implikationen und zum Anderen Ansätze einer oppositionellen gebrauchswertorientierten Stadtentwicklung *von unten*.⁴⁸ Er analysiert Raum als gesellschaftliches Produkt, als etwas, das durch die Produktionsverhältnisse und die darin eingebundenen Subjekte hergestellt wird. Lefebvre betrachtet Gesellschaft als im Raum existierend, von ihm auf unterschiedliche Weise geformt und in einem produktiven Verhältnis zu ihm stehend, ihn wiederum formend. In diesem Verständnis von Raum als von der Gesellschaft produziert, werden neben der affirmativen Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse auch Möglichkeiten des Widerstands, der Veränderung denkbar. (vgl. An Architektur 2002: 3)

Nach Lefebvre spielt der städtische Raum nach dem Übergang von der industriellen zur urbanen Phase des Kapitalismus eine zunehmende Bedeutung für dessen Fortbestand. (vgl. Lewitsky 2005: 54) Ausgehend von der Unterscheidung zwischen Gebrauchswert und Tauschwert konstatiert Lefebvre bezogen auf den (städtischen) Raum einen verschärften und heftigen Konflikt „zwischen einem Raum, der nur noch in dem Maße Gebrauchswert hat, wie ihn der Tauschwert nicht völlig zerstören konnte oder zum Verschwinden bringt“ (Lefebvre 1977). Der Tauschwert erhalte in diesem Konflikt gegenüber dem Gebrauchswert zunehmende Bedeutung, dominiere und beeinträchtige so die räumliche Praxis der Bewohner_innen:

„Soweit städtische Räume dem Tauschwert unterworfen werden, wird ihr konkreter Gebrauch erschwert.“ (Lefebvre 1977)

Lefebvre untersucht die historische Entwicklung der Produktion von Raum und differenziert verschiedene Arten von Raum, die mit der jeweils dominanten Produktionsweise korrelieren.

Die in kapitalistisch verfassten Gesellschaften dominante Form des Raums bezeichnet er als *abstrakten Raum*. Dieser ist Objekt bürokratischer Herrschaft und des Tausches – eine Ware – und wird, entsprechend der Kapitallogik, bestimmt durch eine Gleichzeitigkeit von Homogenisierung und Fragmentierung (vgl. An Architektur 2002: 9ff.):

⁴⁸ Marx bestimmt die Beziehung zwischen diesen zwei Formen des Werts in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ als einen logischen Widerspruch, der im Doppelcharakter der *Ware* begründet liegt. Der *Gebrauchswert* eines Gutes bezieht sich auf seine konkrete Verwendbarkeit für einen bestimmten Zweck. Der *Tauschwert* bezieht sich auf den Preis eines Gutes, also den Wert, der im Warentausch auf einem Markt erzielt werden kann.

„Dieser Raum ist homogen, weil darin alles äquivalent, weil darin alles austauschbar und auswechselbar ist; weil es ein Raum ist, der dem Verkauf unterliegt und weil es nur einen Verkauf von Äquivalenten, von Austauschbarem gibt. Dieser Raum ist aber ebenso zersplittert, weil er durch Grundstücke oder Parzellen gebildet wird. Und er wird Grundstück für Grundstück oder Parzelle für Parzelle verkauft, er wird also fortwährend zersplittert und fragmentiert, mehr noch: pulverisiert.“ (Lefebvre 1977: 55 bzw. An Architektur 2002: 14)

Der Charakter des abstrakten Raums und die daraus folgende Entfremdung seiner Nutzer_innen führt nach Lefebvre zu Passivität und Schweigen:

„Dieser Raum ist so organisiert, dass die Benutzer zu Passivität und Schweigen verurteilt sind, wenn sie nicht revoltieren. Diese Revolte aber kann von der Entwicklung alternativer Projekte, der Entwicklung alternativer Räume und zum Teil gewaltsamer Widerstandsaktionen bis hin zu einer massiven Gegenbewegung führen, die die Gesamtheit der austauschbaren, spektakulären kapitalistischen Räume in Frage stellt, jene Räume nämlich, die die Alltäglichkeit, die Zentralisierung der Macht und die räumliche Hierarchisierung mit ihren tiefgreifenden Widersprüchen implizieren.“ (Lefebvre 1977: 56 bzw. An Architektur 2002: 16)

Den komplexen Charakter des Raumes konzeptionalisiert Lefebvre auf drei Ebenen: Räumliche Praxis (oder erfahrener Raum), Repräsentation des Raumes (oder erdachter Raum) und Räume der Repräsentation (oder gelebter Raum). (vgl. Lefebvre 1991: 38ff.)

„Räumliche Praxis ist *erfahrener Raum* (*perceived space*) und gekennzeichnet durch alle Widersprüchlichkeiten des alltäglichen Lebens. [Sie] basiert auf einer nicht-reflexiven alltäglichen Praxis, die gesellschaftliche Verhältnisse als gegeben hinnimmt. [...]
Die Repräsentation des Raumes ist *erdachter Raum* (*conceived space*). Dieser Aspekt des Raumes [...] ist der Raum der Wissenschaften, Theorien, Planungen und vorherrschenden Diskurse über Raum [...] [Die Repräsentation des Raumes] steht in enger Verbindung mit vorherrschenden Produktionsweisen und naturalisiert ihre jeweiligen Ordnungen. [...]
Räume der Repräsentation [...] sind Räume des Ausdrucks, *gelebter Raum* (*lived space*) nicht erdachter Raum. Ihre Bedeutungen werden durch den Gebrauch hergestellt. Es ist dieser Aspekt des Raumes, der vorherrschende Ordnungen und Diskurse unterlaufen und dadurch andere Räume imaginieren kann. Räume der Repräsentation sind die Räume möglichen Widerstands und möglicher Kämpfe der Aneignung [...].“ (An Architektur 2002: 17, Hervorhebungen: F.M.)

In seiner Analyse des städtischen Raums unterscheidet Lefebvre wiederum drei Ebenen: Die globale Ebene G, die gemischte Ebene M und die private Ebene P, die von den Park-Aktivist_innen aufgegriffen wurde, wie am Titel des Aufsatzes der AG Park

Fiction „Aufruhr auf Ebene p“ (1998) deutlich wird.

Die globale Ebene G ist nach Lefebvre der Ort abstrakter politischer und kapitalistischer Beziehungen, Ort des Staates und seiner Gewalten. Die gemischte mittlere Ebene M identifiziert Lefebvre mit der „Stadt' in des Wortes gängiger Bedeutung“ (Lefebvre 2003: 107, zit. nach Wieczorek 2005: 22), d.h. mit Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden.

„Wenn das Globale das Lokale beherrschen will, wenn das Allgemeine glaubt, das Besondere absorbieren zu dürfen, dann kann die mittlere Ebene (die gemischte: M) eingeschaltet werden: als Gelände für Verteidigung und Angriff, für den Kampf.“ (Lefebvre 1990: 96)

Die Ebene P benennt die städtische Wohnbebauung, den privaten Wohnraum, der nach Lefebvre Ausgangspunkt einer urbanen Revolution sein könne:

„Die einzige Möglichkeit mithilfe des Einbringens (oder Wiedereinbringens) eines gewissen Pluralismus auf das Funktionieren des zentralisierten Staates einzuwirken, liegt in der Herausforderung der zentralisierten Macht durch 'lokale Mächte', in der Fähigkeit kommunaler oder regionaler Kräfte zu Handlungen, die in direktem Zusammenhang mit den jeweiligen Gebieten stehen. So ein Widerstand oder solche Gegen-Aktion tendieren zwangsläufig dazu unabhängige territoriale Einheiten zu stärken und zu schaffen, Einheiten, die sich bis zu einem gewissen Grad selbst verwalten können.“ (Lefebvre 1991: 381f., Übersetzung zit. nach An Architektur 2002: 21)

Gesellschaftliche Veränderung ist nach Lefebvre nur möglich, wenn sie auch mit der Produktion eines veränderten Raumes einhergeht. Die Möglichkeit der Produktion alternativer Räume oder *differentiellen Raums* (vgl. Lefebvre 1991: 52) ergibt sich nach Lefebvre aus der Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Raumordnung und den daraus resultierenden Konflikten. (vgl. ebd.: 352ff.) *Differentieller Raum* zeichnet sich – im Gegensatz zum abstrakten Raum – durch ein Primat des Gebrauchs über den Tausch, durch ein Primat der Qualität über Quantität aus. (vgl. Lefebvre 1991: 381f.) Lefebvre misst in Bezug auf Anstöße für gesellschaftliche Veränderungen der Ebene des alltäglichen Lebens, d.h. gelebten Räumen wie dem Wohnraum, eine hohe Bedeutung bei.

Am Wohnraum setzte auch die kollektive Wunschproduktion für den Park Fiction an. Dabei wurde davon ausgegangen, dass dort, im „Unbewusste[n] der existierenden Stadt“ (AG Park Fiction, 1998), die Wünsche der Menschen in Objekten „verkapselt“ (ebd.) vorzufinden seien. Diese Wünsche im Gespräch mit den Anwohner_in-

nen ins Bewusstsein zu holen und für die Gestaltung des Park Fiction nutzbar zu machen, war eines der zentralen Ziele der Hausbesuche und aktivierenden Befragungen, die der Entwicklung des Parkentwurfs vorangingen.

3.4 Die Rolle der GWA St. Pauli bei Planung, Errichtung und Pflege von 'Park Fiction'

Wie oben beschrieben, wurde die Initiative für den 'Park Fiction' über zehn Jahre lang sowohl von engagierten Einzelpersonen als auch von verschiedenen im Stadtteil aktiven Institutionen, wie der Schule/Schulsozialarbeit, der Kirche und der GWA St. Pauli zusammen getragen. Von diversen beteiligten Akteur_innen wurde immer wieder betont, dass die Initiative nur durch ihre breite Verankerung im Stadtteil letztlich erfolgreich sein konnte. Im Folgenden werde ich mein Augenmerk speziell auf die Rolle der GWA St. Pauli bei der Planung, Errichtung und Pflege des 'Park Fiction' richten.

In der Anfangsphase war sie insbesondere über die damalige Geschäftsführerin und im Arbeitsbereich Stadtteilarbeit tätige Sabine Stoevesand personell an die Initiative angebunden. Über ihr Engagement wurden Arbeitsansätze und Methoden der Gemeinwesenarbeit, wie z.B. aus dem Community Organizing – Interessenserkundungen durch aktivierende Befragungen, Organisation von Bürger_innenversammlungen –, in die Arbeit der Park-Initiative, insbesondere während der Planungsphase einbezogen. (vgl. Wiczorek 2005: 57) Da die GWA St. Pauli bereits seit mehreren Jahrzehnten im Stadtteil tätig war, war sie in der Anwohner_innenschaft bekannt und anerkannt. An ihre vielseitigen Kontakte konnte im Rahmen der Parkplanung angeknüpft werden. Weiterhin stellte die GWA St. Pauli im Rahmen der 'Park Fiction'-Initiative verschiedene Ressourcen zur Verfügung. Dazu zählten infrastrukturelle Ressourcen wie das Stadtteilzentrum Kölibri, das für Stadtteilversammlungen oder Arbeitsgruppentreffen genutzt werden konnte. Darüber hinaus wurden personelle und zeitliche Ressourcen in den mehrjährigen Prozess eingebracht. Weiterhin wurden Aufgaben wie Moderation und Diskussionsleitung bei Planungstreffen, das Erstellen von Protokollen sowie das Erstellen und Vervielfältigen von Materialien zur Information der Öffentlichkeit im Stadtteil, von Mitarbeiter_innen der GWA übernommen.

Auch die Akquise von finanziellen Mitteln für die Durchführung einzelner Schritte der Parkplanung, z.B. über Projektanträge, gehörte zu dem Beitrag der GWA St. Pauli und somit zum Projekt 'Park Fiction'.⁴⁹ Im Zuge der Aktivitäten wurden, ausgehend von dem Planungscontainer auf dem Gelände des späteren Park Fiction, auch handwerkliche Projekte durchgeführt, so z.B. der Bau einer Rundbank auf dem Parkgelände von einer Praktikantin der GWA mit Schreinererfahrung, gemeinsam mit einer Mädchengruppe. Im Zuge dieser und anderer Aktivitäten im Außenraum wurden viele informelle Bildungsprozesse angestoßen.

Axel Wiest, der als Schulsozialarbeiter an der 'Park Fiction'-Initiative beteiligt war, weist darauf hin, dass das ursprünglich verfolgte Konzept der Initiative über die Errichtung eines Parks hinausging und weitergehende (gemeinwesen-)ökonomische Konzepte beinhaltete. So war ursprünglich beabsichtigt – auch für die Identität des Parks – eine Betreuung für den Park einzurichten, z.B. über das Schaffen von ABM-Stellen und/oder in Kooperation mit direkten Anwohner_innen, die die Aufgabe hätten haben sollen, mit den Nutzer_innen des Parks im Kontakt zu sein und darauf zu achten, „dass alles funktioniert“. Im Laufe der Auseinandersetzung und insbesondere nach der Realisierung des Parks sei dieser weitergehende Anspruch jedoch u.a. aufgrund fehlenden Drucks seitens der Park-Initiative abhanden gekommen bzw. aufgegeben worden.⁵⁰

In den Folgejahren verlagerten sich die Aktivitäten des Arbeitsbereichs Stadtteilarbeit der GWA St. Pauli verstärkt auf die Auseinandersetzung mit der Gentrifizierung St. Paulis in diversen Initiativen und Netzwerken. (vgl. oben) Die für das Projekt 'Park Fiction' aufgebrauchten Kapazitäten verringerten sich vor diesem Hintergrund. Axel Wiest weist darauf hin, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine neue Generation einsteigen könnte, um das Projekt 'Park Fiction' baulich zu beenden und konzeptionell weiterzuentwickeln.⁵¹

49 Sabine Stoevesand bezeichnet auch die Institutionen Kirche und Schule/Schulsozialarbeit als ein „Rückgrat für diese Form der Bürgerinitiativarbeit“, insofern sie in dem insgesamt zehnjährigen Prozess der Durchsetzung und Realisierung des Parks zur Kontinuität der Arbeit beigetragen haben. (Gespräch mit Sabine Stövesand im Februar 2013)

50 Gespräch mit Axel Wiest im Februar 2013.

51 ebd.

3.5 'Park Fiction' als urbanes Commons

„Der Park ist ein utopischer Ort, sein Vorbild ist das Paradies ... Der Park verspricht, was die Welt sein könnte.“ (Czenki, 1999)

Nach Exner und Kratzwald (2012) taugt das Konzept der Commons immer dann als Instrument der Analyse, wenn Menschen „ihre Teilhaberechte ein[fordern]“ (Exner/Kratzwald 2012: 25), wenn sie „Angelegenheiten, die für ihr unmittelbares Lebensumfeld von Bedeutung sind, selbst in die Hand nehmen [wollen]“ (ebd.). Meine These ist, dass sich 'Park Fiction' als Commons beschreiben lässt, da das Projekt als selbstverwalteter Park – „von denen geplant, die ihn nutzen, brauchen, wollen“ (AG Park Fiction 1998) – konzipiert wurde. Im Folgenden werde ich dies zunächst begründen und anschließend auf die Schwierigkeiten, die sich im Verlauf der Umsetzung und im Anschluss daran ergaben und ergeben, eingehen.

Wie oben ausgeführt, *sind* Commons nicht einfach, sondern beinhalten drei Elemente: Erstens bedarf es einer wie auch immer gearteten, nicht kommodifizierten (*common pool*-)Ressource, zweitens einer Gruppe von Menschen, den Commoners, und drittens dem sozialen Prozess des Kümmerns (dem Commoning), also der Nutzung, Gestaltung und Pflege nach von ihnen selbst bestimmten Regeln. Es hängt nicht von „der Art der Ressource ab, ob sie ein Commons ist oder nicht“ (Exner/Kratzwald 2012: 25), sondern von der „Art und Weise, wie damit umgegangen wird“ (ebd.). Ein zentrales Kriterium dabei ist, dass die in ein Commons-Projekt involvierten Menschen nicht über marktformige Tauschbeziehungen, sondern in reziproken Beziehungen miteinander interagieren. (vgl. ebd.) Ausgehend von diesem Verständnis eines Commons werde ich im Folgenden das Projekt 'Park Fiction' einer näheren Betrachtung unterziehen.

Wenden wir uns dem ersten genannten Kriterium zu: Commons beinhalten eine nicht kommodifizierte Ressource.

Die für die Errichtung des Parks maßgebliche Ressource stellte zunächst die brachliegende Fläche am Pinnasberg dar. Gegen ihre Bebauung und Vermarktung richtete sich denn auch die Initiative in einem ersten Schritt. Ausgangspunkt für diese Forderung war u.a. der Befund eines Mangels an „kommerziell unbesetzte[m], öffentliche[m] Raum“ (AG Park Fiction 1998) in St.Pauli. Unter Bezugnahme auf

Lefebvres Konzept der Verstädterung als „Prozess der Aneignung“ bestimmt die AG Park Fiction (1998) eine „angeeignete Fläche“ als „im Gegensatz [stehend]

1. zu dem 'neutralen', öffentlich d.h. anonym gestalteten Staatsraum ebenso, wie
2. zu dem privatisierten Raum, der sich als öffentlicher Raum ausgibt, aber über die sich aus dem Privateigentum ergebenden Ausschlüsse funktioniert, über rassistisch oder ökonomisch motivierte Ausgrenzung von Personen, Beschränkungen von Handlungsmöglichkeiten, bzw. Motivation bestimmter Handlungen wie einkaufen, sitzen, nicht liegen, essen, nicht betteln, nicht skaten...“ (AG Park Fiction, 1998). Der Verkauf der Fläche an eine_in Investor_in und damit der Übergang in privates Eigentum konnte durch die diversen Aktivitäten der Park-Aktivist_innen letztlich verhindert und so die materielle Voraussetzung zur kollektiven Gestaltung eines Parks geschaffen werden.

Weiterhin benötigen Commons eine Gruppe von Menschen, die sie schaffen und die sich um sie kümmern. Die Anwohner_inneninitiative, die sich, ausgehend vom Hafenrandverein, mit dem Ziel konstituierte, die Bebauung zu verhindern, den freien Blick auf die Elbe für alle zu erhalten und einen selbstverwalteten Park einzurichten, lässt sich als Gruppe von Commons beschreiben. Im Zuge der Auseinandersetzung mit den Repräsentant_innen des politischen Systems und der städtischen Verwaltung organisierte sie etwa bereits im Vorgriff auf das angestrebte Ziel die Herrichtung des Areals zum Park und seine Nutzung durch eine direkte Aktion bzw. eine *Flächen(instand)besetzung*.

Der Prozess der Planung des Parks und seiner Gestaltung, in den eine Vielzahl von weiteren Personen involviert war und der sich auf verschiedenen Ebenen und innerhalb verschiedener Formen – etwa in Haustürgesprächen, Stadtteilkonferenzen und Diskussionsveranstaltungen – abspielte, lässt sich als Commoning, als Prozess der Aushandlung beschreiben. Auch nach Abschluss des Planungsprozesses und der Errichtung des Parks kümmer(te)n sich Anwohner_innen um die Pflege und den Erhalt des Parks, wenngleich die Zahl der Park-Aktiven zurückging. Sie sind derzeit im *Park Fiction Komitee* organisiert, von dem regelmäßig Pflanz-, Putz- und Aufräumaktionen ausgehen. Diese Assoziation war auch an einer kleineren baulichen Umgestaltung der Parkeinrichtung beteiligt, bei der Sitzflächen gegen Hochbeete ausgetauscht wurden. Die Pflege der Rasenflächen auf dem *Fliegenden Teppich* wird über

das an den Park angrenzende genossenschaftliche Wohnprojekt *Parkhaus* organisiert. Die GWA St. Pauli kümmert sich um die Vergabe der Mieter_innenbeete im Gemeinschaftsgarten im Kirchgarten, der im Zuge der Schaffung von Park Fiction eingerichtet wurde.

Probleme in der Gestaltung von 'Park Fiction' als Commons

Sowohl im Prozess der Durchsetzung des Park-Projekts als auch während und nach seiner Realisierung lassen sich eine Reihe von Problemen feststellen, mit denen die Park Fiction-Aktivist_innen konfrontiert waren und sind. Diese Probleme können mit Hilfe der von Ostrom formulierten Bauprinzipien langlebiger Commons für das Gelingen von Commons (vgl. Abschnitt 3.3.2) näher bestimmt werden.

Als ein Kriterium nennt Ostrom die Existenz von *klaren und lokal akzeptierten Grenzen zwischen legitimen Nutzer_innen und Nichtnutzungsberechtigten*. In Bezug auf Park Fiction ist es nicht möglich eine solche Abgrenzung vorzunehmen. Der Park ist, u.a. aufgrund seiner Lage, eine der meistgenutzten Flächen der Stadt und seine Nutzung steht allen offen. Ein weiteres von Ostrom formuliertes Prinzip stellt die Existenz von *Arrangements für gemeinschaftliche Entscheidungen* dar, innerhalb derer die meisten betroffenen Personen über die Nutzungsregeln und Änderungen dieser Regeln mitbestimmen können. Damit im Zusammenhang steht die *Kongruenz zwischen Aneignungs- und Bereitstellungsregeln und lokalen Bedingungen*.

Auf dieser Folie lässt sich die Auseinandersetzung um die mehrheitlich als problematisch bewertete Nutzung des Parks durch Skater_innen in den Jahren 2005 und 2006 analysieren: Im Jahr 2005 kam es zu einer starken Präsenz von Skater_innen (in Spitzenzeiten bis zu 50 Personen gleichzeitig), die nach Darstellung des Park Fiction-Komitees rücksichtslos auftraten und die Nutzung des Parks durch andere behinderten. Als die Situation zu eskalieren drohte – „Die Stimmung wurde immer aggressiver, kochte hoch: bürgerliche Zeitgenossen riefen dauernd die Polizei, grobere Naturen begannen damit, einzelne Skater vom Brett zu hauen.“ (Park Fiction 2006) – wurde ein Gespräch zwischen Skateboarder_innen, betroffenen Anwohner_innen, Architekt_innen, Behördenvertreter_innen und Park Fiction Komitee veranlasst, bei dem der Kompromiss ausgehandelt wurde, dass das Skaten auf die Zeit von 15 bis 18 Uhr beschränkt werden sollte. Dieser Kompromiss wurde im Folgenden auf Flyern in

einschlägigen Läden bekannt gemacht. Es gelang jedoch nicht, breitere Akzeptanz für diese Regelung zu schaffen, so dass letztlich mit dem Austausch der mit Skateboards befahrbaren Bänke durch Plastiksitze reagiert wurde. In der Antwort auf einen Brief, in dem dieser Austausch beklagt wurde, formulierten Vertreter_innen von 'Park Fiction' in Bezug auf die geschilderte Situation:

„Das nervige daran: es wurde gar nicht gekuckt, wo man eigentlich ist: An einem Ort der sehr lebendig ist, der gegen die staatlichen Autoritäten durchgesetzt wurde, der viel genutzt wird, und der nur funktionieren kann, wenn man sich gegenseitig respektiert [...].“ (Park Fiction 2006)

Als dem zugrundeliegendes Problem lässt sich abgesehen von einem Mangel an gegenseitigem Respekt, die Abwesenheit von *Arrangements für gemeinschaftliche Entscheidungen*, in denen (potentiell) alle Nutzer_innen des Parks über bestimmte Nutzungsregeln entscheiden können, bewerten. Der zur Lösung des Problems einberufene Kreis an Vertreter_innen verschiedener Gruppen und Institutionen war nicht dazu in der Lage, den zwischen den dort Anwesenden vereinbarten Kompromiss durchzusetzen. Dies dürfte zum Einen damit zusammenhängen, dass in dem Rahmen nicht die meisten der betroffenen Personen mitbestimmen konnten und zum Anderen damit, dass der Kreis nur für die Lösung des konkreten Problems einberufen und nicht als reguläre und dauerhaft für diesen Zweck existierende *lokale Einrichtung, die u.a. zum Schlichten von Konflikten zwischen Nutzer_innen des Parks* (vgl. Bauprinzip 6) dient, eingerichtet wurde bzw. existierte. Da in Ermangelung eines Arrangements für gemeinschaftliche Entscheidungen auch keine von allen Nutzer_innen akzeptierten Regeln existierten, war es auch nicht möglich, aus dem Kreis der Commoner des Park Fiction Nutzer_innen *glaubhaft mit abgestuften Sanktionen zu belegen*, wie es Ostrom als fünftes Bauprinzip formuliert, so dass letztlich die Polizei als Repräsentant der Obrigkeit die einzige durchsetzungsfähige Instanz blieb.

In der ursprünglichen Konzeption des Parks war die Einrichtung einer bezahlten halben Stelle für eine Person, die im Park von Frühling bis Herbst als „Pädagoge und Gärtner [...] 'mit Hand und Herz'“⁵² im, um und für den Park tätig sein sollte, vorgesehen. Diese sollte „sowohl Angebote für Kinder und Erwachsene im Park organisier[en], als auch – das ist dann ja auch eine Form von Streetwork quasi – so ein biss-

52 Aus einem Gespräch mit Sabine Stoevesand im Februar 2013.

chen Basteln und ein Auge auf die Sachen [halten]“⁵³. Aufgrund mangelnder finanzieller Mittel wurde die Installation dieser Stelle nie realisiert. In ihr hätte eine Möglichkeit gelegen, das vierte von Ostrom genannte Bauprinzip zu erfüllen, das in der *Überwachung des Zustands der Allmenderessourcen und des Verhaltens der Aneigner_innen (bzw. Nutzer_innen) durch Personen, die selber Nutzer_innen oder den Nutzer_innen gegenüber rechenschaftspflichtig sind*, besteht. Dass auch kein vergleichbares Arrangement eingerichtet wurde, führte dazu, dass es keine von staatlichen Instanzen unabhängige Form der Aneignung mit dazugehörigen autonomen Formen der Konfliktregelung etc. gab und gibt. Sabine Stoevesand beschreibt die daraus resultierende Entwicklung wie folgt:

„So ist es ein bisschen naturwüchsig oder es ist eine Sache von Polizei. Es bleibt sich halt so überlassen.“⁵⁴

Es lässt sich die Tendenz feststellen, dass sich das Projekt 'Park Fiction', welches ursprünglich als Commons konzipiert und im Prozess seiner Entwicklung und Durchsetzung auch als solches realisiert wurde, zu einem Open-Access-Gut entwickelt und sich zusehends einem herkömmlichen öffentlichen Park annähert. Damit im Zusammenhang steht das Kriterium der *Anerkennung des Rechts der Nutzer_innen auf die eigene Organisation* – und in Verbindung damit *die Entwicklung eigener Institutionen und Regeln – durch die staatlichen Behörden*. Von Seiten der Initiator_innen des Parks sind eigene Organisationen, wie etwa das Park Fiction Komitee, geschaffen worden. Diese verfügen jedoch nur über begrenzte Einflussmöglichkeiten u.a. bezüglich der Gestaltung des Parks. Ihr Einfluss ist etwa dadurch begrenzt, dass die im städtischen bzw. bezirklichen Haushalt allgemein für Grünanlagen und öffentliche Parks zur Verfügung stehenden Mittel von städtischen Behörden verausgabt werden und jenseits der partizipativen Gestaltung des Parks keine weitergehenden Regelungen einer direkten demokratischen Kontrolle der Investitionen und Ausgaben für den Park getroffen wurden. Hinzu kam, dass sich verschiedene über Jahre beteiligte Akteur_innen aus dem Gestaltungsprozess zurückgezogen haben, so dass 2005 nur noch einzelne Personen aktiv daran beteiligt waren. (vgl. Wiczorek 2005: 148)

Ein Problem, das sich im Verhältnis von Commons und staatlichen Organen immer

53 ebd.

54 ebd.

wieder präsentiert, ist das der „Auslagerung von Staatsaufgaben an die Commoners“ (Exner/Kratzwald 2012: 33). Dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Engagieren und Selbermachen einerseits und dem Kürzen von öffentlichen Mitteln für bspw. die Gestaltung von Parks andererseits zeigt sich auch beim 'Park Fiction'. Sabine Stoevesand drückt es wie folgt aus:

„Es ist immer ein Spannungsverhältnis, wenn es jetzt ein öffentlicher Raum ist, zwischen dem, dass sich Leute engagieren – was ich gut und richtig finde – und der Zumutung seitens der Stadt: 'Das könnt ihr jetzt mal alles selbst machen...!', was ihnen bei anderen prestigeträchtigen Parks jetzt auch nicht so eingefallen wäre. Der gesamte Bereich wird ja gekürzt im städtischen Haushalt. Es gibt immer so ein Spannungsverhältnis zu sagen: 'Hier, das ist auch Aufgabe auch über Steuergelder zu finanzieren, dass Parks gepflegt werden', und gleichzeitig finde ich es aber richtig zu sagen: 'Das ist unser Park und wir machen auch was dafür'.“⁵⁵

In diesem Kontext ist auch das Fehlen zentraler gestalterischer Elemente des Parks (wie etwa des Park Archivs), aus denen seine besondere Geschichte und sein spezifischer Charakter auch für Außenstehende und Besucher_innen hervorgehen könnte, zu betonen. Derzeit unterscheidet den Park, abgesehen von den oben erwähnten Mosaikfliesen, nicht viel von einem beliebigen anderen (anonymen) öffentlichen Raum. Wenn es darum gehen sollte, die Geschichte des Parks und den darin zum Ausdruck kommenden Anspruch auf eine demokratische und partizipative Stadtentwicklung und -gestaltung von unten, stärker (bzw. überhaupt) zum Ausdruck zu bringen, erscheint es sinnvoll, die bisher unvollendeten Elemente des Parks, wie z.B. das Archiv, in einem nächsten Schritt in den Park zu integrieren. Darauf weist auch Wieczorek (2005) hin:

„[E]s muss einen Ort geben, an dem Park Fiction seine eigene Geschichte schreibt und zugänglich macht und der die Anknüpfung an das Geschehene als Voraussetzung der Fortsetzbarkeit der in Park Fiction entwickelten Ansätze und Methoden ermöglicht.“ (Wieczorek 2005: 138)

Wieczorek (2005) betont darüber hinaus, dass weiter an Formen der Organisierung gearbeitet werden müsse. Sie regt an, dass die GWA St. Pauli „ihre institutionellen Ressourcen und Erfahrungen in die Fortsetzung von 'Park Fiction' einbringen und sich damit [...] über eine engagierte Re-Politisierung der eigenen professionellen Arbeit neu definieren [könnte]“ (ebd.: 148).

Auf die Bedeutung von Institutionen bzw. der Institutionalisierung von Nutzer_in-

55 ebd.

nenorganisationen für die dauerhafte Erhaltung von Commons insgesamt werde ich in Abschnitt 4.3.1 näher eingehen.

Ambivalenzen und Widersprüche zwischen Selbstorganisation und Standortmarketing

Dass und in welchem Ausmaß mit Commons-Projekten innerhalb der kapitalistischen Ökonomie und unter dem Leitbild der unternehmerischen Stadt auch darüber hinaus eine starke Ambivalenz einhergeht, wird am Beispiel 'Park Fiction' im Kontext der Gentrifizierung und Aufwertung St. Paulis deutlich, wenn er in Broschüren der Hamburg Marketing GmbH zur Bewerbung und Vermarktung der Stadt als Beleg für ihre Kreativität angeführt wird.

„Es ist immer dieses Doppelte: St.Pauli war, als wir angefangen haben, einer der ärmsten Stadtteile Hamburgs, und da war das eine selbstbewusste Geste von Aneignung von unten zu sagen: 'Wir wollen hier was haben'. Jetzt funktioniert es in dem Aufwertungskontext natürlich anders [...].“⁵⁶

Der Versuch der Vereinnahmung des Parks für Strategien zur Vermarktung der Stadt und „Aufwertung“ des Stadtteils führte bei einzelnen Beteiligten zu einer veränderten Sichtweise auf den Park. Wurde zunächst noch mit einem hohen Verantwortungsgefühl auf den unbeschädigten Zustand des Parks geachtet, führte die zunehmende Verwendung des Parks für Werbezwecke zu einer Veränderung der Ansprüche und einem Nachlassen der Motivation, den Park und seine Einrichtung in einem vollkommen intakten Zustand zu erhalten, wie Sabine Stoevesand zum Ausdruck bringt:

„Ich habe mich am Anfang sehr verantwortlich gefühlt, für die Hundewiese und für diesen Fliegenden Teppich, und in dem Maße, wo mit dem Park Reklame gemacht wird, er kommerziell auch im Rahmen so einer Aufwertungsstrategie eine Rolle spielt, in dem Maße habe ich gemerkt, wird mir das egal. Es ist eher so: 'Bitte lasst ihn abrockern, damit hier nicht alles total schick und clean wird'.“⁵⁷

Exner und Kratzwald (2012) weisen ebenfalls auf diese Zwiespältigkeit von Commons unter gegebenen Bedingungen hin:

„Die Trennlinie zwischen der Selbstbestimmung förderlichen Regulierungen und dem neoliberalen Leitbild der Governance kann ziemlich dünn sein. [...] Ob ein Commons die Handlungsmöglichkeiten seiner Nutzerinnen erhöht und damit das Potenzial für eine Emanzipation aus den kapitalistischen Unterordnungsverhältnissen hat oder ihre Anpassungsfähigkeit an das Marktsystem

56 ebd.

57 ebd.

erhöht, kann nur im Einzelfall geklärt werden. Meist werden, mit unterschiedlichem Gewicht, beide Effekte auftreten.“ (Exner/Kratzwald, 2012: 33)

Die widersprüchliche Dynamik, die sich im Zusammenhang mit 'Park Fiction' als urbanem Commons unter den Bedingungen einer Stadtentwicklungspolitik, die die Stadt in erster Linie als Standort und Marke begreift, zeigt, kann exemplarisch für den Widerspruch zwischen einer profitorientierten Stadtentwicklung einerseits und einer demokratischen Aneignung und Gestaltung der Stadt durch ihre Bewohner_innen (Stadt als Commons) andererseits begriffen werden. Für die Soziale Arbeit bzw. Gemeinwesenarbeit kann die Orientierung an letzterem Pol und die parteiliche Einmischung zu Gunsten der mit ihm verbundenen Entwicklungsrichtung Perspektiven für eine stärkere politische Produktivität innerhalb dieses Konflikts eröffnen. Mit der Frage, inwiefern die Orientierung auf eine Stärkung von Commons Bezugspunkt für eine kritisch-emanzipatorische Soziale Arbeit sein kann, werde ich mich im Folgenden beschäftigen.

4. Commons als Bezugspunkt(e) für kritisch-emanzipatorische Soziale Arbeit⁵⁸

Commons lassen sich ganz allgemein als soziale Verhältnisse bestimmen, in denen auf Grundlage reziproker zwischenmenschlicher Beziehungen bestimmte Ressourcen verwaltet, bewirtschaftet und (re-)produziert werden. In präkapitalistischen Gesellschaften bildeten Commons die übliche Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und Reproduktion und bis heute sind sie (wie auch das Recht auf Commoning) Gegenstand von sozialen Bewegungen und Kämpfen.

Bei den von Ostrom untersuchten Beispielen für Allmendeinstitutionen hängt in der Regel die individuelle und kollektive wirtschaftliche Existenz von Menschen – z.B. die von Fischer_innen – vom Funktionieren der Verwaltung eines Commons – z.B. eines gemeinsam verwalteten Fischereigebiets – ab. Als Commons existieren jedoch auch soziale und kulturelle Arrangements, von deren Existenz nicht direkt das (wirtschaftliche) Überleben ihrer Mitglieder abhängt, die jedoch die Grundlage für die Gestaltung vieler unterschiedlicher Lebensbereiche und gesellschaftliche Teilhabe darstellen. Als Allmendeinstitutionen, die sich um die Bereitstellung und Pflege von kultureller und sozialer Infrastruktur kümmern, können auch die Assoziationen von Menschen in Form von Vereinen, Kooperativen bzw. Genossenschaften o.ä. betrachtet werden, die nicht profit-, sondern gebrauchswertorientiert agieren. Dies ist für die Soziale Arbeit im Allgemeinen und die Gemeinwesenarbeit im Speziellen relevant.

4.1 Die Bedeutung von Commons für Gemeinwesen, Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit

Carl Mennicke (1887-1958), einer der Begründer der Sozialpädagogik, leitete die Notwendigkeit einer sozialen Pädagogik aus der sozialpädagogischen Verlegenheit der Moderne ab, die er darin erkannte, „dass die modernen Industriegesellschaften die Individuen zwar freisetzen, aber ihnen nicht aufzeigen, wozu sie frei sind“ (Boehnisch 1996: 57). Zur Bewältigung dieser Spannung seien Sozialformen und

⁵⁸ Als kritisch-emanzipatorische Soziale Arbeit verstehe ich Sozialarbeit und Sozialpädagogik, die auf die Befreiung aus Abhängigkeitsverhältnissen gerichtet ist. Dazu gehört die Perspektive einer Überwindung bzw. Aufhebung von Entfremdung, die sich aus der kapitalistischen Logik von Privateigentum, Lohnarbeit und Profitmaximierung ergibt. Als Emanzipation verstehe ich im Anschluss an Oelschlägel (1978) gleichermaßen „jeden Schritt und jede Bemühung, die auf dieses Ziel gerichtet sind“ (Oelschlägel 1978, zit. nach Boulet et al. 1980: 322).

(pädagogische) Orte erforderlich, „in denen die Menschen miteinander ihre eigene Lebensform finden können“ und Aufgabe der Pädagogik sei es, „hierzu ihren Beitrag zu leisten“ (ebd.). Ein zentrales Element einer solchen für alle zugänglichen Infrastruktur sollten Räume sein, in denen kooperativ gewirkt werden kann und eine „horizontale Vergesellschaftung“ (Lynen von Berg 2010: 278), das Entstehen von „Beziehungen zwischen [...] isolierten Individuen und sich abgrenzenden Gruppen“ (ebd.) ermöglicht und gefördert wird. Die Relevanz der Existenz derartiger institutionalisierter Arrangements für die (Sozial-)Pädagogik und Gemeinwesenarbeit betont auch Richter (2001) im Rahmen seiner Konzeption einer Kommunalpädagogik. Er stellt dabei der Pflicht-Schulpädagogik als Arbeitspädagogik „die – auf freiwilliger Interaktion basierende – Vereinspädagogik als Sozial-Pädagogik“ (Richter 2001: 216) gegenüber.

Für die Soziale Arbeit insgesamt liegt in der Orientierung auf das Schaffen, Konsolidieren, Erhalten und Verteidigen von Commons nicht zuletzt deshalb eine besondere Bedeutung, da die damit verbundene, auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Menschen gerichtete Zielperspektive einerseits über die tendenzielle Eingemeindung der Sozialen Arbeit in hegemoniale Politiken der Kontrolle und Individualisierung im Sinne von Vereinzelung hinausweist und andererseits die Grundlage für eine anti-hegemoniale politische Produktivität der Sozialen Arbeit darstellen kann.

Darüber, dass es sinnvoll ist, an der lokalen bzw. kommunalen Ebene anzusetzen – ohne deswegen eine globale Perspektive aufzugeben –, sind sich viele Theoretiker_innen der Commons einig. So schreibt Müller (2012) im Zusammenhang mit dem Aufbau von Gemeinschaftsgärten:

„Die Übernutzung, Kolonisierung und Zerstörung der globalen Allmende liegt genau im Blickfeld; deshalb wird die lokale Allmende als ein Ort bewirtschaftet, an dem man für einen neuen Begriff der Öffentlichkeit sensibilisieren und zugleich zeigen kann, dass es auch anders geht: gemeinsame Nutzung statt privates Eigentum, lokale Lebensqualität statt ferngesteuerter Konsum, Miteinander statt Vereinzelung. [...] Die Bewirtschaftung einer Allmende schafft also nicht nur wertvolle Erfahrungen, sondern auch soziale Zusammenhänge, die weit über sie selbst hinaus wirken.“ (Müller 2012: 269f.)

Auch Hirsch und Steinert (2012) unterstreichen die Relevanz des Lokalen und die Rolle von sozialarbeiterischer Gemeinwesenarbeit für das Schaffen von sozialer Infrastruktur:

„Die im Durchschnitt wenigen Wanderungen des Lebens geschehen von einer lokalen Lebensweise zur nächsten. Daher ist das Lokale ein ausgezeichneter Ort, um Infrastruktur für alle zugänglich her- und zur Verfügung zu stellen. Sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit weiß darüber ziemlich viel, hat auch Techniken der Intervention zur Verfügung und sollte die Standardform von Sozialarbeit sein.“ (Hirsch/Steinert 2012: 8)

Dabei kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass Menschen wesentlich mehr sind als nur individuelle Nutzenmaximierer_innen im hegemonialen Verständnis der Wirtschaftswissenschaft. Spätestens die oben geschilderten Forschungsergebnisse von Elinor Ostrom haben deutlich gemacht, dass das Modell des Homo Oeconomicus nicht zur Beschreibung des realen, sich in vielfältigen Variationen manifestierenden menschlichen Handelns taugt. Menschen müssen nach allen empirischen Erkenntnissen als grundsätzlich auf Kooperation ausgelegte soziale Wesen betrachtet werden:

„Die Frage ist nicht, *ob* Menschen kooperieren, sondern wie ihnen geholfen werden kann, das zu tun.“ (Ostrom, Elinor, zit. nach Helfrich 2011: 12f., Hervorhebung im Original)

Unter kapitalistischen Bedingungen ist Kooperation jedoch nicht als zwangsläufiger Gegensatz von Konkurrenz zu denken. Die menschliche Fähigkeit zur Kooperation spielt auch innerhalb kapitalistischer Verwertungsprozesse eine wesentliche Rolle. Aktuell stattfindende Umstrukturierungen und Optimierungen von Arbeitsprozessen zielen denn auch genau auf diese menschliche Fähigkeit, allerdings mit dem Ziel sie besser verwertbar zu machen, wenn etwa die Kontrolle über die Erbringung individueller Leistung von einer zentralen Instanz in einzelne kooperativ arbeitende Teams verlagert wird. Auch zwischen verschiedenen Unternehmen findet innerhalb des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs Kooperation statt. Damit wird indessen das übergeordnete Ziel verfolgt, sich im Konkurrenzverhältnis und gegen die Konkurrent_innen besser behaupten zu können:

„Kooperation bei Unternehmen ist [...] die Voraussetzung von Konkurrenz, nicht ihr Gegenteil.“ (Meretz 2012: 60)

Die Commons-Institutionen zugrundeliegende Logik unterscheidet sich jedoch von der Marktlogik. Innerhalb und zwischen ihnen findet ebenfalls Kooperation statt – allerdings nicht, um andere Commons-Institutionen auszubooten, und sie erzeugen auf diese Weise sowohl entsprechende soziale Strukturen und Praktiken als auch „Pro-

dukte – welcher Art auch immer. Kurz: Kooperation erzeugt Kooperation und Nützliches.“ (ebd.) Commons basieren auf der freien Kooperation von je spezifischen Menschen in ihrer jeweiligen Einzigartigkeit, die sich gemeinsam Regeln geben, um Ressourcen gemeinsam zu nutzen, sie zu erhalten oder zu vermehren. Verantwortungsvolles Handeln ist Voraussetzung für die dauerhafte Existenz von Commons, wird durch sie aber auch ermöglicht:

„Kooperation ist gewissermaßen Mittel und Ziel in einem. [...] Konkurrenz braucht unabdingbar die Kooperation, aber eine Kooperation kann auch gut ohne Konkurrenz auskommen.“ (ebd.: 60f.)

Wenn von kritisch-emanzipatorischer Sozialer Arbeit das Ziel verfolgt wird, die solidarische Kooperation von Menschen jenseits des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs zu unterstützen, dann kann es keine Patentlösungen und keine pauschalen Antworten von mutmaßlichen externen Expert_innen oder staatlichen Behörden geben. Um funktionierende und akzeptierte Formen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung zu schaffen, ist die Existenz und Verfügbarkeit von zeitlichen und räumlichen Rahmen erforderlich, in denen von den jeweils Betroffenen eigenständig, bewusst und kollektiv entsprechende geeignete Regeln und Verfahren ausgehandelt werden können. Die Aufgabe der in der Sozialen Arbeit Tätigen ist in diesem Kontext die Unterstützung bei derartigen (wechselseitigen Lern- und Bildungs-) Prozessen. Wie ich in den Ausführungen zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit gezeigt habe, hatte Soziale Arbeit in Gemeinwesenzentren wie dem *Hull House* Anteil an der Gründung solcher Formen solidarischer Organisation, und sie kann ihn auch heute haben. Auf Ansatzpunkte für eine Stärkung und Verallgemeinerung derartiger Praxen gehe ich in den folgenden Abschnitten ein.

4.2 Das Ökonomische vom Sozialen aus denken und gestalten

Lohnarbeit, also der – zunehmend unsicherer werdende – Tausch der Ware Arbeitskraft gegen Geld auf dem Arbeitsmarkt, stellt aktuell in kapitalistisch strukturierten Nationen (nach wie vor) eine zentrale Voraussetzung für die soziale Integration der Mehrheit der Menschen dar. Diese Anforderung wird durch eine spezifische Leistungsideologie fundiert, nach der nur *die* Tätigkeiten, die auch in Geld bemessen

werden (können), als *Arbeit* (im Sinne von *Lohnarbeit*) anerkannt werden. Die Märkte werden als „zweite Natur“ (Fisahn 2010) behandelt, an deren Befindlichkeiten sich (individuell und gesellschaftlich) anzupassen sei. Dabei geraten regelmäßig alle Formen von Tätigkeit, die nicht als Erwerbsarbeit organisiert sind, wie etwa Reproduktionsarbeit im häuslichen Bereich, ehrenamtliche Tätigkeiten oder Qualifikation bzw. Bildung, aus dem Blick (vgl. Möller 1998) und existieren, obwohl sie gesellschaftlich und individuell bedeutsam sind, in der Diskussion um *Arbeit/Lohnarbeit* gewissermaßen nur als Schatten, als *Schattenarbeit*. (vgl. Illich 1982: 75ff.)

Vor dem Hintergrund der allenthalben zu beobachtenden sozialen, ökologischen und kulturellen Destruktivität des herrschenden Systems und der ihm zugrundeliegenden Logik, der Krise des Lohnarbeitssystems, die einer zunehmend größeren Zahl von Menschen keine Perspektive mehr für eine Verwertung auf dem Arbeitsmarkt gibt und (u.a.) daraus resultierender gesellschaftlicher Desintegration, die sich in Zeiten der aktuellen Vielfachkrise noch verschärft, erfahren Formen lokaler, solidarischer Ökonomie wieder verstärkte Aufmerksamkeit, da in ihnen eine Alternative zur dominanten Wirtschaftsform gesehen wird. Der Begriff *Solidarische Ökonomie* und eine entsprechende Praxis stammt ursprünglich aus Lateinamerika. Dort wurde er in den 1970er Jahren von dem chilenischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Luis Razeto Migliaro geprägt, der kleine Selbsthilfeunternehmen von Marginalisierten untersuchte. Als Bedingungen für ihr Gelingen beschrieb er den sogenannten *Faktor C*:

„*Companerismo* (Freundschaft), *Cooperacion* (Zusammenarbeit), *Comunidad* (Gemeinschaft), *ComUnion* (Einheit in der Vielfalt), *Colectividad* (Kollektivität), *Carisma* (Charisma), garniert mit der Kategorie des *Compartir* (Teilen)“ (Eder 2003, zit. nach Voß 2010: 13).

Diese Form des Wirtschaftens spielt mittlerweile in vielen Ländern Lateinamerikas eine große Rolle und weist inhaltlich viele Verbindungen zu den ursprünglichen Prinzipien der Genossenschaftsbewegung auf. Sie ist Teil einer sozialen Bewegung (im weiteren Sinne), die auf die demokratische Kontrolle auch der Ökonomie durch die Gesellschaft abzielt. Dabei geht es darum, a) selbstorganisierte Kollektive, die im Besitz der Arbeiter_innen sind, b) kooperative Finanzorganisationen und c) sozial verantwortliche Formen des Konsums so miteinander zu verbinden, dass expandierende wirtschaftliche Netzwerke entstehen, deren Überschüsse in soziale

und ökologische Regenerierung investiert werden. (vgl. Azzellini 2010) Darin besteht sowohl ein wesentlicher Unterschied zu dem, was im sogenannten real existierenden Sozialismus an zentralistischer bürokratischer Planung durch Regierungsinstitutionen stattgefunden hat, als auch zum Kapitalismus und der ihm zugrundeliegenden Logik der Profitmaximierung. (vgl. Dyer-Witheford 2007) Solidarische (und damit nicht-profitorientierte) Ökonomie und Commons und auf ihnen basierende Produktions- und Lebensweisen können als Ansätze für eine alternative Wirtschafts- und Lebensweise im Hier und Jetzt begriffen werden.

Ein mit der Solidarischen Ökonomie verwandter und spezifisch auf Gemeinwesen ausgerichteter Ansatz, bei dem Gemeinwesenarbeit und Ökonomie miteinander verbunden werden, ist der der *Gemeinwesenökonomie*, den Susanne Elsen seit den 1990er Jahren formuliert hat. Er stellt den Versuch einer Antwort auf die mit der Durchsetzung und Ausbreitung der kapitalistischen Logik einhergehende „Entbettung des Ökonomischen“ (Polanyi) bzw. „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas) dar und steht in der Tradition der *Gemeinwirtschaft*. So wird ein nicht profitorientierter Wirtschaftssektor bezeichnet, der parallel zum profitorientierten privatwirtschaftlichen Sektor existiert. (vgl. Krätke 2001: 209f.) In Deutschland hatten Gewerkschaften seit den 1920er Jahren Unternehmen der Gemeinwirtschaft aufgebaut, und solche alternativen, auf Genossenschaften basierenden Ansätze der Wirtschaftsorganisation spielten in den Diskussionen um Wirtschaftsdemokratie im Deutschen Reich der 1920er Jahre eine große Rolle. (vgl. ebd.: 212) Die gewerkschaftseigenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen entwickelten sich jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend derart, dass sie mit dem Ziel der Unternehmensexpansion um „Marktanteile in Versorgungsbereichen, deren Ausbau 'im Allgemeininteresse' liegt“ (ebd.: 213), kämpften. Das gewerkschaftliche gemeinwirtschaftliche Engagement in der BRD endete mit dem Zusammenbruch des gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmens *Neue Heimat* Ende der 1980er Jahre. Die Entwicklung, die die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Vergangenheit durchmachten, weist auf die Schwierigkeit hin, unter kapitalistischen Bedingungen die Logik eines nicht profitorientierten Unternehmens dauerhaft aufrechtzuerhalten. Da die (Sozial-)Politik in der BRD nach wie vor auf die Logik der Kapitalakkumulation zugeschnitten ist und im Bereich der sozialen Dienste – wie in Abschnitt 1 beschrieben – starke Tendenzen zur Vermarktli-

chung festzustellen sind, kommen Initiativen, die darauf abzielen, die Wirtschaft wieder in das/die Gemeinwesen einzubetten, nicht umhin, die politischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen und sich zu ihnen verhalten.

Anknüpfend an das Marx'sche Verständnis von *Gemeinwesen* zielt Gemeinwesen-ökonomie „auf die Rekonstruktion des äußeren Gemeinwesens, der kulturellen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Tragfähigkeit der Lebenszusammenhänge. Sie stellt das äußere Gemeinwesen [– den sozialräumlichen Lebenszusammenhang einer territorialen Einheit –] als Lebenszusammenhang der Menschen mit seiner natürlichen Umwelt und einer gewachsenen Kultur in den Mittelpunkt, um das innere Gemeinwesen, das wahre menschliche Wesen zum Vorschein zu bringen.“ (Elsen 1997: 76) Sie ist als „langfristiger gesellschaftlicher Lernprozeß“ (ebd.: 80) konzipiert, dessen zentrales Ziel die Rückbettung der Ökonomie bzw. ökonomischer Handlungsvollzüge in die jeweiligen sozialen und kulturellen Zusammenhänge ist. So wie von der ursprünglichen Genossenschaftsbewegung wird dabei auf eine Repersonalisierung, Remoralisierung und Repolitisierung der Ökonomie sowie anderer Lebensbereiche und damit eine neue – menschenorientierte – Wirtschaftskultur abgezielt. Zu diesem Zweck wird angestrebt, „bedarfsorientierte, gemeinwirtschaftliche Kreisläufe [zu bilden], in denen der Markt tendenziell ausgeschaltet wird [und in denen] Gewinne nicht privatisiert [werden], sondern [...] der Absicherung und Weiterentwicklung der Gemeinwesenökonomie [dienen]“ (ebd.: 79). Die Beantwortung der Frage, wonach Bedarf besteht, soll nicht der *unsichtbaren Hand* des Marktes überlassen werden, sondern „in den Gemeinwesen als Zielfindungsprozeß verankert werden, an dem alle Menschen teilhaben können“ (ebd.: 80). Für die damit verbundene Perspektive der „Wiedergewinnung von Gemeinheit“ (Elsen 1997: 126) bzw. einer „Wiedergewinnung der Lebenswelt“ (ebd.: 168f.) ist „die Idee der ökonomischen Selbstorganisation und damit verbunden der Wiedergewinnung und Erhaltung eigenmächtiger Handlungsfähigkeit, bedarfsgerechter Versorgung und Existenzsicherung“ (ebd.) zentral. In diesem Moment besteht die wechselseitige Anschlussfähigkeit und die Basis für Kooperation zwischen einzelnen Solidarischen Ökonomien und Commons. (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 92ff.)

Im Rahmen einer erwerbsarbeitsfixierten Gesellschaft und unter Bedingungen der

Zuschreibung individuellen Versagens beim Scheitern am Lohnarbeitsmarkt leiden insbesondere diejenigen, die in diesem Prozess keinen Platz finden bzw. ausgegrenzt werden. Die Gemeinwesenökonomie zielt auf eine „Abkehr von der Fixierung auf marktvermittelte Erwerbsarbeit“ (Elsen 1997: 80) und darauf, die Menschen in einem Gemeinwesen dabei zu unterstützen, das Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit (wieder) zu gewinnen und die Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen zu erweitern. Grundlegende Momente dabei sind kooperativ-solidarisches Tätigsein sowie von- und miteinander Lernen. Als dafür notwendige Orte innerhalb eines Gemeinwesens nennt Elsen „Kristallisationspunkte, an denen Ressourcen zusammengeführt, neue Kombinationen erprobt, Visionen entwickelt und soziale Erfindungen realisiert und reflektiert werden können“ (ebd.: 81) Elsen stellt in ihrer Begründung der Gemeinwesenökonomie diverse Bezüge zu herrschafts- und entfremdungskritischen Ansätzen von Lernen, Bildung und Erziehung her. Sie verweist etwa auf Kropotkins Ansatz der *education integrale*, der auf eine Integration der Bildung ins soziale Leben setzt, die Theorie und Praxis von Gemeinwesenarbeit in *Hull House*, von dem ausgehend sich in die Gestaltung ökonomischer Handlungsvollzüge eingemischt und eigene Gemeinwesenökonomien realisiert wurden. (vgl. Abschnitt 1.3).

Den insbesondere im Kontext der Diskussion um Commons zentralen Punkt der Ausführungen Elsens stellt die Feststellung dar, dass sich der Begriff des Gemeinwesens nicht auf ein bestimmtes Territorium beschränkt, sondern das „Recht auf Gemeinheit“ (Elsen 1997: 84) für alle *gemeinen Leute / common people* beinhaltet, womit „das Gemeingut, die Grundlage gemeinsamer Bedarfsdeckung, das was allen gehört und allen nutzt“ (ebd.) gemeint ist:

„Dem Zusammenleben des gemeinen Volkes, der Gemeinschaft der Gleichen, kamen in traditionellen Gesellschaften gemeinsame Nutzungsrechte zu. Dies ist der eigentliche sozialkulturelle Sprengstoff des Verständnisses von Gemeinwesenökonomie und sein eigentliches Lernziel. Es beruht auf einem radikalen Gerechtigkeitsbegriff, der *'Verteilungsgerechtigkeit beim Zugang zu und bei der Kontrolle von Reichtum und Ressourcen'* (Cobelli 1996) meint.“ (ebd., Hervorhebung im Original)

Auf institutionelle im Sinne von organisatorische Formen, in denen solche selbstorganisierten Ansätze einer Sozialisierung des Ökonomischen praktiziert werden (können), werde ich im Folgenden eingehen.

4.3 Commons als Grundlage kooperativ-solidarischer Formen von Vergesellschaftung

Angesichts der aktuellen Entwicklungen – der Indienstnahme des ganzen Menschen, des Abbaus von sozialen Rechten (Hartz IV) und der gesellschaftlichen Exklusion einer immer größer werdenden Zahl von Menschen – gewinnt der Kampf um die Verteidigung bzw. Wiedererlangung sowohl von sozialen als auch von ökonomischen Rechten eine neue Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielen Commons und der Kampf um sie eine besondere Rolle, da auf ihrer Grundlage die Realisierung alternativer, nämlich kooperativ-solidarischer Formen der Vergesellschaftung möglich ist.

Die Möglichkeit zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe setzt eine ökonomische Fundierung wesentlich voraus. Die Existenz *von* und die gemeinschaftliche Verfügung *über* Commons(-Institutionen) und die mit ihnen einhergehende Möglichkeit zur kooperativ-solidarischen (Selbst-)Versorgung kann einen Beitrag zu dieser ökonomischen Fundierung leisten bzw. diese gewährleisten. So schützt etwa das Verfügen über Wohnraum als (genossenschaftliches) Gemeinschaftseigentum vor dessen Verlust in Krisenzeiten. Für gesellschaftliche und politische Teilhabe in der heutigen Zeit reicht jedoch der Zugang zu Commons, auf Grundlage derer sich bspw. die (Selbst-)Versorgung mit Lebensmitteln realisieren lässt, nicht aus. Darüber hinaus bedarf es auch ganz basal des offenen Zugangs zu kulturellen, informationellen und sozialen Ressourcen, auf deren Grundlage kooperativ gelernt werden kann, die kooperatives Tätigsein und die Gestaltung des Sozialen ermöglichen. Was kann das nun praktisch bedeuten?

Die Commons-Perspektive fokussiert auf die Selbstorganisation der Menschen und nicht in erster Linie auf *den* Staat oder *den* Markt. Prozesse des Erkämpfens bzw. des Verteidigens von Commons finden jedoch gleichwohl nicht in luftleeren (Frei-)Räumen statt, sondern sind immer in spezifischen Kontexten jeweils existierender ökonomischer Rahmenbedingungen und staatlicher (Macht-)Strukturen situiert, wie am Beispiel 'Park Fiction' deutlich wurde. Vermittels der staatlichen Strukturen kann eine Menge dafür getan werden, um Selbstverwaltung zu unterstützen – etwa durch das Schaffen von rechtlichen und anderen Rahmenbedingungen, die der Selbstorganisation auf Grundlage von Commons förderlich sind –, über sie kann jedoch auch eine Menge getan werden, um das Entstehen und die Entwicklung von Strukturen der

Selbstverwaltung zu be- bzw. verhindern.⁵⁹

In Abschnitt 4.3.1 werde ich mich zunächst der Frage a) nach der grundsätzlichen Bedeutung der Existenz von Institutionen für die (dauerhafte) Organisation und Sicherung von Commons und b) nach historisch und gegenwärtig vorfindlichen Formen der Institutionalisierung derartiger Vergesellschaftungsformen zuwenden.

In Abschnitt 4.3.2 werde ich die Rolle bzw. Bedeutung von Commons im Rahmen einer Transformationsstrategie beleuchten, die darauf gerichtet ist, konkrete soziale Beziehungen und die Fähigkeit zur unmittelbaren Kooperation im Gegensatz zu abstrakten entfremdeten Marktmechanismen zu stärken, *das Soziale* nicht als Ware, sondern als „einen allen zustehenden Gebrauchszusammenhang zu verstehen und einzufordern“ (Vellay 2006: 50) und „die Produktionsmittel für 'das Soziale' auf der lokalen Ebene als 'Gemeinheiten' in gebrauchsförmige Nutzung durch die BürgerInnen zu überführen“ (ebd.).

4.3.1 Die Bedeutung der Institutionalisierung alternativer Formen und Institutionen⁶⁰ der Vergesellschaftung

Das Kümern um Commons funktioniert nach bestimmten Regeln, die sich die An-eigner_innen bzw. Commoner selbst gegeben und – wenn erforderlich – in Aushandlung mit externen Akteur_innen entwickelt haben. Sowohl im Rahmen der Produktion von Freier Software als auch im Commoning in Bezug auf materielle Ressourcen sind bestimmte Formen der Organisation entwickelt worden, die sich jeweils als zweckmäßig erwiesen haben, da sie die Kooperation, Interaktion und gemeinsame Selbstorganisation fördern. Wie die Forschungen von Ostrom et al. gezeigt haben, ist für die dauerhafte Existenz eines Commons eine Institutionalisierung der Assoziation von Commonern und die Aushandlung und verbindliche Fixierung von bestimmten

⁵⁹ Am Beispiel der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Venezuela und dem dort sowohl konflikthaften als auch kooperativen Prozess einer Demokratisierung der Gesellschaft von zwei Seiten – getragen sowohl von etatistischen (sozialistischen und sozialdemokratischen) als auch autonomen Strömungen – lässt sich dieses Spannungsverhältnis und der Umgang damit untersuchen. (vgl. Azzelini 2010)

⁶⁰ Mit dem Begriff *Institution* werden „stabile, auf Dauer angelegte Einrichtungen zur Regelung, Herstellung oder Durchführung bestimmter Zwecke“ (Schubert / Klein 1997: 139) bezeichnet. Diese Einrichtungen können in bestimmten sozialen Verhaltensweisen, Normen oder Gesetzen bestehen. Als *Institution* werden jedoch auch konkrete Organisationen bezeichnet, die bestimmte Zwecke verfolgen. (vgl. ebd.) Wenn ich im Folgenden von Institutionen spreche, bezeichne ich damit auf Dauer gestellte konkrete Organisationen.

Formen der gemeinsamen Organisation entscheidend:

„In der Vergangenheit wurde oft kurzfristig in die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an lokalen Projekten investiert. Dass dies vergeblich ist, ist nicht weiter verwunderlich, denn es ist kosten- und zeitaufwändig, Probleme des kollektiven Handelns zu überwinden. Wenn es gelingen soll, müssen auf verschiedenen Ebenen – lokal, regional und national – neben der konkreten Projektarbeit auch solide Institutionen entstehen. Viele so genannte Partizipationsprogramme von Gebern, Regierungen oder Nichtregierungsorganisationen bestehen vorwiegend aus Sitzungen. Sie zielen kaum darauf ab, die Verantwortung wirklich an die Betroffenen zu übertragen. Aber nur an Sitzungen teilzunehmen ist langweilig. Es ist teuer und es lohnt sich nicht!“ (Ostrom 2011: 36)

Die Feldforschungen der Ostrom-Schule belegen zudem, „dass das Vorschreiben detaillierter Regeln [durch externe Akteur_innen, F.M.] oft weniger erfolgreich ist, als das gemeinsame Erarbeiten“ (Helfrich 2011: 14).

Die Institutionen, die zum Verwalten von kollektiv genutzten Ressourcen entwickelt wurden, waren und sind – je nach dem, um was für Ressourcen es jeweils geht und wo sie existieren – vielfältig. Eine bereits im Mittelalter weit verbreitete Form der Institution ist die der *Genossenschaft*. (vgl. Abschnitt 2.2 und Engels 1882) Sie wird von Ostrom exemplarisch in Form der Gemeindegensossenschaft des Dorfes Törbel (Schweiz) vorgestellt, dessen Bewohner_innen sie im Jahr 1483 durch Erstellung und Unterzeichnung einer Satzung gründeten. (vgl. Ostrom 1999: 79ff.) Die (Selbst-) Organisation in Genossenschaften bzw. Kooperativen ist auch im Bereich der Solidarischen Ökonomie vielfach vorzufinden und stellt in der von Elsen (1997) vorgelegten Konzeption der Gemeinwesenökonomie den zentralen Bezugspunkt dar. Das der Organisation in Form von *Genossenschaften* zugrundeliegende Prinzip ist das des *Vereins*, „sind Genossenschaften zunächst doch lediglich Vereine mit ökonomischer Zwecksetzung“ (Kunstreich 2003: 88). Dies spiegelt sich auch in ihrer rechtlichen Einordnung als *wirtschaftlicher Verein* wider. Dieses der Assoziation in Vereinen zugrundeliegende Prinzip – unabhängig von der im gegenwärtigen Bürgerlichen Gesetzbuch definierten Rechtsform – bestimmen Bühler et al. (1978) wie folgt:

„Der Verein ist [...] eine soziale Gruppe (bzw. Organisation), die sich anhand der freiwilligen, formalen, nicht ausschließenden Mitgliedschaft abgrenzt, ein gemeinsames Vereinsziel und Mitgliederhandeln aufweist, sich lokal begrenzt und dauerhaft angelegt sein soll [...] und [die] über ein gewisses Maß an 'Öffentlichkeit' verfügt.“ (Bühler et al. 1978, zit. nach Richter 1998: 217)

Auf die historische Bedeutung der Entwicklung des Vereinswesens in der Zeit der Spätaufklärung weist Richter (1998) unter Bezugnahme auf Habermas (1990) hin. (vgl. Richter 1998: 216f.) Nach Habermas hatten die in dieser Zeit etablierten Vereinigungen insbesondere durch ihre Organisationsform – freiwillige Mitgliedschaft, egalitäre Verkehrsformen, Diskussionsfreiheit, Majoritätsentscheidungen – zukunftsweisende Bedeutung, insofern „[i]n diesen gewiß noch bürgerlich exklusiv zusammengesetzten Sozietäten [...] die politischen Gleichheitsnormen einer künftigen Gesellschaft eingeübt werden [konnten]“ (Habermas 1990: 14). Die Assoziation in Form von Vereinen war jedoch nicht nur für die bürgerliche Emanzipation, sondern auch für die Arbeiter_innenbewegung bedeutsam, die sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts in einer Vielzahl von (genossenschaftlichen) (Selbsthilfe-)Vereinen organisierte. (vgl. Pelizzari/Petrioli 2001 und Abschnitt 2.2)

Richter (1998) betont die Relevanz, die die Selbstorganisation in Vereinen auch heute für die Verwirklichung einer Kommune bzw. eines Gemeinwesens und der demokratischen Vergesellschaftung ihrer Mitglieder hat bzw. haben könnte. Auch heute ist die Organisation in Form von Vereinen weit verbreitet. Abgesehen von Vereinen, die primär wirtschaftliche, berufsständische, religiöse oder überlokal politische Ziele verfolgen, lassen sich folgende Arten von Vereinen über das oben genannte Vereinsprinzip erfassen: Sportvereine, soziale Vereine, weltanschauliche und kulturelle Vereine, Traditionsvereine, Musik- und Hobbyvereine. (vgl. Richter 1998: 217) Richter kritisiert jedoch in Bezug auf freie Träger im Bereich der Sozialen Arbeit, die zu einem großen Teil ebenfalls als Vereine organisiert sind, dass sie die mit dieser Organisationsform einhergehenden Potentiale von *Mitgliedschaft* (und damit *Mitbestimmung*) der Adressat_innen und von *Selbstorganisation* nicht ausschöpfen. (vgl. ebd.: 218) Er betont die historische und nach wie vor gegebene Relevanz des Vereins und insbesondere der Vereinsprinzipien für die Sozialpädagogik und plädiert dafür, dass die „Sozialpädagogik die Rolle des Vereins explizit wahrnimmt und ihn neben Familie und Schule als gleichberechtigte und gleichgewichtige Organisation der Vergesellschaftung institutionalisiert“ (ebd.). Das Konzept der Kommunalpädagogik basiert denn auch zentral auf der Fokussierung der Institution des Vereins und der dem Verein zugrunde liegenden Prinzipien für eine auf das Gemeinwesen bzw. die Kommune ausgerichtete Soziale Arbeit. (vgl. Richter 2009)

In diesem Kontext ist auch der Vorschlag Timm Kunstreichs an die Soziale Arbeit zu sehen, zum Zweck der Umkehrung der aktuellen Tendenz das Soziale zu ökonomisieren, die Organisationsform der Sozialgenossenschaften als Mittel, das Ökonomische vom Sozialen her zu denken und zu gestalten, verstärkt in den Blick zu nehmen. (vgl. Kunstreich 2005) Er bezieht sich dabei auf den Philosophen und (Sozial-)Pädagogen Paul Natorp (1854-1924), der Anfang des 20. Jahrhunderts das Konzept einer umfassenden Räte­demokratie, die er als vielgliedriges System „wechselseitiger immer von 'unten' kontrollierter Kooperation“ (Kunstreich 2005: 120), als „Genossenschaft von Genossenschaften und sofort, bis zum umfassenden Ganzen, dem Sozialstaat“ (Natorp 1974/1988, zit. nach Kunstreich 2005: 120) konzipierte. Das Konzept der Sozialgenossenschaft skizziert Kunstreich wie folgt:

„[...] so könnte man sich vorstellen, dass jedem und jeder Jugendlichen ab einem bestimmten Alter ein Recht auf einen Genossenschaftsanteil zusteht, der Stadtteil- und/oder projektbezogen gültig ist. Über die in den Genossenschaftssatzungen vorgesehenen Organe würden Kinder und Jugendliche direkt Einfluss auf die für sie gedachten Angebote nehmen können. Fachkräfte könnten entweder selbst Mitglied in diesen Genossenschaften sein oder eine eigene professionelle Sozialgenossenschaft gründen, um mit den Jugendlichen-Quartiers- oder Projektgenossenschaften entsprechende Verträge abzuschließen. Eine derartige Vision würde nicht mehr Geld kosten, sondern Geldströme anders verteilen. Allerdings wären derartige Genossenschaften mächtiger als isolierte einzelne Jugendliche oder jugendliche Cliques. Sie wären Akteure in der 'Kampfarena' kommunaler Sozialpolitik.“ (Kunstreich 2005: 119)

Die solidarische Assoziation in Vereinen ermöglicht, genauso wie die in Genossenschaften, prinzipiell die Herausbildung einer Praxis, die „statt Konkurrenz, Auslese und Selektion Kreativität, Einmaligkeit und Reziprozität erlebbar macht“ (Kunstreich 2005: 107). In diesem Sinne wäre als Aufgabe von Gemeinwesenarbeit zu bestimmen, an bereits bestehende institutionalisierte Formen von Assoziation anzuknüpfen und beim (kooperativen) Aufbau neuer Institutionen, die es den Menschen leichter machen, vor Ort solidarisch zu kooperieren, unterstützend zu wirken.

Im Folgenden werde ich die Auseinandersetzung um ein Recht auf Gemeinheit, auf Selbstverwaltung und -organisation und die Ausweitung derartiger Strukturen im Kontext einer transformatorischen Strategie „von unten“, die auf die „Erweiterung der Verfügung über die Lebensbedingungen im allgemeinen Interesse der Erhöhung

'menschlicher' Lebensqualität“ (Holzkamp 1983) abzielt, darstellen.

4.3.2 Commons im Rahmen einer Transformationsstrategie

„[T]he commons form, like the commodity form, is first and foremost a social relation, and its most important dynamism lies in the alteration of collective logics.“
(Dyer-Witthford 2007)

Die Redaktion der Zeitschrift „Widersprüche“⁶¹ formulierte 1984 vor dem Hintergrund der Krise des keynesianischen Sozialstaats und ausgehend von einer „Kritik der sozialstaatlichen Vergesellschaftungsform und Rationalität, des spezifischen Ineinander von Hilfe und Herrschaft“ (Widersprüche-Redaktion 1984) ein Strategie- bzw. Diskussionspapier unter dem Titel „Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich!“ (vgl. ebd.). Darin wird, ausgehend von Antonio Gramscis Konzept der *Hegemonie*, eine Transformationsstrategie entworfen, die „auf einen pluralistischen 'Block' alternativer Hegemonie in Lebens- und Arbeitsformen gegen die herrschende Politik und Kultur der Angst und Ausgrenzung“ (ebd.) zielt. Als bereits praktisch gewordene Elemente einer solchen Alternative werden „soziale Beziehungen jenseits der kapitalistischen Vergesellschaftung, Verhältnisse zu Natur und Körper jenseits der Wert-Abstraktion, Produktionsbeziehungen jenseits von Geschlechterarbeitsteilung und kapitalistischen 'Produktivitäten“ (ebd.) genannt. Das diesen Elementen zugrundeliegende Prinzip wird als „selbstbestimmte Vergesellschaftung *im* Sozialstaat“ (ebd.), und damit als gegen die sozialstaatliche Hegemonie gerichtet, benannt. An diese Perspektive lässt sich mit der Orientierung auf Commons als soziale Beziehungen jenseits von Markt und Staat anknüpfen.

Wozu sich kritisch-emanzipatorische Soziale Arbeit insgesamt verhalten müsste, hat die Redaktion der Widersprüche (1984) wie folgt formuliert:

„Die Orientierung aller sozialstaatlichen Leistungen an der ideologischen Figur des leistungsbereiten Lohnarbeiters läßt jeden Menschen, der diesem Bild nicht entspricht, zu einem Menschen mit Defiziten werden. Diese Defizite müssen herrschaftlich so verwaltet und organisiert werden, daß keine Lebenssituation entstehen kann, die eine lebbare Alternative zur Lohnarbeitexistenz wäre.“ (ebd.)

Nach wie vor sind die meisten Handlungsfelder der Sozialen Arbeit in den sogenann-

61 Die „Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich“ WIDERSPRÜCHE ist 1981 aus den Informationsdiensten Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen hervorgegangen, die ihre Wurzeln u.a. in den Ende der 1960er gegründeten *Arbeitskreisen Kritische Sozialarbeit (AKS)* hatten. (vgl. Oy 2007)

ten westlichen Industriestaaten auf die Kompensation sozialer Schäden, das Leitbild der „Transformation von Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter“ (Richter 2001: 216) und die Anpassung ihrer Adressat_innen an die derzeitigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet.⁶² Angesichts der gegenwärtigen Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und einer großen Zahl langzeiterwerbsloser Personen wird das auf Lohnarbeit basierende Leitbild jedoch zunehmend brüchig. Dafür, auch heute „lebbare Alternativen zur Lohnarbeiterexistenz“ (Widersprüche-Redaktion 1984) im Hier und Jetzt zu schaffen und (bereits existierende) zu unterstützen, spricht u.a. die soziale Desintegration und tendenzielle Vereinzelung von (langzeit-)erwerbslosen Menschen unter gegenwärtigen Bedingungen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sind Perspektiven für die Verwirklichung sinnvollen kooperativen Tätigseins, das nach Maslow zu den menschlichen Grundbedürfnissen gehört (vgl. Habermann 2012: 64), bitter nötig. Darüber hinaus stellen solche „lebbaren Alternativen“, als welche Commons und Solidarische Ökonomien gelten können, einen Schritt zur Emanzipation aus der Logik von Kapitalverwertung und Unterordnung der menschlichen Bedürfnisse unter die Marktlogik dar. Darauf verweist auch Kratzwald (2011):

„Das Recht auf Commons gibt den Menschen die Verfügungsmacht über Dinge, die sie zum Leben brauchen, damit die Macht, ihr Lebensumfeld autonom zu gestalten und die Macht die Zumutungen des Kapitals zurückzuweisen, also Lohnarbeit und Versorgung über den Markt zu verweigern.“ (Kratzwald 2011)

Von einer Gemeinwesenarbeit, die nicht nur auf das Angebot von (individuellen) Hilfen, sondern auf den Aufbau von Strukturen der Veränderung gemeinsam mit Betroffenen gerichtet ist, sollte zur Förderung und Unterstützung solcher Ansätze beigetragen werden. Dafür wären die in einem spezifischen Gemeinwesen bereits existierenden kooperativen Strukturen, wie etwa Soziale Zentren, selbstverwaltete bzw -gestaltete Parks, Vereine oder Gemeinschaftsgärten, in ihren Potentialen wahrzunehmen und durch die in der Sozialen Arbeit verfügbaren Kenntnisse und Ressourcen zu fördern, sowie bei ihrer (Weiter-)Entwicklung und Ausdehnung unterstützend tätig zu werden.

Inwiefern eine solche Orientierung der Sozialen Arbeit im Konkreten realisiert wer-

⁶² Zu was für absurden Effekten diese Lohnarbeitsmarktfixierung führen kann, lässt sich beispielhaft am *Real Life Training-Center* in Hamburg sehen, in dem Erwerbslose als Trainingsmaßnahme 40-Stunden-Wochen in einem simulierten Supermarkt arbeiten (müssen). (vgl. <http://www.streifzuege.org/frohes-schaffen>)

den kann, hängt jedoch nicht zuletzt von der programmatischen Ausrichtung der jeweiligen Trägerorganisationen und der Stärke der eigenen Organisationen der in der Sozialen Arbeit Tätigen ab.⁶³

Im Rahmen einer auf die Ausweitung der Commons-Logik, d.h. der Logik der gemeinsamen Verfügung über die Lebensbedingungen, gerichteten Perspektive ist auch die Perspektive einer „Rückeroberung des Öffentlichen“ relevant. Damit ist eine Überschreitung des exemplarisch bei Hardin (1968) zu findenden hegemonialen konzeptuellen Dualismus von Markt und Staat gemeint, bei dem *öffentlich* mit *im Eigentum des Staates* oder mit *vom Staat organisiert* gleichgesetzt und als einzige Alternative dazu die über den Markt vermittelte privatwirtschaftliche Organisation von Dienstleistungen und Produktion gesehen wird. Wie ich oben gezeigt habe, bildeten Commons in der Geschichte stets die Grundlage für die Öffentlichkeit der Besitzlosen. An/In ihnen wurden Fragen öffentlichen (im Sinne von gemeinsamen) Interesses von allen Menschen, die sich an der Gestaltung eines Gemeinwesens beteiligen, und nicht von der Obrigkeit bearbeitet. (vgl. Kratzwald 2012: 81) Ein derartiges „Verständnis des Öffentlichen umfasst auch die Aspekte der Aneignung und Selbstermächtigung und bestimmt 'das Öffentliche' als Ort des Commoning“ (ebd.). Den Sozialstaat aus Perspektive der Commons neu zu denken, würde heißen, aus der Privatheit hervorzutreten und sich kooperativ den Staat und das Öffentliche wieder anzueignen, „wobei Staat alle Verwaltungsebenen umfasst, auch Bundesländer und Gemeinden. Das heißt, dass wir uns wieder als Teil der Öffentlichkeit verstehen müssen, in der Politik gemacht wird.“ (ebd.: 81f.) Dass die Mitglieder eines Gemeinwesens beispielsweise über konkrete Projekte der Stadtgestaltung, die sie direkt betreffen, entscheiden könnten, ist gegenwärtig nicht vorgesehen und keine gängige Praxis. Der Anspruch auf die Realisierung eines Commons – wie z.B. eines von den Anwohner_innen selbstverwalteten Parks anstelle des Verkaufs des Geländes und seiner Bebauung – ist daher unter den Bedingungen neoliberaler Standortpolitik alles andere als einfach durchzusetzen und bedarf bis zur tatsächlichen (Rück-) Eroberung des öffentlichen Raumes sozialer Bewegung(en), jahrelanger Arbeit, Initiative und Einmischung.

⁶³ In diesem Kontext ist die potentielle Bedeutung der (Selbst-)Organisation der in der Sozialen Arbeit Tätigen, etwa in den seit 2005 wieder verstärkt gegründeten Arbeitskreisen Kritischer Sozialer Arbeit, zu betonen. (vgl. <http://www.kritischesozialarbeit.de/>)

Auf der Grundlage von existierenden Commons, die jedoch einer verbindlichen Institutionalisierung bedürfen, um dauerhaft in dieser Form existieren zu können, sind tendenziell auch „neue, substanziellere Formen der Demokratie“ (Exner/Kratzwald 2012: 24) realisierbar, da die Verwaltung von Commons auch die Entscheidungsgewalt über die Nutzung von Ressourcen beinhaltet. Dies wird etwa im Kontext der aktuellen stadtpolitischen Auseinandersetzungen um Fragen der Gestaltung und Entwicklung der Stadt deutlich. Die Grenzen der neoliberalen Stadtentwicklung nach dem Programm der Stadt als Standort im internationalen Wettbewerb werden in dem Ausmaß deutlich, in dem „weiße Flecken als kapitalistisches 'Niemandland'“ (Vellay 2006: 41) aus Leerständen und untergenutzten Grundstücken entstehen – Bereiche, die unter Aspekten der Verwertungslogik als nicht profitabel gelten und daher aus der Wertschöpfung herausfallen. Vor diesem Hintergrund und an diesen Orten können „die Kooperationsmodi jenseits der Warenform ausgehandelt werden, um Gesellschaftlichkeit 'neu zu erfinden'. In dieser Zone des Übergangs entstehen bereits heute frühe Praxisformen einer post-kapitalistischen Gesellschaft, oftmals umgeben von fortgesetztem Niedergang und wachsender Verelendung.“ (ebd.) In diesem Kontext etwa Wohnraum nicht in erster Linie unter Maßstäben des Privateigentums und dessen tauschwertbezogener profitabler Verwertung, sondern als Commons zu betrachten, würde einige weitreichende Konsequenzen mit sich bringen. Derart geriete nämlich die Frage der realen Nutzung von Wohnraum (der *Besitz*) im Gegensatz zum vermeintlich selbstverständlichen juristischen Rechtsverhältnis *Privateigentum* in den Blick, und es würden andere Formen der Vergabe von und Verfügung über Wohnraum als die derzeit üblichen denk- und artikulierbar. (vgl. Interventionistische Linke 2012: 11f.) Um solche und vergleichbare Perspektiven nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch voranzubringen, braucht es soziale Bewegung(en). Soziale Arbeit kann diese nicht initiieren, gleichwohl kann sie auf unterschiedliche Weise zur Entwicklung günstiger(er) bzw. unterstützender(er) Rahmenbedingungen beitragen.

5. Schlussbemerkungen

Ziel dieser Arbeit war es, die Bedeutung von Commons für die Soziale Arbeit herauszuarbeiten und zu zeigen, welche Relevanz die aktuelle (theoretische) Debatte und (praktische) Auseinandersetzung um Commons für Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit *im Allgemeinen* und für eine sich als kritisch-emanzipatorisch verstehende *im Besonderen* hat.

Die Anschlussfähigkeit der Auseinandersetzung um Commons an die Theoriediskussion der Gemeinwesenarbeit *insgesamt* lässt sich unter Verweis auf die drei von Fabian Kessl (2005) bestimmten allgemeinen und ansatzübergreifenden Zieldimensionen von Gemeinwesenarbeit – *(Wieder-)Herstellung von Gemeinschaftlichkeit, Veränderung* und *Selbststeuerung* – zusammenfassend verdeutlichen. Kessl (2005) weist darauf hin, dass sich sowohl in konservativen als auch in liberalen und linken Programmatiken von Gemeinwesenarbeit (inhaltlich unterschiedlich gefüllte) Bezüge zu *gemeinschaftlichen Zusammenhängen* finden, welche jeweils *neu* bzw. *wieder* hergestellt werden sollen: Sei es 1) in normalisierender und auf Anpassung an die vorherrschende Normalität gerichteter Absicht, 2) mit der Perspektive auf erweiterte Partizipation und Beteiligung der Bürger an der Gestaltung ihres Stadtteils oder 3) mit der Zielsetzung der kollektiven solidarischen Assoziation von Betroffenen zur widerständigen Artikulation ihrer Interessen. Die Perspektive der *Veränderung* kann ebenfalls als eine den verschiedenen Ansätzen von Gemeinwesenarbeit zugrundeliegende ausgemacht werden, sei es als „Verbesserung der Lebensverhältnisse“ (Bitzan/Klöck 1994: 5, zit. nach Kessl 2005), als Öffnung von „Zugänge[n] zu einer gesellschaftlichen Teilhabe“ (Rathgeb 2005: 331, zit. nach Kessl 2005) oder als „Ermöglichung von Befreiungsprozessen aus Abhängigkeiten“ (Elsen 1998: 274, zit. nach Kessl 2005). Auch die Zieldimension der *Selbststeuerung* lässt sich – unterschiedlich artikuliert – in den Theoriediskussionen der Gemeinwesenarbeit identifizieren: als „*Aktivierung* der Menschen, mit denen GWA arbeitet“ mit dem Ziel sie „zu Subjekten politisch aktiven Lernens und Handelns zu machen“ (Oelschlägel 2001: 66, zit. nach Kessl 2005, Hervorhebung: F.M.), oder etwa mit der Formulierung von „*Selbstbestimmung* der AdressatInnen“ als „Leitprinzip“ (May 1997: 26, zit. nach Kessl 2005, Hervorhebung: F.M.).

Mit dieser Bestimmung allgemeiner Zieldimensionen von Gemeinwesenarbeit lässt sich jedoch noch keine Aussage darüber treffen, in welcher Weise sie in der konkreten Praxis verfolgt bzw. in was für einer Ausrichtung von Gemeinwesenarbeit sie realisiert werden. Letztlich ist die jeweilige programmatische Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit immer als „eine politische Entscheidung“ (ebd.) zu begreifen, an deren konkreter Ausgestaltung in unterschiedlichem Maße sowohl die Verantwortlichen im politischen und administrativen System, die professionellen Sozialpädagog_innen und Sozialarbeiter_innen als auch die Adressat_innen und Nutzer_innen von Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit beteiligt sind.

Mit der Theorie und Praxis von Commons geraten ebenfalls diese drei Zieldimensionen in den Blick. Meretz (2012) schreibt Commons und dem sie konstituierenden Prozess des Commoning „strukturelle *Gemeinschaftlichkeit*“ bzw. „strukturelle Inklusion“ zu und stellt sie der „strukturellen Exklusion“, die er als zentralen Aspekt der Marktlogik identifiziert, gegenüber. (vgl. Meretz 2012: 61ff.) Commons als sozialem Verhältnis wird sowohl im Hinblick auf die spezifischen Formen von Institutionen, die zu ihrer Nutzung und Pflege geschaffen wurden, als auch im Hinblick auf die ihnen zugrundeliegenden Logik in Konzepten einer *Veränderung* bzw. Transformation der Gesellschaft in Richtung einer Erweiterung der Verfügung der Menschen über ihre Lebensbedingungen und einer Demokratisierung eine wichtige Rolle bei gemessen. Dies wird etwa bei Siefkes (vgl. Siefkes 2009b und 2009c) deutlich, der unter Bezugnahme auf Dyer-Witford (2007) das Konzept einer commonsbasierten Gesellschaft entwickelt und begrifflich als *Commonismus* fasst. In Bezug auf die Zieldimension *Selbststeuerung* wird der Bezug zur Theorie der Commons und der Forschungen in diesem Bereich, wie sie in Abschnitt 2.3 exemplarisch an den Arbeiten von Ostrom (1999) und Benkler (2006) gezeigt wurden, unmittelbar deutlich, ist doch das gemeinschaftliche Verwalten, Gestalten und Schaffen von bestimmten Ressourcen durch Nutzer_innenorganisationen zentraler Gegenstand dieser Forschungen.

Commons – einerseits als konkrete Praxis, andererseits als strategischer Diskurs – im Verbund mit Formen der solidarischen (Gemeinwesen-)Ökonomie können dergestalt auch einen sinnvollen Bezugspunkt für kritisch-emanzipatorische Soziale Arbeit darstellen, die als ihre Aufgabe die Unterstützung bei kritischer Vergesellschaftung, d.h.

der (gemeinsamen) Erweiterung der Verfügung über die Lebensbedingungen, begreift. In einem ersten Schritt können sowohl Commons als auch Formen der solidarischen Ökonomie dazu beitragen, die Abhängigkeit von Lohnarbeit zu verringern und Möglichkeiten zur Selbstermächtigung und gesellschaftlichen Teilhabe jenseits der Warenlogik zu vergrößern. Darüber hinaus können sie jedoch auch zur Konstituierung neuer Formen sozialer Beziehungen beitragen, die nicht-markt- und tauschvermittelte Formen des Umgangs und der Gestaltung des Sozialen und Ökonomischen denk- und (er-)lebbar machen. Wie am Beispiel des 'Park Fiction' gezeigt wurde, kann Gemeinwesenarbeit wertvolle Beiträge zum Schaffen neuer Commons leisten. Sie kann und sollte jedoch gleichermaßen die Konsolidierung und Weiterentwicklung bereits existierender Commons als Formen der selbstorganisierten Vergesellschaftung von Menschen unterstützen. Sowohl Commons als auch Formen der solidarischen Ökonomie können zwar „ko-optiert, instrumentalisiert werden, [wie beispielhaft am Projekt 'Park Fiction' deutlich wurde, F.M.] sie haben aber [...] auch emanzipatorisches Potenzial und sie können ein Ausgangspunkt für eine zukünftige Gesellschaftsform oder Produktionsweise sein“ (Kratzwald 2011). Commons lassen sich in Bezug auf gesellschaftliche Veränderung mit Kratzwald (2011) zwei Funktionen zuordnen: Einerseits können sie als „Denkmodell für eine andere Produktionsweise und Vergesellschaftungsform“ (ebd.) dienen und andererseits als „Instrument dazu, dorthin zu kommen, weil sie den Commoners, also den Menschen, die sie herstellen, nutzen und erhalten, mehr Macht geben, also gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern können“ (ebd.). Commons können insofern als „Keimzellen [betrachtet werden], in denen durch soziale Kooperation 'Macht zu...' [im Unterschied zu 'Macht über', F.M.] entsteht – die *einzig*e Basis, die es Menschen ermöglicht, ihre Macht [...] zu vervielfältigen – wenn sie grenzüberschreitende Netzwerke von Commons schaffen und sich der 'Macht des Kapitals über' die Commons entgegenstellen“ (de Angelis 2012: 234, Hervorhebung im Original). Gemeinwesenarbeit kann dazu beitragen, dass derartige Vergesellschaftungsformen ausgebaut und auf Dauer gestellt werden (können), indem sie sich bspw. (mit) dafür engagiert, dass die institutionellen Grundlagen von Commons rechtlich anerkannt und legitimiert werden. In dem Maße, in dem es gelingt, die Gesellschaft (und damit auch die Wirtschaft) nach den Prinzipien der freien Kooperation zu gestalten und auf diese

Weise die aktuelle „halbierte Demokratie, die sich auf die Politik und den Staat beschränkt, zur gesellschaftlichen Demokratie“ (Fisahn 2010: 238) zu machen, kann gegen die „Kolonisierung der Lebenswelt“ (Habermas) – das Übergreifen der gegenwärtigen ökonomischen Rationalität von Konkurrenz und Verwertung auf alle Lebensbereiche – eine Stärkung der Lebenswelt (im Habermas'schen Sinne) und ihrer Logik des verständigungsorientierten Handelns gegen die zweckrationale Logik des Systems erreicht werden.

Commons, genauso wie Ansätze Solidarischer (Gemeinwesen-)Ökonomie, stellen insofern eine *konkrete Utopie* im Sinne Ernst Blochs dar, als sie innerhalb des Möglichkeitshorizonts der bestehenden Gesellschaft liegen und gleichzeitig (weit) über sie hinaus weisen. Die Bedeutung einer solchen Perspektive – nicht nur für die Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit – ist nicht zu unterschätzen, denn wenn „die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste der Banalität und Ratlosigkeit aus“ (Habermas 1985, zit. nach Oelschlägel 2005: 277). Commons und die Commons-Perspektive können ein Mittel zu ihrer (Wieder-)Begründung bzw. Rekultivierung darstellen.

Danksagung

Für anregende Gespräche und konstruktive Kritik im Zuge des Verfassens dieser Arbeit möchte ich mich insbesondere bei Johannes Euler und Sinah Mielich bedanken. In Bezug auf das Projekt 'Park Fiction' haben mir die Gespräche mit Axel Wiest und Sabine Stövesand sehr geholfen. Meinen Dank aussprechen möchte ich außerdem allen Autor_innen, die der Allgemeinheit ihre Publikationen in digitaler Form zur Verfügung gestellt haben.

6. Literatur

(Auf alle Online-Quellen wurde zuletzt am 02.05.2013 zugegriffen.)

AG Park Fiction (1998): *Aufruhr auf Ebene p*. In: Babias, Marius/Könneke, Achim (Hrsg.): *Die Kunst des Öffentlichen*. Amsterdam/Dresden: Verlag der Kunst, S. 122-131. (Online: <http://www.parkfiction.org/2006/01/111.html>)

An Architektur (2002): *Material zu Henri Lefèbvre, Die Produktion des Raums*. Heft 1, Berlin. (Online: http://www.anarchitektur.com/aa01_lefebvre/aa01_lefebvre.pdf)

An Architektur (2010): *On the Commons: A Public Interview with Massimo de Angelis and Stavros Stavrides*. Heft 23, Berlin. (Online: <http://www.e-flux.com/journal/on-the-commons-a-public-interview-with-massimo-de-angelis-and-stavros-stavrides/>)

Azzelini, Dario (2010): *Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune – Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela*. Hamburg: VSA.

Benkler, Yochai (2002): *Coase's Penguin, or, Linux and The Nature of the Firm*. Abstract. (Online: <http://www.benkler.org/CoasesPenguin.html>)

Benkler, Yochai (2006): *The Wealth of Networks - How Social Production Transforms Markets and Freedom*. Yale: University Press. (Online: http://www.benkler.org/Benkler_Wealth_Of_Networks.pdf)

Blair, Tony/Schröder, Gerhard (1999): *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 7/1999, Berlin, S. 887-896. (Online: <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html>)

Boehnisch, Lothar (1996): *Pädagogische Soziologie: eine Einführung*. Weinheim u.a.: Beltz Juventa.

Boulet, J. Jaak/Krauss, E. Jürgen/Oelschlägel, Dieter (1980): *Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip - Eine Grundlegung*. Bielefeld: AJZ - Druck und Verlag.

Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Buestrich, Michael/Wohlfahrt, Norbert (2008): *Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 12-13/2008, Frankfurt a.M.: Societäts-Verlag. (Online: <http://www.bpb.de/apuz/31339/die-oekonomisierung-der-sozialen-arbeit?p=all>)

Butterwegge, Christoph (2008): *Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik*. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf:

Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, S. 135-219.

Candeias, Mario (2004): *Erziehung der Arbeitskräfte - Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen Workfare-Staat*. In: UTOPIE kreativ, Heft 165/166, Berlin, S. 589-601. (Online: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/165_166-candeias.pdf)

Czenki, Margit (1999): *Park Fiction – die Wünsche werden die Wohnung verlassen und auf die Straße gehen*. Film, Hamburg, 61 Min.

de Angelis, Massimo (2006): *Introduction*. In: The Commoner, Heft 11. (Online: <http://www.commoner.org.uk/index.php?p=24>)

de Angelis, Massimo (2012): *Krise, Kapital und Vereinnahmung - braucht das Kapital die Commons?*. In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript, S. 227-235. (Online: http://www.transcript-verlag.de/oa_access/201305051909382013409477/ts2036_oa_content.pdf)

De Sario, Beppe (2012): *Soziale Veränderung und Jugendbewegung in den 1980er Jahren in Italien: Der Fall der besetzten und selbstverwalteten Jugendzentren (centri sociali)*. In: Balz, Hanno / Friedrichs, Jan-Henrik (Hrsg.): *'All We Ever Wanted...' - Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre*, Berlin: Dietz, S. 73-89. (Online: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_98.pdf)

Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (2005): *Das sozialräumliche Muster in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit*. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*. Wiesbaden: VS Verlag, 3. Auflage, S. 217-229.

Dyer-Witheford, Nick (2007): *Commonism*. In: *Turbulence - Ideas For Movement*, Heft 1. (Online: <http://turbulence.org.uk/turbulence-1/commonism/>)

Elsen, Susanne (1997): *Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung?*. Neuwied: Luchterhand.

Elsen, Susanne (2007): *Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung*. Weinheim u.a.: Juventa.

Elsen, Susanne (2011a): *Jane Addams - Demokratie, soziale Teilhabe und ökosoziale Entwicklung*. In: Elsen, Susanne (Hrsg.): *Ökosoziale Transformation - Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens*. Neu-Ulm: AG SPAK, S. 21-46.

Elsen, Susanne (2011b): *Solidarische Ökonomie, die Wiederentdeckung der Commons und die ökosoziale Entwicklung des Gemeinwesens*. In: Elsen, Susanne (Hrsg.): *Ökosoziale Transformation - Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des*

Gemeinwesens. Neu-Ulm: AG SPAK, S. 90-114.

Engelmann, Dorothea (2011): *Charakteristik und Entwicklungslinien von Genossenschaften*. Auszug aus der Diplomarbeit *Welches Potenzial haben Formen solidarischer Ökonomie zur Bewältigung von Armut und Ausgrenzung und welchen Einfluss können sie auf die Gemeinwesenentwicklung nehmen? (Betrachtung am Beispiel der Stadtteilgenossenschaft)*. (Online: <http://www.stadtteilarbeit.de/handlungsfelder/genossenschaften-stadtteil/349-entwicklungslinien-genossenschaften.html>)

Engels, Friedrich (1882): *Die Mark*. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*, Band 19, Berlin: Dietz 1962, S. 315-330. (Online: http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_315.htm)

Engels, Friedrich (1892): *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*, Band 21, Berlin: Dietz 1962. S. 85-97. (Online: http://www.mlwerke.de/me/me21/me21_025.htm)

Exner, Andreas (2006): *Vom Ende der Ware. Theoretische Kritik und emanzipatorische Praxis*. In: Stiftung Fraueninitiative / Möller, Carola / Peters, Ulla / Vellay, Irina (Hrsg.): *Dissidente Praktiken - Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer, S. 244-269.

Exner, Andreas/Kratzwald, Brigitte (2012): *Solidarische Ökonomie & Commons*. Wien: mandelbaum.

Fisahn, Andreas (2010): *Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte - Argumente für eine postkapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft*. Köln: PapyRossa.

Flieger, Burghard (2003): *Sozialgenossenschaften. Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft*. Neu-Ulm: AG SPAK.

Freie und Hansestadt Hamburg (2002): *Leitbild: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt*. (Online: http://www.wachsender-widerstand.de/wachsende_stadt.pdf)

Gehrig, Thomas (2011a): *Commons auf Utopia*. In: *express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, 5/2011. (Online: <http://www.linksnet.de/de/artikel/26662>)

Gehrig, Thomas (2011b): *Ideen gemeinschaftlicher Produktion zu Zeiten des Fabriksystems: Der Philanthrop Robert Owen*. In: *express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*, 7/2011. (Online: <http://www.who-owns-the-world.org/wp-content/uploads/2011/10/Ideen-gemeinschaftlicher-Produktion-zu-Zeiten-des-Fabriksystems-1+2-end.pdf>)

Gemeinwesenarbeit St. Pauli Süd e.V. (2005[?]): *30 Jahre GWA*. Hamburg.

GWA St. Pauli (o.J.): *GWA - Was ist das?*. Hamburg. (Online: http://www.gwa-stpauli.de/fileadmin/img/dokumente/GWA_Was-ist-das.pdf)

Habermann, Friederike (2012): *Enjoy it! Ecommony als Wegweiser für besseres Wirtschaften*. In: *Denknetz Jahrbuch 2012 - Auf der Suche nach Perspektiven*. Zürich: Edition8. (Online http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Habermann_Denknetz_Jahrbuch_2012.pdf)

Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. (Orig. 1962) ergänzt mit Vorwort zur Neuauflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hamington, Maurice (2010): *Community Organizing: Addams and Alinsky*. In: Hamington, Maurice (Hrsg.): *Feminist Interpretations of Jane Addams*. Penn State Press. (Online: <http://www.philosophy.uncc.edu/mleldrid/SAAP/MSU/P04R.html>)

Hardin, Garrett (1968): *The Tragedy of the Commons*. In: *Science*, Heft 162, S. 1243-1248. (Online: <http://www.sciencemag.org/content/162/3859/1243.full.pdf>)

Hardin, Garrett (1998): *Extension of The Tragedy of the Commons*. In: *Science*, Heft 280, S. 682-683. (Online: <http://www.sciencemag.org/content/280/5364/682.short>)

Helfrich, Silke/Kuhlen, Rainer/Sachs, Wolfgang/Siefkes, Christian (2009a): *Gemeingüter: Wohlstand durch Teilen*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. (Online: http://www.boell.de/downloads/Gemeingueter_Report_Commons.pdf)

Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2009b): *Wem gehört die Welt ? - Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. München: oekom. (Online: http://www.boell.de/downloads/economysocial/Netzausgabe_Wem_gehoert_die_Welt.pdf)

Helfrich, Silke/Haas, Jörg (2009c): *Gemeingüter: Eine große Erzählung*. In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2009): *Wem gehört die Welt ? - Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. München: oekom, S. 251-267. (Online: http://www.boell.de/downloads/economysocial/Netzausgabe_Wem_gehoert_die_Welt.pdf)

Helfrich, Silke (2011): *Einführung. Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht*. In: Ostrom, Elinor: *Was mehr wird, wenn wir teilen - Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*. München: oekom, S. 11-19.

Helfrich, Silke (2012): *Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht*. In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript, S. 85-91. (Online: http://www.transcript-verlag.de/oa_access/201305051909382013409477/ts2036_oa_content.pdf)

Hinte, Wolfgang/Karas, Fritz (1998): *Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit: eine Einführung für Ausbildung und Praxis*. Neuwied: Luchterhand.

- Hinte, Wolfgang (1997): *Management mit Charme - Kommunikation in der Gemeinwesenarbeit*. In: Ries, Heinz/Elsen, Susanne/Steinmetz, Bernd/Homfeldt, Hans Günther (Hrsg.): *Hoffnung Gemeinwesen*. Neuwied: Luchterhand.
- Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim/Steinert, Heinz (2012): *Umriss eines Konzepts von Sozialpolitik als Infrastruktur*. (Online: http://www.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_sozipol.html)
- Holzkamp, Klaus (1983): *Grundlegung der Psychologie*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Illich, Ivan (1982): *Vom Recht auf Gemeinheit*. Reinbek: Rowohlt.
- Interventionistische Linke (2012): *Vergesellschaftung*. (Online: http://www.avanti-projekt.de/sites/default/files/vergesellschaftung_il-web.pdf)
- Jehle, Peter (2001): *Gemeinwesen*. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 5, Hamburg: Argument, Spalte 189-200.
- Kaindl, Christina (2007): *Vorwort*. In: Kaindl, Christina (Hrsg.): *Subjekte im Neoliberalismus*. Marburg: BdWi.
- Kessl, Fabian (2005): *Anerkannt und angepasst? Zur programmatischen Bestimmung der Gemeinwesenarbeit*. In: Lutz, Ronald (Hrsg.): *Befreiende Sozialarbeit. Skizzen einer Vision*. Oldenburg: Paulo Freire Verlag. (Online und zitiert nach: sozialraum.de, Ausgabe 1/2011, <http://sozialraum.de/anerkannt-und-angepasst.php>)
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): *Die (sozialpädagogische) Rede von der Sozialraumorientierung*. In: *Sozialraum - Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 37-55.
- Krätke, Stefan (2001): *Gemeinwirtschaft*. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 5, Hamburg: Argument, Spalte 209-215.
- Kratzwald, Brigitte (2011): *Mit Commons Machtverhältnisse verändern*. Beitrag zur Tagung „COM’ ON! - Die alte Eigentumswelt dreht sich“ (10.02.2011). (Online: <http://keimform.de/2011/mit-commons-machtverhaeltnisse-veraendern/>)
- Kratzwald, Brigitte (2012): *Commons und das Öffentliche - Wem gehören öffentliche Dienstleistungen?*. In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript, S. 79-84. (Online: http://www.transcript-verlag.de/oa_access/201305051909382013409477/ts2036_oa_content.pdf)

Kunstreich, Timm (2003): *Gleich, frei und anders. Zugänge zur Pädagogik des Sozialen*. In: Peters, Lutz/Coelen, Thomas/Mohr, Elisabeth (Hrsg.): *Kommune heute. Lokale Perspektiven der Pädagogik*. Frankfurt a.M.: Lang, S. 81-89.

Kunstreich, Timm (2005): *Sozialgenossenschaften - ein Versuch, eine kooperative Vergesellschaftung im kapitalistischen Sozialstaat zu denken*. In: Widersprüche - Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 97, München: Kleine, S. 105-122.

Lefebvre, Henri (1968): *Le droit à la ville*. Paris: Anthropos.

Lefebvre, Henri (1977): *Die Produktion des städtischen Raums*. In: ARCH+, Heft 34, 1977. Gekürzt republiziert in: An Architektur (2002): *Material zu Henri Lefebvre, Die Produktion des Raums*. Heft 1, Berlin, S. 4-20. (Online: http://www.anarchitektur.com/aa01_lefebvre/aa01_lefebvre.pdf)

Lefebvre, Henri (1990): *Die Revolution der Städte*. Frankfurt a.M.: Anton Hain. (Orig. 1970; Online: http://www.offene-uni.de/archiv/textz/textz_phil/lefebvre_revo_stadt.txt)

Lefebvre, Henri (1991): *The Production of Space*. Oxford: Blackwell (Orig. 1974).

Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Berlin/Hamburg: Argument.

Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen: der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: Transcript.

Lewitsky, Uwe (2005): *Kunst für alle? Kunst im öffentlichen Raum zwischen Partizipation, Intervention und Neuer Urbanität*. Bielefeld: Transcript.

Linebaugh, Peter (2008): *The Magna Carta Manifesto - Liberties and Commons for All*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.

Linebaugh, Peter/Rediker, Marcus (2008): *Die vielköpfige Hydra - Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks*. Berlin/Hamburg: Assoziation A.

Linebaugh, Peter (2012): *Commons: Von Grund auf eingehegt*. In: Helfrich, Silke/ Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript, S. 79-84. (Online: http://www.transcript-verlag.de/oa_access/20130409190509462683487/ts2036_oa_content.pdf)

Lohse, Rebecca/Jörg, Steffen (2010): *Stadtteilkultur goes Recht auf Stadt?!*. In: Stadtkultur Magazin, Ausgabe 12. (Online: <http://www.gwa-stpauli.de/index.php?id=175>)

Lutz, Tilman (2010): *Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs - Jugendhilfe und ihre*

Akteure in postwohlfahrtstaatlichen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag.

Lynen von Berg, Heinz (2010): *Theoretische und methodische Grundlagen und Überlegungen zur Wertebildung in der Gemeinwesenarbeit*. In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten/Lynen von Berg, Heinz (Hrsg.): *Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune: Bilanz und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 265-288.

Marx, Karl (1844): *Kritische Randglossen zu dem Artikel 'Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen' (Vorwärts! Nr. 60)*, erschienen in „Vorwärts!“ Nr. 63. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*. Berlin: Dietz, Band 1, 1976, S. 392-409. (Online: http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_392.htm)

Marx, Karl (1865): *Lohn, Preis und Profit*. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*. Berlin: Dietz, Band 16, 1962, S.103-152. (Online: http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_101.htm)

Marx, Karl (1867): *Das Kapital, Band 1*. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*. Berlin: Dietz, Band 23, 1968. (Online: http://www.mlwerke.de/me/me23/me23_741.htm)

Marx, Karl (1868): *Brief an Friedrich Engels, 25. März 1868*. (Online: <http://www.dearchiv.de/php/dok.php?archiv=mew&brett=MEW032&fn=51-53.32&menu=mewinh>)

May, Michael (1997): *Gemeinwesenarbeit als Organizing nicht nur von Gegenmacht, sondern auch von Erfahrung und Interessen*. In: Widersprüche - Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 65, München: Kleine, S. 13-31.

May, Michael (2001): *Gemeinwesenarbeit*. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 5, Hamburg: Argument, Spalte 201-209.

Mennicke, Christiane (2002): *Documenta 11 Platform5 Kurzführer - Park Fiction*. (Online: <http://www.parkfiction.org/2006/01/109.html>)

Meretz, Stefan (2010): *Einschluss statt Ausschluss - Commons jenseits des Kapitalismus*. In: iz3w - Zeitschrift zwischen Nord und Süd, Heft 322. (Online: <http://keimform.de/2010/einschluss-statt-ausschluss/>)

Meretz, Stefan (2011): *Commons-basierte Peer-Produktion*. In: spw - Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 182, 1/2011. (Online: http://spw.de/data/spw_182_meretz.pdf)

Meretz, Stefan (2012): *Ubuntu-Philosophie. Die strukturelle Gemeinschaftlichkeit der Commons*. In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript, S. 58-65. (Online: <http://www.transcript->

[verlag.de/oa_access/201305051909382013409477/ts2036_oa_content.pdf](http://www.transcript-verlag.de/oa_access/201305051909382013409477/ts2036_oa_content.pdf))

Möller, Carola (1998): *Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten*. In: Das Argument, Heft 226, Hamburg: Argument, S. 469-486.

Müller, Wolfgang C. (2006): *Wie Helfen zum Beruf wurde - Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit*. 4. Auflage = Neuausgabe, Weinheim u.a.: Juventa.

Müller, Christa (2012): *Reiche Ernte in Gemeinschaftsgärten*. In: Helfrich, Silke/ Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript, S. 267-272. (Online: http://www.transcript-verlag.de/oa_access/201305051909382013409477/ts2036_oa_content.pdf)

Nullmeier, Frank (2004): *Vermarktlichung des Sozialstaats*. In: WSI-Mitteilungen, 9/2004, S. 495-500. (Online: http://www.boeckler.de/wsimit_2004_09_nullmeier.pdf)

Nuss, Sabine (2006): *Copyright & Copyriot – Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Oelschlägel, Dieter (2001): *Gemeinwesenarbeit*. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (2001): *Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik*, 2. Auflage, Neuwied: Luchterhand, S. 653-659.

Oelschlägel, Dieter (2005): *Repolitisierung der Gemeinwesenarbeit?*. In: Störch, Klaus (Hrsg.): *Soziale Arbeit in der Krise - Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit*, Hamburg: VSA.

Ostrom, Elinor (1999): *Die Verfassung der Allmende: jenseits von Staat und Markt*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Ostrom, Elinor (2011): *Was mehr wird, wenn wir teilen - Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*. München: oekom.

Oy, Gottfried (2007): *Spurensuche Neue Linke - Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links*. In: trend Onlinezeitung, 04/2007. (Online: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0407/t200407.html>)

Park Fiction (2005): *Presseerklärung*. (Online: <http://web.archive.org/web/20060707202653/http://parkfiction.org/eroeffnung/index.html>)

Park Fiction (2006): *Skateboarding im Park Fiction?, Briefwechsel*. (Online: <http://www.parkfiction.org/2006/07/146.html>)

Pelizzari, Alessandro/Petrioli, Alexis (2001): *Genossenschaft*. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 5, Hamburg:

Argument, Spalte 280-294.

Penke, Swantje (2009): *Soziale Arbeit in Bewegung – Die „Arbeitskreise Kritische Sozialarbeit“ gestern und heute*. In: Wagner, Leonie (Hrsg.): *Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 192-206.

Ptak, Ralf (2008): *Grundlagen des Neoliberalismus*. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: *Kritik des Neoliberalismus*, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, S. 13-86.

Richter, Helmut (1998): *Sozialpädagogik - Pädagogik des Sozialen. Grundlegungen - Institutionen - Perspektiven der Jugendbildung*. Frankfurt a.M.: Lang. (Online: <http://epb.uni-hamburg.de/files/SOZP%C3%84D.pdf>)

Richter, Helmut (2001): *Kommunalpädagogik. Studien zur interkulturellen Bildung*. Frankfurt a.M. u.a.: Lang. (Online: <http://www.epb.uni-hamburg.de/files/KP.pdf>)

Richter, Helmut (2009): *Kommunalpädagogik*. In: Mührel, Eric / Birgmeier, Bernd (Hrsg.): *Theorien der Sozialpädagogik - ein Theorie-Dilemma?*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 273-286.

Rilling, Rainer (2001): *Virale Eigentumsmuster*. In: Lohmann, Ingrid/Rilling, Rainer (Hrsg.): *Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft*, Opladen: Leske + Budrich, S.303-313. (Online: <http://www.rainer-rilling.de/texte/eigentumsmuster.htm>)

Rilling, Rainer (2011): *Linke & Commons & Öffentliches*. Beitrag zur Tagung „COM' ON! - Die alte Eigentumswelt dreht sich“ (10.02.2011). (Online: <http://keimform.de/2011/linke-commons-oeffentliches/>)

Schabdach, Michael (2011): *Prävention statt Repression? Anmerkungen zum Verhältnis von Kriminalprävention und Punitivität*. In: Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): *Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 297-317.

Schäfer, Christoph (2004): *Die Stadt ist ungeschrieben*. In: Mennicke, Christiane/Wagler, Silke (Hrsg.): *Kunst im Stadtraum - Hegemonie und Öffentlichkeit*. Dresden: DresdenPostplatz/b-books. (Online: <http://www.parkfiction.org/2006/07/134.html>)

Schreier, Maren (2011): *Gemeinwesenarbeit (re-)politisiert!?*. In: sozialraum.de, Ausgabe 1/2011. (Online: <http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-re-politisiert.php>)

Schubert, Klaus/Klein, Martina (1997): *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.

Siefkes, Christian (2009a): *Beitragen statt Tauschen: Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software*. Neu-Ulm: AG SPAK. (Online: <http://peerconomy.org/text/peer-oekonomie.pdf>)

Siefkes, Christian (2009b): *Ist Commonismus Kommunismus? - Commonsbasierte Peer-Produktion und der kommunistische Anspruch*. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 155. (Online: <http://peerconomy.org/text/prokla-commonismus.pdf>)

Siefkes, Christian (2009c): *Die Commons der Zukunft - Bausteine für eine commonsbasierte Gesellschaft*. In: *Wem gehört die Welt? - Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. München: oekom, S. 208-215. (Online: http://www.boell.de/downloads/economysocial/Netzausgabe_Wem_gehoert_die_Welt.pdf)

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages (1882): V. Legislaturperiode. I. Session 1881/82, Berlin. (Online: http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k5_bsb00018436_00051.html)

Stövesand, Sabine (2005): *Aneignung städtischer Räume: Park Fiction - ein persönlicher Bericht*. (Online: <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/brachen-freiflaechen/49-park-fiction.html>)

Stövesand, Sabine (2007): *Gemeinwesenarbeit als Instrument neoliberaler Politik? - Kritische Reflexion von Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit*. (Online: <http://www.stadtteilarbeit.de/theorie-gwa/grundlagen-gwa/330-gwa-neoliberalpolitik.html>)

Stoik, Christoph (2009): *Aktivierende Befragung / Aktivierendes Gespräch*. In: sozialraum.de, Ausgabe 2/2009. (Online: <http://www.sozialraum.de/aktivierende-befragung-aktivierendes-gespraech.php>)

Thole, Werner (2010): *Die Soziale Arbeit - Praxis, Theorie, Forschung und Ausbildung*. In: Thole, Werner (Hrsg.): *Grundriss Soziale Arbeit - Ein einführendes Handbuch*, 3. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, S.19-70.

Unlikely Encounters in Urban Space (2003): *Pressemitteilung vom 28.04.2003*. (Online: http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/cms/de/presse/mitteilungen/projekte/2003_04_28_2035_7.html)

Vellay, Irina (2006): *Gebrauchsrechte in 'public domain' - Gemeinden in der Stadt*. In: Stiftung Fraueninitiative/Möller, Carola/Peters, Ulla/Vellay, Irina (Hrsg.): *Dissidente Praktiken - Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation*, Königstein/Taunus: Ulrike Helmer, S. 41-62.

Voß, Elisabeth (2010): *Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders Wirtschaften ist möglich!*. Neu Ulm: AG SPAK.

Widersprüche-Redaktion (1984): *Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich! Alternative Sozialpolitik - Gegen Resignation und 'Wende'. Ein Strategiepapier*. In: Widersprüche - Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits-

und Sozialbereich, Heft 11, München: Kleine. (Online: <http://www.widersprueche-zeitschrift.de/article202.html>)

Wieczorek, Wanda (2005): *Park Fiction - Analyse eines selbstorganisierten Planungsprozesses zwischen Kunst, Gemeinwesenarbeit und Urbanismuskritik in Hamburg-St. Pauli*. Magisterarbeit, Lüneburg.

Wieczorek, Wanda (2006): *Park Fiction - Eine andauernde Geschichte der praktischen Stadtkritik*. Vortragsmanuskript für das Symposium „Park Fiction präsentiert: Umsonst & Draussen“ (14.10.2006). (Online: <http://urban-matters.org/wp/wp-content/uploads/parkfiction-ww-14.10.20061.pdf>)

Wolf, Michael (2010): *Über die Zurichtung von Arbeitskraft im Zeitalter des Neoliberalismus oder Was haben 'Bologna-Prozeß' und Hartz IV gemein?*. In: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft (Online: <http://www.kritiknetz.de/index.php/kritikderpolitischenoekonomie/907-ueber-die-zurichtung-von-arbeitskraft-im-zeitalter-des-neoliberalismus>)

Lexika

DWB: *Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm*. 16 Bde. in 32 Teilbänden. Leipzig 1854-1961. Quellenverzeichnis Leipzig 1971. (Online: <http://woerterbuchnetz.de/DWB/>)

Duden: *Deutsches Universalwörterbuch*. Mannheim: Bibliographisches Institut GmbH 2011.

GWB: Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Goethe-Wörterbuch*. Stuttgart: Kohlhammer 1998. (Online: <http://gwb.uni-trier.de/de/>)

OD: *The New Oxford American Dictionary*. New York: Oxford University Press 2001. (Online: <http://oxforddictionaries.com/>)

OEK: *Oeconomische Encyclopädie oder allgemeines System der Land-, Haus- und Staats-Wirtschaft: in alphabetischer Ordnung*. Bd. 1-242, Berlin: Pauli, 1773-1858. (Online: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de>)

Tageszeitungen

Hamburger Morgenpost (2001): *Der Krach um den Antoni-Park*, 17.02.2001. (Online: http://www.mopo.de/news/eine-kleine-gruenflaeche-hat-einen-grossen-streit-zwischen-spd-und-der-gal-ausgeloeset-der-krach-um-den-antoni-park_5066732_6122674.html)

Internet-Quellen

- <http://creativecommons.org/>
- <http://dlc.dlib.indiana.edu/dlc/>
- http://en.wikipedia.org/wiki/Leet_court#Courts_Leet_existing_today
- <http://www.essohauser.info/>
- <http://opensource.org/about>
- <http://opensourceecology.org/>
- <http://sabitzer.wordpress.com/2010/01/25/der-knappenaufstand-in-huttenberg/>
- <http://stadtarchiv.memmingen.de/918.html>
- <http://www.bpb.de/gesellschaft/staedte/stadt-und-gesellschaft/64416/unternehmerische-stadt>
- <http://www.copyriot.com/unefarce/no5/autonomia.html>
- <http://www.gnu.org/philosophy/categories.de.html>
- <http://www.gwa-stpauli.de/index.php?id=2>
- <http://www.kritischesozialarbeit.de/>
- <http://www.mundraub.org>
- <http://www.no-bnq.org/>
- http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/2009/index.html
- <http://www.nokija.de/2009/01/08/sonnenland-da-war-doch-was/>
- <http://www.oekonux.de/>
- <http://www.solidarische-landwirtschaft.org/>
- <http://www.sos-stpauli.de/>
- <http://www.streifzuege.org/frohes-schaffen>
- <http://www.syndikat.org>
- <http://www.trend.infopartisan.net/trd0300/t210300.html>